



Discussion Papers in Business and Economics

Klaus W. Slapnicar

Wirtschaftsrecht à jour

Discussion Paper No 12
März 2015

Herausgeber/Editor:
Hochschule Fulda/Fulda University of Applied Sciences
Fachbereich Wirtschaft/Faculty of Business
Marquardstraße 35
36039 Fulda
Deutschland/Germany
www.hs-fulda.de/wirtschaft

ISSN: 2194-7309

Wirtschaftsrecht à jour

Inhaltsverzeichnis

1.	
Wirtschaft ohne Recht ist wie Europa ohne Bologna !	05
2.	
Mit Wirtschaftsrecht juristische Ausbildung attraktiv bereichert - Protokollnotizen zu einer über 20jährigen akademischen Erfolgsgeschichte	31
3.	
Beschluss des Bundesgerichtshofs zum Rechtsweg einer Unterlassungs- klage eines Rechtsanwalts gegen eine Hochschule wegen Verleihung eines möglicherweise irreführenden akademischen Grades „Diplom-Wirtschaftsjurist/in (FH)“ vom 05.06.1997 (I ZB 3/96)	65
4.	
Beschluss des Oberlandesgerichts Köln zum Rechtsweg einer Unter- lassungsklage eines Rechtsanwalts gegen eine Hochschule wegen Verleihung eines möglicherweise irreführenden akademischen Grades „Diplom-Wirtschaftsjurist/in (FH)“ vom 14.12.1995 (6 W 84/95)	71
5.	
Das wirtschaftsrechtliche Studienangebot im Spiegel des Wissenschafts- ratsgutachten von 2012: „Perspektiven der Rechtswissenschaft in Deutschland“	79
6.	
Bisherige Beiträge	103

1.

Wirtschaft ohne Recht ist wie Europa ohne Bologna !

von Prof. em. Dr. iur. Klaus W. Slapnicar

„Die reinste Form des Wahnsinns ist es,
alles beim Alten zu lassen und gleichzeitig zu hoffen,
dass sich etwas ändert.“

Albert Einstein (1879 - 1955)

Gliederung:

- I. Festrede vom 16.10.2014 zur Inauguration des Studiengangs „Wirtschaftsrecht – Nachhaltigkeit und Ethik“ an der Hochschule Fulda
 1. 2014 – differenziert-divergierendes Jubiläumsjahr
 2. *Wirtschaft ohne Recht* wie Europa ohne Bologna ?
 - 2.1 Keilschrifttafeln als älteste juristische Überlieferungen
 - 2.2 Recht als Intervention für Wirtschaft
 - 2.3 Wirtschaftsrecht als gelungene Synthese
 - 2.4 Verhaltenssteuernde Triarchie
 - 2.4.1 Recht und Sanktionen
 - 2.4.2 Ethik und Gewissen
 - 2.4.3 Konvention und schlechtes Benehmen
 - 2.5 Versöhnung von Recht und Wirtschaft durch Menschenwürde
 - 2.5.1 Ethik als intellektuelle Ausprägung von Menschenwürde
 - 2.5.2 Nachhaltigkeit als humangeographische und geoökologische Projektion der Menschenwürde
 - 2.6 Besonderer Zauber des Fuldaer Starts
 3. *Wirtschaft ohne Recht wie Europa ohne Bologna ?*
 - 3.1 Römisches Recht in Form des Corpus Juris Civilis Kaiser Justinians
 - 3.2. Aufbruch zu neuen Ufern nach „überlebtem“ Weltuntergang: Gründung der Rechtsschule von Bologna im 11. Jahrhundert
 - 3.3 Konkretes Entstehen der Bologneser Law School und Initiale für das 12. juristische Jahrhundert
 - 3.4 Juristische Scharfsinnsscheitelpunkte
 - 3.5 Der 1988 begonnene Bologna-Prozess
 - 3.6 Letzte juristische Alltagskapriolen
- II. Fazit

I. Festrede vom 16.10.2014 zur Inauguration des Studiengangs „Wirtschaftsrecht – Nachhaltigkeit und Ethik“ an der Hochschule Fulda

Sehr verehrte Damen Vizepräsidentinnen, sehr geehrter Herr Erster Beigeordneter, Spectabilitäten, sehr geehrter Herr Kanzler, liebe Kommilitoninnen und Kommilitonen, Collega aus drei Fachbereichen, sehr verehrte Damen und sehr geehrte Herren, lieber Axel,

heute ist großer Anlass zu mehrfacher Freude. Der präsenten Inauguration des neuen Studiengangs „Wirtschaftsrecht - Nachhaltigkeit und Ethik“ erweise ich mit meinen Ausführungen meine besondere Referenz.

1. 2014 – differenziert-divergierendes Jubiläumsjahr

Das Jahr 2014 ist ein bedeutungsvolles Jahr, nicht nur für die Hochschule in Fulda zu ihrem jungen 40-jährigen Jubiläum. Vielmehr ist 2014 Brennspiegel vielfältiger diametraler Jubiläen: 100 Jahre Beginn des Ersten Weltkriegs, 75 Jahre Beginn des Zweiten Weltkriegs, 65 Jahre Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland (GG), damit Eintritt ins bisherige Rentenalter. Deutschland blickt 2014 auf 25 Jahre Zusammengehörigkeit nach eher zufällig erreichter Passierbarkeit der Mauer am 9. November zurück. Seit knapp über 20 Jahren existiert das Studienangebot Wirtschaftsrecht und hat damit die juristische Ausbildungslandschaft nachhaltig diversifiziert¹; was der Wissenschaftsrat 2012 in seinem Gutachten von einem vielfältig bedeutsamen deutschen Schicksalstag (09.11.) löblich anerkannte².

Und noch ein Jubiläum sei heute in Erinnerung gerufen: fünf Jahre Charta der Grundrechte der Europäischen Union, zwar schon 2000 feierlich proklamiert, aber erst zusammen mit dem Vertrag von Lissabon am 01.12.2009 in Kraft getreten. An der Spitze dieser werteorientierten³, die Grundrechte der EU-Bürger festschreibenden und uns aller verpflichtenden Normen steht nach dem Vorbild unseres Art. 1 Abs. 1 Satz 1 des Grundgesetzes die Würde des Menschen. Der großartige erste Satz unseres GG lautet: „Die Würde des Menschen ist unantastbar.“ wie es an der Fassade des Justizzentrums Frankfurt am Main auf Veranlassung vom damaligen Generalstaatsanwalt Fritz Bauer (1903 – 1968)⁴ in eindrucksvollen Lettern zu lesen ist.

¹ Näher dazu: Slapnicar, 2013 – Jahr stolzen Doppeljubiläums: 20 Jahre Wirtschaftsrecht in Deutschland und 10 Jahre Business & Law in Wiesbaden, in: WBS Highlights 2013, 12 – 15; ders., Geglückte Diversifikation der juristischen Ausbildungslandschaft in Deutschland – nach zwanzig Jahren – Wirtschaft hat Recht: „Sowohl als Auch“ anstatt „Entweder Oder“, in: Update 18 – SS 2014 Forschung + Wirtschaft, FH Mainz, 30 – 41; ders., Jura studieren – Sie haben die Wahl, in: Beck'scher Studienführer Jura 2014/2015, 14 – 18.

² Wissenschaftsrat DR 2558-12 vom 09.11.2012: Perspektiven der Rechtswissenschaft in Deutschland. Situation, Analysen, Empfehlungen (<http://www.wissenschaftsrat.de/download/archiv/2558-12.pdf>) (22.10.2014).

³ Pawlas, Grundgesetz und Menschenbild. Anfragen zu Präambel und Artikel 1 des Grundgesetzes, Das Parlament 1991, Beilage 49, 37 – 46.

⁴ Dazu neustens (2014) der Film: „Im Labyrinth des Schweigens“ von Giulio Ricciarelli.



Abbildung 1: Wand des Landgerichts / der Staatsanwaltschaft Frankfurt am Main, von der Konrad Adenauer-Straße aus gesehen (eigene Aufnahme).

Insofern besteht Wortgleichheit mit Art. 1 Satz 1 der EU-Charta, an deren Formulierung unser Altbundespräsident und ehemaliger Präsident des Bundesverfassungsgerichts, Roman Herzog (* 1934), maßgeblichen Anteil hatte. Art. 1 Abs. 1 Satz 2 GG adressiert die Menschenwürde als Achtungs-, Bewahrungs- und bürgerliches Abwehrgebot an den Staat⁵, wenn es dort heißt: „Sie zu achten und zu schützen, ist Aufgabe jeder staatlichen Gewalt.“ Es geht damit um jenen Wert- und Achtungsanspruch, der dem Menschen kraft seines Mensch-Seins zukommt, unabhängig von seinen Eigenschaften, seinem körperlichen oder geistigen Zustand, seinen Leistungen oder seinem sozialen Status⁶, also des philosophischen So-Seins (wie ich bin).

Das Novum von Art. 1 Satz 1 der EU-Charta aber ist es, nach Kodifikation der menschlichen Würde, sie nicht nur als Abwehrrecht des Einzelnen in seinem status negativus zu sehen, wenn Art. 1 Abs. 1 Satz 2 der EU-Charta selbstständig und allgemein formuliert: „Sie ist zu achten und zu schützen.“ Damit geht die EU-Charta über unsere Verfassung als Beschreibung eines status positivus⁷ weit hinaus und verbürgt auch gegenüber Privaten, nicht nur gegenüber dem Staat ein informationelles Selbstbestimmungsrecht⁸; was in der aktuellen Diskussion um

⁵ Nach Jellineks Klassifizierung (System der subjektiven öffentlichen Rechte, 1892) handelt es sich um den status negativus.

⁶ BVerfGE 1, 97, 104 erstmals mit Urt. v. 19.12.1951 zur Hinterbliebenenrente; 88, 203 – 366 mit Urt. vom 28.05.1993 zum Schwangerschaftsabbruch II (Abtreibung); 115, 118 - 166 zuletzt mit Urt. v. 15.02.2006 zum Flugsicherheitsgesetz.

⁷ Klassifizierung nach Jellinek (Fn. 5)

⁸ Kreation durch das BVerfG: BVerfGE 65, 1 ff.; bestätigt durch BVerfGE 115, 320 ff.; 120, 274 ff.; zuletzt BVerfGE 134, 141 ff. und EuGH C-101/01 (06.11.2003); C-92/09 (09.11.2010). Grundlegend: Simitis, Die informationelle Selbstbestimmung – Grundbedingungen einer verfassungskonformen Informationsordnung, NJW 1984, 398 ff.

NSA einerseits und des T-TIP-Abkommen mit der USA und dem andersnamigen CETA-Abkommen mit Canada und der EU andererseits bisher kaum erörtert wird.

2. *Wirtschaft ohne Recht wie Europa ohne Bologna ?*

Und damit sind wir schon mitten im ersten Teil meines Themas: „Wirtschaft ohne Recht“ einerseits und „Ethik und Nachhaltigkeit“ andererseits.

Menschenwürde: dieser zentrale, zunächst juristische Begriff geht mit dem Postulat einer „*humanae naturae dignitas*“⁹ auf Samuel Pufendorf (1632 – 1694), einem der großen Naturrechtler des 17. Jahrhundert, dem Zeitalter der Aufklärung, zurück¹⁰.



Abbildung 2: Samuel Pufendorf im Frontispiz des Werkes: *De jure natura et gentium*, Ausgabe von 1744 Frankfurt und Leipzig, „ex officina knochiana“ (eigene Aufnahme).

Würde des Menschen und damit jedes Einzelnen von uns kann sich in einer Gesellschaft nur dann realisieren, wenn Recht mit Wirtschaft versöhnt sind.

⁹ Pufendorf, *De jure naturae et gentium*, 1744, II. Buch, Kapitel I § 5.

¹⁰ Näher dazu: Welzel, *Die Naturrechtslehre Samuel Pufendorfs*, Nachdruck 1986, passim; ders., *Naturrecht und materielle Gerechtigkeit*, 1951, 141; Kraus, *Menschenrechtliche Aspekte der Staatenlosigkeit*, 2013, 96.

Die menschenunwürdigen Auswüchse einer lediglich als menschengesetzter Objektivationensumme verstandenen Rechts¹¹ lassen sich leicht mit dem Hinweis auf die legaliter zustande gekommenen Nürnberger Rassegesetze von 1935¹² während der NS-Diktatur belegen. Sie waren die Initialzündung einer pervertierten Rechtspolitik gegenüber Menschen jüdischen Glaubens, sie entweder gezielt auszurauben¹³ und zur Verdeckung dieser Straftaten staatlich organisiert zu ermorden oder systematisch zu töten und bei dieser Gelegenheit sie vermögensmäßig zu schröpfen¹⁴.

Aber wenn man das Recht sich seinen Selbstverwirklichungskräften überließe, kann es in letzter Konsequenz Wirtschaft und deren gesunden Wettbewerb erdrosseln, wie gerade der von Edmund Stoiber (* 1941) vorgelegte Anti-Bürokratisierungs-Bericht¹⁵ aus EU-Sicht be-
redt unterstreicht. Aber auch die Ökonomie allein, zwischen den Extremen eines Manchester-Kapitalismus¹⁶, der den Menschen nur als einen kostenintensiven Produktionsfaktor ansah, und dem kommunistisch fundierten Staatskapitalismus à la DDR¹⁷, zeigt, dass Ökonomie das Recht ihrem jeweiligen System entsprechend menschenunwürdig korrumpierte.

Deswegen ist Recht in unserer Gesellschaft des 21. Jahrhunderts oder besser noch des dritten Jahrtausends nicht mehr nur menschengesetzte Objektivationensumme, sondern nur dann legitim, wenn es in seiner konkreten Ausprägung menschenwürdig ist.¹⁸ Dies ist schon eine wichtige Quintessenz auf dem Weg, das Thema des Festvortrages abzuarbeiten.

Recht ist ein Controlling-Instrument zum Risikomanagement ausufernder Wirtschaft. Würde die Wirtschaft sich selber überlassen, bestünde die Gefahr, dass Rechts- und Sozialstaatlichkeit auf der Strecke blieben. Die Bedrohung ergäbe sich, dass Recht ebenso isoliert wie Wirtschaft, sich ihre eigenen Wege bahnten und dabei beide den Menschen und seine ihm eigene Würde aus dem Blickfeld verlören.

Nun ich stehe heute hier als jemand vor ihnen, der Jurist gewesen ist. Über 20 Jahre habe ich in Hessen und Thüringen eine zum klassischen Jura-Studium an der Universität alternative Ausbildung von Wirtschaftsjuristen an den neuen Hochschulen vorangetrieben und mich dafür engagiert. Gerade im vorvorletzten Jahr (2012) hat der renommierte Wissenschaftsrat diese Diversifikation der juristischen Ausbildungslandschaft mit anerkennenden Worten

¹¹ Näher dazu: Slapnicar, Palandts erster Karriereknick – ein junger Jurist mit Recht gegen die Konvention, in: Recht im Dialog, Gedächtnisschrift für Rainer Wörlen, 2013, 19, 39.

¹² Näher dazu: Essner, Die „Nürnberger Gesetze“ oder die Verwaltung des Rassenwahns 1933-1945, 2002, passim.

¹³ „Legalisierter Raub. Der Fiskus und die Ausplünderung der Juden in Hessen 1933-1945“, eine Wanderausstellung des Fritz Bauer-Instituts und des Hessischen Rundfunks mit Unterstützung des Sparkassen-Kulturstiftung Hessen-Thüringen und des Hessischen Ministeriums für Wissenschaft und Kunst, seit 2002.

¹⁴ Aly, Hitlers Volksstaat. Raub, Rassenkrieg und nationaler Sozialismus, 2005, 318 mit der Bemerkung: „Holocaust ... der konsequenteste Massenraubmord der Geschichte.“

¹⁵ Näher dazu: EU: Stoiber zähmt die Bürokratie-Welle. Sieben Jahre lang nahm der EU-Kritiker den Brüsseler Paragrafen-Dschungel unter die Lupe. Jetzt liegt der Abschlussbericht vor., in: Rhein-Zeitung vom 15.10.2014, 06:00 h.

¹⁶ Näher dazu aus heutiger Sicht: Hesselmann, Die Lage der arbeitenden Klasse in Manchester, in: Der Tagesspiegel vom 15.05.2008.

¹⁷ Staritz, Über Jochen Czerny: Restbourgeoisie und Staatskapitalismus in der DDR, in: Utopie kreativ, 1997, 64 ff..

¹⁸ Slapnicar (Fn. 11) 39.

gewürdigt¹⁹. Mit meinen, Ihnen biografisch voraneilenden Erfahrungen habe ich durch die Beschäftigung mit diesem, für die Wirtschaft extra maßgeschneiderten Ausbildungskonzept des Wirtschaftsrechts und durch vielfältige Kommunikation mit Unternehmen die herkömmliche Juristenausbildung an den Universitäten in Bezug auf ihre Akzeptanz in der Wirtschaftswelt radikal relativieren müssen.

Da ich am anderen Ende der beruflichen vita angekommen bin, stehe ich im vollkommenen Gegensatz zu Ihnen, die Sie Ihre berufliche Zukunft mit Überzeugung und Mut vor Ihren unbekannten, auf die in Ihrer Hochschule existierenden Erfahrungen und externen Akkreditierern vertrauenden Herausforderungen mit dem ersten Semester des neuen Studiengangs „Wirtschaftsrecht - Nachhaltigkeit und Ethik“ beginnen. Sie stehen in den Startlöchern Ihres zukünftigen beruflichen Erfolges und späteren Aufstiegs im Beschäftigungssystem auf einem soliden akademischen Fundament.

2.1 Keilschrifttafeln als älteste juristische Überlieferungen

Kaufleute schließen täglich milliardenfach Kaufverträge around the world. Ohne Kaufleute und Wirtschaft gäbe es wahrscheinlich gar kein Recht. Die alte Frage, wer war früher auf unserem Planeten, das Huhn oder das Ei, ist ebenso müßig zu beantworten, wie die nach der Priorität von Kaufleuten oder Kaufvertrag. Die ältesten überlieferten Urkunden der Menschheit sind Keilschrifttafeln aus Ton von vor 6.000 Jahren. Sie stammen aus Mesopotamien, dem alten Zweistromland zwischen Euphrat und Tigris, dem heutigen, immer noch nicht befriedeten Irak. Sie weisen Kaufverträge und damit zusammenhängende Probleme nach. Für uns Heutige überraschend sind darin überaus blutige Vertragsstrafen für Vertragsuntreue dokumentiert. In Höhe des Wertes des Kaufpreises wurden dem Vertragsbrüchigen heiße Flüssigkeiten in den Mund geträufelt. Das konnte Asphalt, Bitumen, aber auch flüssiges Blei, Zinn oder Kupfer sein. Sinn dieser harten Strafen war es, Vertragssicherheit zu gewährleisten und generalpräventiv Vertragstreue durch Abschreckung zu erreichen.



Abbildung 3: Kaufvertrag aus Shuruppak (um – 2600), Paris, Louvre, AO3760.

¹⁹ Fn. 2.

Inzwischen haben wir uns davon zum Glück rechtskulturell deutlich fortentwickelt. Aber das Ablassen von dem lange als gerecht empfundenen sogenannten Talionsprinzip hat lange Zeit in Anspruch genommen. Dieses Prinzip beruht auf der Vorstellung, nach der zwischen dem Schaden, den ein Opfer erlitten hat, und dem Schaden, den der Verursacher ausgleichen muss, ein Gleichgewicht angestrebt wird. Nicht umsonst hält die Göttin der Gerechtigkeit, die Justitia, eine Waage in ihrer Hand; wenn auch nur in der linken.



Abbildung 4: Bildausschnitt der Waage der Justitia – Römische Göttin der Gerechtigkeit im Regensburger Dom (eigene Aufnahme)

In der jüdischen Tora, dem vor 3.000 Jahren verschrifteten Hauptteil des hebräischen Glaubensbuches findet sich noch das uns sprichwörtlich bekannte „Auge um Auge!“. Im Original heißt es:

„Du sollst geben ein Leben für ein Leben, ein Auge für ein Auge, einen Zahn für einen Zahn, ... Wunde für Wunde.“²⁰

Der älteste Beleg für die Verschriftlichung dieses Talionsprinzips findet sich im Codex Ur-Nammu (–2112 - –2095), einer Sammlung von Rechtssätzen des gleichnamigen neusumerischen Königs aus dem 22. vorchristlichen Jahrhundert, also vor über 4.200 Jahren.

Der erste Rechtssatz (§ 1) darin lautet:

„Wenn ein Mann einen Mord begangen hat, soll besagter Mann getötet werden.“

²⁰ Exodus 21, 23–25.



Abbildung 5: Codex Ur-Nammu, entstanden um das Jahr – 2100²¹.

2.2 Recht als Intervention für Wirtschaft

§ 229 des Codex Hammurapi (CH) aus dem uns schon durch die ältesten überlieferten keilschriftlichen Tontafeln bekannten Mesopotamien dokumentiert folgende Regel des babylonischen Herrschers Hammurapi I (–1792 - –1750) aus dem 18. vorchristlichen Jahrhundert:

„Wenn ein Baumeister einem Bürger ein Haus baut, aber seine Arbeit nicht auf solide Weise ausführt, so dass das Haus, das er gebaut hat, einstürzt oder er den Tod des Eigentümers des Hauses herbeiführt, so wird dieser Baumeister getötet.“

§ 230 CH fährt dann fort:

„Wenn er den Tod eines Sohnes des Eigentümers des Hauses herbeiführt, so soll man einen Sohn des Baumeisters töten.“

Die Beispiele so genannter „drakonischer Strafen“ ließen sich aus dem rechtshistorischen Quellen beliebig fortsetzen.

Aber bei dieser Gelegenheit sei zugleich mit einer grundlegenden sprachlichen Missdeutung bezüglich des „armen“, gemeinhin verkannten Drakon (um – 650) aufgeräumt. Er war in Wahrheit ein athenischer Gesetzesreformer, der im siebten Jahrhundert vor Christus zwar sämtliche, damals in Athen bekannten Strafbestimmungen aufzeichnete. Aber der Wahrheit

²¹ Die Texte wurden in sumerischer Sprache abgefasst im Auftrag des Königs Ur-Nammu (–2112 - –2095) von Ur oder seines Sohnes Schulgi (–2094 - –2047) und waren erstmals nach dem heute noch maßgeblichen Wenn-Dann-Prinzip verfasst.

zuliebe muss man hinzufügen, sich selber für die Abschaffung oder drastische Milderung der durch ihn nur überlieferten, strengen Strafen einsetzte. Auf ihn geht schließlich die Unterscheidung zwischen einer vorsätzlichen Tat und deren nur fahrlässiger Begehung zurück. Sie spielt heute nicht nur im Strafrecht, sondern auch im Privatrecht eine entscheidende Rolle. Sie werden noch § 276 BGB kennenlernen. Er definiert in seinem Abs. 2 die Fahrlässigkeit eindeutig zweideutig als: „die im Verkehr erforderliche Sorgfalt außer Acht lassen“. Ein Schelm, der Böses dabei denkt. Auf jeden Fall bewirkte Drakon mit der Kodifikation seiner, in Athen öffentlich zugänglichen „drakonischen Gesetze“, dass noch härtere, willkürliche oder oft ausufernde Strafen der Vorzeit ohne zurechenbare Verursachung als Sanktionsmodelle nicht mehr zur Verfügung standen. Damit war ein großer Schritt für unsere heutige europäische Rechtskultur geleistet.

Soweit zu geschichtlichen Ursprüngen rechtlicher Interventionen in den Wirtschaftsverkehr. Wir lernen daraus, dass die Hypothese „keine Wirtschaft ohne Recht“ auf einer historischen Plausibilität beruht. Für uns Heutige ist Recht und insbesondere Gerechtigkeit mit vielfältigen gesellschaftlichen Funktionen das Fundament unseres Staates;



Abbildung 6: Bildnis der Inneren Burgtores mit dem Wahlspruch von 1824 des Kaiser Franz II., von 1792 – 1806 letzter gewählter Herrscher des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation, und als Franz I. von 1804 – 1825 Kaiser von Österreich: IUSTITIA REGNORUM FUNDAMENTUM
(Die Gerechtigkeit ist das Fundament der Herrschaft)
an der Ringstraße in Wien vom Heldenplatz vor der Neuen Hofburg zum Maria Theresia-Platz gesehen²²

ein demokratisch zustande gekommenes Regelungssubstrat, das als Prophylaxe-Ordnung bei Streitigkeiten eindeutig konfliktberainigende Regelungen vorhält und notfalls durch unbeeilte Richter auch entscheidet. Recht selber gilt heute als zwar menschengesetzte, aber gerade nach dem zum Glück über 80 Jahre zurückliegenden dunklen zwölf Jahren der NS-

²² Bild von Patrick Costello vom 11.09.2011 (file:///Users/slapnicar/Desktop/Iustitia%20Regnorum%20Fundamentum%20%7C%20Flickr%20-%20Fotosharing!.webarchive).

Diktatur (1933 – 1945) und dem 1949 mit dem Grundgesetz in Kraft gesetzten Gegenentwurf dazu als notwendigerweise auch konkret menschenwürdige Objektivationensumme²³, um unserem Verfassungsverständnis nach einem vor 65 Jahre begonnen, sechs Jahre währenden Zweiten Weltkrieg zu entsprechen.

2.3 Wirtschaftsrecht als gelungene Synthese

Das Studienangebot Wirtschaftsrecht ist der konkrete Versuch einer wertorientierten Erziehung, die akademisch ausgebildeten späteren Führungskräften eine Toolbox auf den Weg gibt, Recht und Wirtschaft durch eigene intellektuelle Sozialisation in ausgeprägtem Kennenlernen der Denkweise von Juristen und Ökonomen zu gewährleisten. Dazu bedarf es eines ethischen Grundkonzepts und des Fokus, gerichtet auf Nachhaltigkeit. Gelingt dies mit dem heute startenden Studiengang Wirtschaftsrecht, dann ist dies unter anderem ein entscheidender Beitrag, Recht und Wirtschaft zu verbinden und damit, beruflich gesuchte Fähigkeiten in Ihnen als junge Menschen anzureichern. Der zwischenzeitlich große Erfolg von Wirtschaftsjuristinnen und Wirtschaftsjuristen im Beruf mit einem recht ansehnlichen Einstiegsgehalt um die 40.000 bis 60.000 € per annum je nach Region ist ein beredtes Zeugnis für die Akzeptanz durch das Beschäftigungssystem bezüglich der deutlich jüngeren Absolventen²⁴ der Fachhochschulen in Deutschland gegenüber den traditionellen Jura-Absolventen, die erst nach einem zweiten (Staats-)Examen die Chance haben, einen juristischen Beruf zu ergreifen und bei im Durchschnitt schlechteren Noten deutlich geringere Einstiegsgehälter akzeptieren müssen²⁵.

Wirtschaftsrecht und dessen Studium ist die versöhnende Lösung für die teilweise als Antinomie erfahrene Stellung von Recht und Wirtschaft. Formal mag dies auch zutreffen. Aber Wirtschaftsrecht allein kann diese Aufgabe nicht (vollkommen) erfüllen. Es bedarf eines in der EU der 29 Mitgliedstaaten versöhnenden Ausgleichsmechanismus zwischen Recht und Wirtschaft. Das ist die für das Rechts- und Sozialstaatsprinzip fundamental wichtige Menschenwürde²⁶. Sie ist die Steuerungskomponente, die Wirtschaft und Recht aneinander und miteinander kettet und damit verklammert.

²³ Ähnlich Lohmann, Menschenwürde als „soziale Imagination“. Über den geschichtlichen Sinn der Deklaration der Menschenrechte und Menschenwürde nach 1945, in: Knoepffler/Kunzmann/O'Malley, Facetten der Menschenwürde, 2011, 54 – 74; ders./Follma-Otto, Menschenrechte in der Zuwanderungsgesellschaft, Studien zu Grund- und Menschenrechten 17, 2012, 17 f.

²⁴ Näher dazu Slapnicar, Notwendigkeit einer spezifisch wirtschaftsjuristischen Methodik und Didaktik, in: Rechtslehre, Jahrbuch der Rechtsdidaktik 2011, 2012, 109, 118 ff.; ders., Wirtschaftsjuristen: freiberufliche Rechtsdienstleister ?, in: Bergmans, Berufs- und Arbeitsmarktperspektiven von Bachelor- und Master-Juristen, 2013, 81, 93 unter 7.

²⁵ BGH (Beschluss vom 30.11.2009 - AnwZ (B) 11/08) NZA 2010, 595 mit dem bemerkenswerten ersten auf § 138 BGB gestützten Leitsatz: „Unangemessene Beschäftigungsbedingungen i.S.d. § 26 BORA sind anzunehmen, wenn die einem anwaltlichen Berufsanfänger in einer Anwaltskanzlei angebotene Gesamtvergütung im Rahmen eines auf zwei Jahre befristeten Beschäftigungsverhältnisses nur knapp über der Hälfte des branchenüblichen Gehalts und auch nur im untersten Bereich der Vergütung für Rechtsanwalts- und RENO-Fachangestellte liegt. In einem solchen Fall besteht regelmäßig ein auffälliges Missverhältnis zwischen Leistung und Gegenleistung i.S.d. § 138 BGB.“

²⁶ Bielefeldt, Menschenwürde. Der Grund der Menschenrechte, 2008, passim; Stoecker, Die philosophischen Schwierigkeiten mit der Menschenwürde – und wie sie sich vielleicht lösen lassen, ZfM-Mitteilungen 1/2010.

Ebenso vermag Menschenwürde als juristisch kategorisierter Begriff²⁷ auch die weitere Antinomie von Rechtsstaatlichkeit einerseits und Sozialstaatlichkeit andererseits auszutarieren. Rechtsstaatlichkeit verbürgt in unserem Gemeinwesen zunächst Gerechtigkeit und relativiert damit Rechtssicherheit²⁸. Es geht bei der Rechtsstaatlichkeit in erster Linie um die Verwirklichung von Freiheit des Einzelnen in seiner Individualität des klassischen *sum cuique* durch ein berechenbares justizförmiges Verfahren unabhängiger Entscheidungsfindung. Je mehr in diesem Sinne individuelle Gerechtigkeit sich in einem nahezu unerschöpflichen Rechtsweg Bahn bräche, umso weniger prognostizierbare Rechtssicherheit könnte sich realisieren und umso mehr Ungleichheit ergäbe sich²⁹.

Demgegenüber betrifft die Sozialstaatlichkeit soziale Teilhabe und erträgliche Lebensbedingungen für alle zu schaffen; was natürlich häufig eine gleichmäßige Verteilung sozialer Leistungen bedeutet und damit die Pointierung der Gleichheit in Behandlung und Ausübung dessen betrifft³⁰. Damit wirkt Sozialstaatlichkeit gegenüber dem Rechtsstaatsprinzip tendenziell freiheitsbeschränkend³¹ und individualitätshindernd. Je mehr Sozialstaatlichkeitsaspekte verwaltungstechnisch umgesetzt werden, beispielsweise bei Gewährung von Existenzminima³² oder im steuerlichen Lastenausgleich, um so gleicher werden alle behandelt und damit das individuelle *sum cuique* desavouiert.³³

Favorisiert Rechtsstaatlichkeit Gerechtigkeit und damit individuelle Freiheit des Einzelnen. Dann fördert eine Zunahme von Sozialstaatlichkeit die Gleichheit aller und geht zu Lasten individueller Verwirklichung von Freiheit. Daraus lassen sich folgende nahezu unversöhnliche Gegensätzlichkeiten formulieren: Je mehr Sozialstaatlichkeit umso gleicher werden alle unter Verkürzung ihrer persönlichen Freiheiten; je mehr Rechtsstaatlichkeit desto ungleicher und differenzierter ergibt sich eine Ressourcenvergrößerung individueller Freiheit. In dieser diametralen Positionierung geraten beide Staatszielbestimmungen entweder in einen Fundamentalwiderspruch³⁴ oder zu einem bloßen „Begründungsornament“³⁵. Die Einschätzung als

²⁷ Sidiropoulos, Die „Würde des Menschen“ als Leitprinzip in den ethischen und rechtlichen Diskursen der Moderne. Rekonstruktion und Bewertung der Menschenwürde anhand ihrer Erprobung an aktuellen Beispielen, 2008, passim; von Walcke-Wulffen, Bestimmung der Rechtsqualität des Menschenwürdeanspruchs gemäß Artikel 1 Absatz 1 Grundgesetz, 2011, passim;.

²⁸ Kunig, Das Rechtsstaatsprinzip, 1986, passim.

²⁹ Bleckmann, Vom Sinn und Zweck des Demokratieprinzips. Ein Beitrag zur teleologischen Auslegung des Staatsorganisationsrechts, 1998, 130 ff.

³⁰ Kingreen, Das Sozialstaatsprinzip im europäischen Verfassungsverbund, 2003, passim.

³¹ Merten, Freie Berufe und Sozialversicherung, o. J., ABV, 6 ff. Vor ihm schon Forsthoff, Begriff und Wesen des sozialen Rechtsstaats (1953), in: ders. (Hrsg.), Rechtsstaatlichkeit und Sozialstaatlichkeit, 1968, 188, 191; entschieden dagegen Abendroth, Zum Begriff des demokratischen und sozialen Rechtsstaats im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland, 1954. Zur Kontroverse Forsthoff-Abendroth im Einzelnen: Perels, Der soziale Rechtsstaat im Widerstreit. Zur Verfassungsinterpretation Wolfgang Abendroths aus Anlass seines 100. Geburtstags, KrJ 2006, 295 ff.

³² Näher dazu: Neumann, Menschenwürde und Existenzminimum, Antrittsvorlesung vom 19.05.1994 an der Juristischen Fakultät der Humboldt-Universität Berlin, NVwZ 1995, 426 ff.

³³ Wege, Positives Recht und sozialer Wandel im demokratischen und sozialen Rechtsstaat, 1977, 217; Kingreen (Fn. 28) 22, 128 ff.

³⁴ Ähnlich: VGH Rheinland-Pfalz vom 21.02.2014 – B 26/13, zitiert nach juris, RdNr. 8, 11, 20, 33, 53, 63 zum Ankauf von Steuerdaten-CDs; Wege (Fn. 33) 218 f, bes. 219; Aulehner, Grundrecht und Gesetzgebung, 2011, 167 f., 183 f.; Schmitt Glaeser, Der freiheitliche Staat des Grundgesetzes. Eine Einführung, 2. Aufl. 2012, 2. Kapitel § 4 und § 5 sowie 5. Kapitel.

solche Extrema entspräche aber nicht der gelebten Verfassungsrealität. Auch die beiden ursprünglich bipolaren Schlagworte der französischen Revolution repräsentierenden Forderungen nach einerseits *liberté* und andererseits *égalité* sind versucht worden³⁶, durch die damals als Formelkompromiß gemeinte *fraternité* zu schlichten³⁷. Dieser schließlich in der Sache untaugliche Versuch scheiterte historisch grandios. Mit der Menschenwürde nach Artt. 1 GG und der EU-Charta existiert dafür seit 65 Jahren ein inzwischen erprobter versöhnender Faktor, um zu einem Ausgleich zu gelangen.

2.4 Verhaltenssteuernde Triarchie

Gleichwohl treten neben das Recht noch zwei weitere Elemente hinzu, die unser menschliches Verhalten beeinflussen und damit die Menschenwürde erkennbar konstituieren. Dies sind traditionell Ethik und Konvention.

Mit der Ausrichtung des hier und heute startenden Studienangebots Wirtschaftsrecht, fokussiert auf Ethik und Nachhaltigkeit, wird damit eine kongeniale Ergänzung vollzogen.

Betrachten wir zunächst Ethik und Konvention, um später auf Nachhaltigkeit einzugehen.

In seinem bedeutenden Werk „*De jure naturae et gentium*“ breitet Pufendorf seine Idee von Recht aus und entwickelt *more geometrico* ein System natürlicher Pflichten in doppelter Dreiteilung. Die Pflichten des Menschen gegen Gott ist die Religion, Pflichten gegen sich selbst sind die Moral und schließlich Pflichten gegen die Gemeinschaft sind Vernunft und Recht. Die daraus abgeleiteten Rechtspflichten charakterisiert er ebenfalls dreifach. Zum einen verlangen sie Achtung des Eigentums und des Grundsatzes: „*pacta sunt servanda*“, also der Vertragstreue und Vertragseinhaltung. Dies pointiert Pufendorf mit der zusammenfassenden Sentenz des „*neminem laedere*“ (niemanden zu verletzen). Zum zweiten rubriziert er die von ihm erstmals artikulierte Menschenwürde³⁸ und die formale Gleichheit aller Menschen unter dem Stichwort des „*suum cuique*“, dem Wahlspruch des von Friedrich I. (1657 – 1713) 1701 aus Anlass seiner Königsproklamation in Königsberg gestifteten preußischen Schwarzen Adlerordens, das von den Schergen der Nazi-Diktatur 1937 über dem Haupttor des Konzentrationslagers Buchenwald als totale Missachtung des Mensch-Seins im höhnischen Sinne von „Jedem das, was er verdient“ benutzt wurde. Schließlich verlangte Pufendorfs dritte Rechtspflicht, von jedem Menschen, dass er den anderen unterstütze.

Ethik ist neben dem Recht ein moralisches Steuerungselement unserer europäisch abendländischen Tradition. Der dritte, unser Verhalten und Zusammenleben regelnde Faktor neben Gesetz (gleich Recht) und Ethik (gleich Moral) ist die Konvention (gleich Sitte). Alle drei Parameter sind in ihrer dynamischen Entwicklung kultur- und zeitabhängig. In vorstaatlichen Gesellschaften ebenso wie in der Antike und dem Mittelalter waren *law*, *custom* und *social behaviour* nahezu deckungsgleich. Auf jeden Fall haben sich die drei Elemente unserer Verhaltenssteuerung seit dem 18. Jahrhundert mehr und mehr auseinander entwickelt.

Recht und Gesetz sind ebenso Steuerungsimpulse wie Moral und Ethik. Beiden gemeinsam ist, dass die rechtlichen wie ethischen Regeln bei Verstoß gegen sie Sanktionen nach sich ziehen.

³⁵ Tiedemann, Das Sozialstaatsprinzip der deutschen Verfassung. Rechtsprechungsdirektive oder Begründungsornament ?, <http://www.dr-tiedemann.de/sozialstaat.pdf> (14.11.2014).

³⁶ Wege (Fn. 33) 219.

³⁷ Ähnlich Schiller, Die Ideale der Französischen Revolution und die Erziehung sozialer Fähigkeiten, *Monatsschrift zur Pädagogik Rudolf Steiners*, 1989, 953, 954 f.

³⁸ Tiedemann, Menschenwürde als Rechtsbegriff – eine philosophische Klärung, 2. Aufl. 2010, 133 ff.

2.4.1 Recht und Sanktionen

Verstöße gegen das Recht zeitigen unterschiedliche Sanktionen.

Im Zivilrecht handelt es sich bei solchen Sanktionen beispielsweise um Verpflichtung zu Schadens- oder Wertersatz, Herausgabe oder Rückgabe oder allgemein Wiedergutmachung. Im öffentlichen Recht bedeuten Sanktionen Versagung, Rücknahme oder Entzug von Beamtentum sowie Bußgelder. Im Strafrecht verhängen Freiheits- oder Geldstrafen, Einzug von Verbrechensgegenständen oder Sicherungsverwahrung den unterschiedlichen Taten folgend adäquate Sanktionen.

2.4.2 Ethik und Gewissen

Moral ist gleichwertig bedeutungsvoll wie Ethik³⁹. Es handelt sich dabei um die *mos maiorum*. Es betrifft Tugend und Ideale. Es geht im Kern um unser inneres Betriebssystem. Ansatz für Moral und Ethik ist normativ § 138 BGB: die Sittenwidrigkeit. Schließlich statuiert diese Norm, dass Rechtsgeschäfte, die gegen die guten Sitten verstoßen, nichtig sind. Nach reichsgerichtlicher Definition⁴⁰ ist eine Sittenwidrigkeit dann gegeben, wenn sie „gegen das Anstandsgefühl aller billig und gerecht Denkenden verstößt“. Und mit billig sind nicht die Geiz-ist-geil-Einkäufer gemeint. Vielmehr bezieht sich die Billigkeit auf die Ausgewogenheit, wie sie sich in der eleganten Definition des *ius* von Publius Juventius Celsus Sohn (um 70 – um 140) als „*ars boni et aequi*“⁴¹ mit dem Bezug auf das *aequum* wiederfindet. Es kommt also auf die römische *aequitas*, symbolisiert durch die Waage, Abwägen zwischen Gut und Böse an. Um es mit Johann Wolfgang von Goethe (1749 – 1832) durch seinen Torquato Tasso auszudrücken: „Tun was sich ziemt, nicht was gefällt.“⁴² Damit erlangen Werturteile als ethische Geschäftsgrundlage der Normen und deren beachtliche Motive entscheidende Bedeutung. Das Korrektiv für moralisches oder ethisches Handeln ist schließlich unser Gewissen.

Verstöße gegen die Moral zeitigen ebenso Sanktionen wie dies näher bereits für das Recht dargelegt wurde. Im Diesseits bewirken Verstöße bei moralischen Schnitzern in der Regel soziale Sanktionen wie beispielsweise Ächtung im Umgang mit anderen. Bei Gläubigkeit eines Menschen vollziehen sich Sanktionen gegen moralische Misshelligkeiten in der Hölle als Verdammnis.

2.4.3 Konvention und schlechtes Benehmen

Schließlich kommen wir zur Konvention. Dabei handelt es sich um allgemeine oder spezielle Umgangsregeln sozialen Verhaltens, die von einer Gruppe von Menschen aufgrund Konsenses oder Tradition eingehalten wird, wie beispielsweise die Zeremonie des Nasereibens bei Begrüßung in Australien; allerdings ohne (rechtliche) Konsequenz. Wir kennen ein so genanntes konventionelles Fehlverhalten beispielsweise dann, wenn wir in London nicht das dort respektierte „*Queue up please*“ berücksichtigen. Es gilt allenfalls als ein lokal oder temporal unterschiedlich bewertetes schlechtes Benehmen, das verstimmt.

2.5 Versöhnung von Recht und Wirtschaft durch Menschenwürde

Nach Ausbreitung dieser drei unterschiedlichen Steuerungselemente unseres menschlichen Verhaltens mit dem sanktionsstarken Recht, was unser aller Zusammenleben angeht und auch

³⁹ Luhmann, Ethik als Reflexionstheorie der Moral, in: Gesellschaftsstruktur und Semantik, III, 1993, 360 ff.

⁴⁰ RGZ 80, 219, 221; übernommen von BGHZ 10, 228, 232; 69, 297.

⁴¹ D. 1.1.1.pr. Mit diesem Ausspruch lässt später Kaiser Justinian das Herzstück seines Corpus Juris Civilis beginnen !

⁴² Goethe, Schauspiel Torquato Tasso, 1780, 2. Aufzug 1. Auftritt.

die Wirtschaft betrifft, stellt sich die Frage um deren Ausgleich, nämlich die Versöhnung von Recht und Wirtschaft.

Hierzu kann uns der schon näher präzierte, juristisch formierte Begriff der Menschenwürde dienen. Er ist zwischen Recht und Wirtschaft die notwendige Verklammerung.

2.5.1 Ethik als intellektuelle Ausprägung der Menschenwürde

Fragen wir nach den intellektuellen Grenzen zur Präzisierung von Menschenwürde, dann geben uns das Trennen-Können zwischen Gut und Böse und das in jedem von uns vorhandene Gewissen als Korrektive die ethische Basis dazu. Ethik wird damit zur intellektuellen Ausprägung von dadurch konkretisierbarer Menschenwürde. Damit haben wir einen weiteren wichtigen Meilenstein unserer Überlegungen erreicht.

2.5.2 Nachhaltigkeit als humangeographische und geoökologische Projektion der Menschenwürde

Verbleibt die Präzisierung von Nachhaltigkeit⁴³. Die Wurzeln der Nachhaltigkeit reichen über 300 Jahre zurück. Erstmals wurde das Prinzip der Nachhaltigkeit von Hans Carl von Carlowitz (1645 – 1714), Oberberghauptmann am kursächsischen Hof im Freiberg in Sachsen, artikuliert.

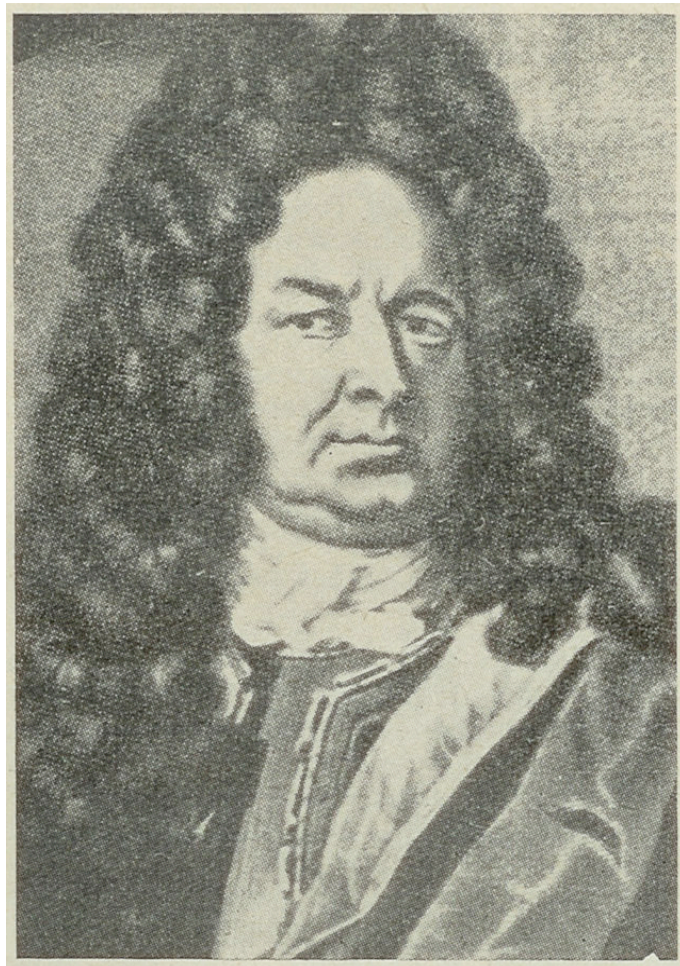


Abbildung 7: Bildnis von Hans Carl von Carlowitz⁴⁴

⁴³ Grundlegend und aktuell dazu: Ekardt, Theorie der Nachhaltigkeit. Rechtliche, ethische und politische Zugänge – am Beispiel von Klimawandel, Ressourcenknappheit und Welthandel, 2011.

⁴⁴ Publiziert in: Allgemeine Forstwirtschaft, 1952, 401.

Er forderte 1713 in seinem Werk „*Sylvicultura oeconomica*“, dass immer nur soviel Holz geschlagen werden sollte, wie durch planmäßige Aufforstung, durch Säen und Pflanzen wieder nachwachsen konnte. Er gilt deshalb als Schöpfer des zunächst forstwirtschaftlichen Nachhaltigkeitsbegriffs. In der Forstwirtschaft wurde der Begriff allgemein positiv aufgegriffen und ins Englische und Französische übertragen. Aus dem französischen *durabilité* oder *persistance* oder *persévérance* wurde im Laufe des 20. Jahrhunderts dann durch internationale Konferenzen der Vereinten Nationen das „*sustainable development*“. Schlussendlich geht es heute unter dem Stichwort der Nachhaltigkeit, Raubbau an Natur und Umwelt, unser aller physikalischen Lebensgrundlagen, zu verhindern. Dies weitet den fachwissenschaftlichen Blick über den Tellerrand beispielsweise auf existenten Klimawandel und Ressourcenknappheit. Damit erlangt unternehmerische Verantwortung der Wirtschaft ebenso wie das Recht erhöhte Bedeutung, solche fundamentalen und essentiellen Lebensgrundlagen sanktionsadäquat zu restringieren. Ist damit auch Nachhaltigkeit im Fadenkreuz technischer Innovationen, gesellschaftlicher Verantwortung und Ressourcenbewusstsein begrifflich geklärt und systematisch vorortet, dann ergibt sich daraus zwanglos die weitere Erkenntnis, dass wirtschaftliche Dynamik durch Wettbewerbsrecht, globalen Gleichbehandlungsgrundsatz und Übermaßverbot reguliert werden kann und auch muss⁴⁵.

Sinnstiftendes Regulativ und ethische Rechtfertigung von Herstellung eines lebensadäquaten Verhältnisses von Recht zu Wirtschaft und umgekehrt ist dabei die Nachhaltigkeit, die sich damit als physische lokal wie global auszeichnende geographische Ausprägung der Menschenwürde erweist. Beachtung von Nachhaltigkeit sichert unser aller Lebensgrundlage im wahrsten Sinne des Wortes, unsere menschliche Existenz und Individualität auf diesem Planeten Erde⁴⁶. Nachhaltigkeit ist damit humangeographische und geoökologische Projektion der essentiellen und global wirkenden Menschenwürde⁴⁷.

Berichten der letzten Zeit zufolge „verbrauchen“ allerdings die Europäer allein jährlich fast das Eineinhalbfache an globaler Produktion für ihren Lebensstandard und hinterlassen unverhältnismäßig große ökologische Fußabdrücke⁴⁸. Damit sind wir alle kein globales Vorbild.

Aber diese uns für unser Verhalten moralisch verunsichernde Zwischenbilanz möge die festliche Stimmung nur marginal dämpfen. Vielmehr soll sie Initiale sein, Kapazitäten und Innovationskräfte herauszufordern, Wirtschaft und Recht durch menschenwürdiges Verhalten gemeinsam zu befördern.

Für die feierliche Eröffnung des neuen Studiengangs Wirtschaftsrecht - Nachhaltigkeit und Ethik wirkt im Übrigen auch der *genius loci*. Schließlich befinden wir uns auf dem durch ein dreiblättriges Buchenblatt, dezent die Nachhaltigkeit in ihren Ursprüngen kommunizierendes Logo, symbolträchtigen Campus der Hochschule Fulda in dem die Stadt so kennzeichnend umgebenden, schon seit germanischen Zeiten so benannten Buchenland. Ursprünglich war das heutige Gelände als Kaserne für das unter Kaiser Wilhelm II. (1859 – 1941), der sechs

⁴⁵ Zum Vorstehenden näher: Weber, Recht und Nachhaltigkeit: Von der politischen Strategie in den Unternehmeralltag (Fn. 10) 341, 356.

⁴⁶ Grundlegend dazu: Tepperwien, Nachweltsschutz im Grundgesetz, 2009 passim.

⁴⁷ Ähnlich, aber mit anderer Zielrichtung: Gewährleistung von Wohnraum als Teil eines menschenwürdigen Existenzminimums. Bezahlbaren und angemessenen Wohnraum sichern, Diakonie Deutschland, August 2013.

⁴⁸ Näher dazu: Ökologischer Fußabdruck: Wie Menschen die Erde verbrauchen, in: RP online 08.03.2011 20:11; Living Planet Report 2014.

mal am Tag die Uniform wechselte⁴⁹, neu aufgestellte Artillerie Regiment Nummer 47 in dem seit 1866 preußischen Kurhessen geplant worden. Der Gebäudekomplex wurde im neugotischen Stil während der synchronen Beratungen zur Schaffung eines für die Reichs- und Rechtsvereinheitlichung in Deutschland so bedeutsamen BGB um die vorvorherige Jahrhundertwende von dem Berliner Architekten August Menken (1858 – 1903) errichtet. Schon damals wurde Wert auf eine Nachnutzung bei Abzug der Garnison gelegt. Eine zunächst verstörend atypische villenartige Ausprägung von Militärbauten sollte eine spätere Verwendung als Wohngebäude ermöglichen. Wenn das nicht ein frühes, steingewordenes und sinnfälliges Beispiel von Nachhaltigkeit ist ! Die Hälfte der heute noch zehn erhaltenen Kasernengebäude nutzt nun die Hochschule Fulda. Aus der Exzerzierstätte damaliger militärischer Elite ist ein Ort akademischer Ausbildung für künftige Führungskräfte in der Wirtschaft geworden, die mit ihrer Mischqualifikation aus über 50 % juristischen Inhalten, ökonomischen und ökologischen Disziplinen, erweitert um heute allenthalben gesuchte Schlüsselqualifikationen den „Marschallsstab“ im akademischen Tornister oder zeitentsprechender in der wirtschaftsjuristischen Toolbox haben.

Dass mit dem Wirtschaftsrecht in Fulda eine deutsche Hochschule den Kanon des Studienangebots auf deutlich über 30 nachhaltig anwachsen lässt, freut mich als einen der Initiatoren dieser Ausbildung seit den frühen 1990er Jahren überaus. Die Hochschule Fulda erweitert sich neben dem bereits seit über zehn Jahren existierenden Studiengang Sozialrecht mit der Ausrichtung von Wirtschaftsrecht um eine sympathische Variante im Lichte des von Art. 1 GG mit einer notwendigen, zusätzlich sehr sympathischen Werteorientierung.

Dass Sie, liebe Kommilitoninnen und Kommilitonen, sicherlich auf einem ursprünglich martialisch konzipierten Kasernengelände in der nachhaltigen Nutzung eine zukunftsfähige Generation sein werden, mag die gestiegenen Relationen von bei Inkrafttreten des BGB zum 01.01.1900 existierenden 1.500 Soldaten zu 17.000 Einwohnern mit dem damaligen Faktor 11,3 im Verhältnis zu heute 8.000 Studierenden zu 65.000 Bürgern in Fulda mit der Kennzahl 8,1 unter Beweis stellen.

2.6 Besonderer Zauber des Fuldaer Starts

So bleibt für die heutige Feier zur Eröffnung eines neuen Profils in der Familie der Wirtschaftsrechts-Studiengänge nur dieses Faktum mit einem geläufigen Zitat Hermann Hesses (1877 – 1962): „Und jedem Anfang wohnt ein Zauber inne, der uns beschützt und der uns hilft zu leben.“⁵⁰ zu prononcieren.

Ihnen als Beginner und Starter in der ersten Kohorte von Wirtschaftsrecht mit Spezialisierung auf Nachhaltigkeit und Ethik wünsche ich aus vollem Herzen Glück und Segen. Sie haben sich für Ihren späteren Berufswunsch zutreffend entschieden. Die Zukunft wartet sehnsüchtig auf Sie. Schließlich ist Wirtschaft ohne Recht wie Europa ohne Bologna.

3. Wirtschaft ohne Recht wie Europa ohne Bologna ?

Damit komme ich zum zweiten Teilaspekt meines Festvortrages.

Der Gebrauchtwagenhändler aus Mühlheim, welcher kurz vor Weihnachten 2005 eine Pagode, Baujahr 1966, für 34.900 € mit dem Hinweis nach einer Probefahrt verkaufte, dass der Wagen „schnurrt wie eine Katze“, braucht nicht mehr zu gewärtigen, dass ihm sein Mund

⁴⁹ Der Kaiser im Bild. Wilhelm II und die Fotografie, in: Stadt- & Schiffahrtsmuseum Kiel, 17.06 -24.09.2006.

⁵⁰ Hesse, Stufen, „philosophisches“ Gedicht vom 04.05.1941, 1. Strophe, 9. und 10. Zeile.

dafür ausgeglüht wird. Der hohe Kaufpreis erklärte sich damit, dass es sich dabei um ein Kfz der Marke Mercedes-Benz W 113 handelt, das zwischen 1963 bis 1971 nur knapp 49.000 mal als Vorläufer des heutigen SLK produziert wurde und heute einen Sammlerwert von über 100.000 € besitzt. Circa drei Monate später meldete sich der enttäuschte Käufer der Pagode beim Verkäufer mit der Bemerkung: „Der Wagen hustet wie ein Hund.“ Er forderte „umgehend und unverzüglich“ die notwendige Reparatur durchzuführen, was der Verkäufer schlichtweg ignorierte. Der Bundesgerichtshof verurteilte den vertragsuntreuen Verkäufer zur Zahlung der angefallenen Reparaturkosten an dem Motor in Höhe von circa 2.200 €⁵¹.

Also auch in unserer Zeit bleibt Wirtschaft nicht ohne Recht. Recht greift als Sanktion bei wirtschaftlicher Disparität ein und hält unterschiedlichste Sanktionsmittel bereit: vom Schadensersatz über Erlaubnisentzug bis im Extremfall zur Strafe, wie wir schon wissen.

3.1 Römisches Recht in Form des Corpus Juris Civilis Kaiser Justinians

Entscheidend trug zur rechtlichen Entwicklung dessen, was unsere heutigen rechtlichen Standards anlangt, aber die Hochkultur des römischen Rechts, insbesondere in den ersten drei nachchristlichen Jahrhunderten bei. Dabei blicken wir auf diese Zeit durch die historische Brille des oströmischen Kaisers Justinian (482 – 565) im damaligen Byzanz, dem heutigen Istanbul.



Abbildung 8: Kaiser Justinian im Ausschnitt aus einem Mosaikbild in der Kirche San Vitale in Ravenna um 544/545.

⁵¹ BGH NJW 2009, 3153 f. (Urt. v. 12.08.2009) mit folgendem Leitsatz: Für eine Fristsetzung gemäß § 281 Abs. 1 BGB genügt es, wenn der Gläubiger durch das Verlangen nach sofortiger, unverzüglicher oder umgehender Leistung oder vergleichbare Formulierungen deutlich macht, dass dem Schuldner für die Erfüllung nur ein begrenzter (bestimmbarer) Zeitraum zur Verfügung steht; der Angabe eines bestimmten Zeitraums oder eines bestimmten (End-)Termins bedarf es nicht.

Er hat in dem von ihm initiierten Corpus Juris Civilis (528 – 534) aus dem sechsten Jahrhundert in einer griechisch sprechenden Welt die Latinität des Römischen Rechts in seiner pluralistischen, fallbezogenen Vielfalt und Kontroverse für die Nachwelt überliefert. In einer damals unwahrscheinlich langen Regierungszeit von fast 40 Jahren (527 – 565) erreichte er mit seinem Credo: „ein Reich, eine Religion, ein Recht“ ein letztes Mal ein fast das gesamte Mittelmeer umfassendes Kaiserreich mit Ausnahme des heutigen Spaniens, dass der einstigen europäischen Größe Roms nicht nur geographisch nahe kam, sondern mit dem von ihm in Kraft gesetzten Kodifikation bewusst an die große Tradition Römischen Rechts als bedeutende Kulturleistung anknüpfte.

3.2 Aufbruch zu neuen Ufern nach „überlebtem“ Weltuntergang: Gründung der Rechtsschule von Bologna im 11. Jahrhundert

Als man mit der Vollendung des Jahres 1000 den befürchteten Weltuntergang⁵² überlebt hatte, blühten in Norditalien nicht nur die Künste wieder auf, auch formierten sich neue Bürgergesellschaften in den Städten und die Wirtschaft nahm einen bedeutenden Aufschwung. Man fasste neuen Mut und Zutrauen zu sich selber. Das elfte Jahrhundert war in Europa und besonders in Italien eine Umbruchzeit, gekennzeichnet ökonomisch durch Verstädterung, Entwicklung des Handels und Bevölkerungsvermehrung. Man spricht zum einen von der „commercial revolution“ in dieser Epoche.⁵³ Zum anderen war gerade Italien eine politisch zersplitterte Landschaft, in der infolge wirtschaftlicher Prosperität vieler Stadtstaaten ein gesteigertes Bedürfnis nach Rechtsicherheit sich ausbreitete, aber nicht durch Gesetzgebungsakte einer obersten Autorität befriedigt werden konnte. In dieser Situation war es – historisch gesehen – ein glücklicher Zufall, dass für eine Streitentscheidung im Jahre 1076 in Bologna zum ersten Mal ein lateinischer Text aus dem von Kaiser Justinian stammenden Gesetzeswerk herangezogen wurde.⁵⁴ Zwar befand sich eine Handschrift dessen aus dem sechsten Jahrhundert schon seit 300 Jahren in Italien, war aber dort in märchenhaften Dornröschenschlaf gefallen und erst dadurch wieder prinzenhaft wachgeküsst worden. Das genaue Schicksal der als Kriegsbeute aus Amalfi über Pisa nach Florenz gelangten Digesten, dem wichtigsten Teil des justinianischen Werkes, ist bis heute nicht mehr aufklärbar. Jedenfalls bildet sie die sedes materie im wahrsten Sinne des Wortes für die älteste Universität in Kontinentaleuropa, die sich 1088 in Bologna gründete. Sie führt damit zurecht in ihrem Siegel die Worte: Alma Mater Studiorum - die nährenden Mutter aller Studierenden.

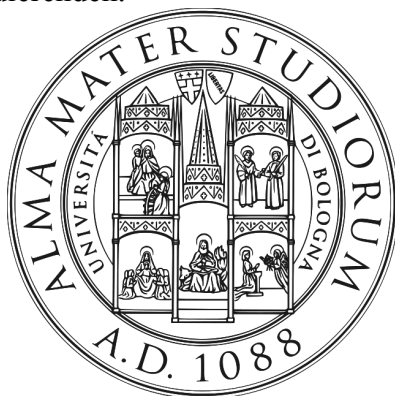


Abbildung 9: Aktuelles Siegel der Universität Bologna

⁵² von Flocken, Blutrote Kometen drohten am Himmel, in: Die Welt vom 30.09.2007; o. V., Als ein Papst „den Weltuntergang verkündete“, in: Kath.net vom 15.12.2012 11:00 h. Beide Artikel entlarven das Datum als tradierte Legende.

⁵³ Landau, Bologna. Die Anfänge der europäischen Rechtswissenschaft, in: Demandt (Hrsg.), Stätten des Geistes, Große Universitäten Europas von der Antike bis zur Gegenwart, 1999, 59, 61.

⁵⁴ Landau (Fn. 53).

Die Universität Bologna entwickelte sich - worauf ihr zweites Motiv: „Petrus ubique pater legum Bononia mater“⁵⁵ deutlich hinweist - aus einer reinen Rechtsschule. Sie verfügte gegenüber der mit ihr im Alter konkurrierenden Universität von Paris⁵⁶ weder über medizinische oder theologische noch den mittelalterlichen artes liberales⁵⁷ verpflichteten Ausbildungsgänge. Gleichwohl leitet sich vom Studium der artes liberales, die in sieben Disziplinen absolviert werden konnten; zunächst im Trivium, wir würden es heute Grundstudium nennen, Grammatik, Rhetorik und Dialektik sowie anschließend im Quadrium, dem nachfolgenden Hauptstudium: in der Arithmetik, Geometrie, Musik und Astronomie, der akademische Titel eines Baccalaureus Artium (B. A.), dem heute immer noch nicht AGG-gerechten Bachelor of Art oder LL.B., dem ebenso geschlechtsdiskriminierenden Bachelor of Laws, ab. Eine Bachelorette gibt es nur im Fernsehen⁵⁸ oder beim Junggesellenabschied. Die Chance, neben einem Baccalaureus eine Baccalaurea zu schaffen, wurde in anglo-amerikanischer Angleichung vertan.

Die älteste Alma Mater war also im heutigen Sinne gar keine mehrere Fachrichtungen umfassende Universität, sondern im modernen Jargon lediglich eine Law School. Aber gleichwohl waren für dieses in Europa exklusive Studium die besten Voraussetzungen in Bologna und der sie umgebenden Emilia Romagna, dem hessischen Partnerland in Europa seit 1992, gegeben. Die älteste europäische Hochschule in Bologna, zu deren Ehren der europäische Angleichungsprozess der vereinheitlichten Abschlussbezeichnungen eines Bachelor und Master sich seit zehn Jahren entwickelte, wurde nicht wie spätere Universitäten von Papst oder Kaiser durch eine Stiftungsurkunde errichtet. Sie entstand auch nicht wie das rivalisierende Paris (1200) aus einer bischöflichen Domschule. In Bologna gab es eine Verfassung der Freiheit und Autonomie, die begünstigt war durch die städtische civit  von Kaufleuten und Bankiers, eine ungewöhnlich intellektuelle Neugier ihrer Bürger und Privilegien, die das Rechtsstudium anerkannten und Studenten und Professoren privilegierten. Große Bedeutung hatte dabei das von Friedrich Barbarossa (um 1122 – 1190) schon 1155 erlassene Universitätsgesetz. Seine „Authentica Habita“, immerhin eine Ergänzung der Novellen Justinians, enthielt das so genannte Scholarenprivileg und verbürgte damit der Rechtsschule Autonomie gegenüber der Stadt Bologna. Der Dominus der Universität war für den Schutz von Dozenten und Studenten verantwortlich und die Alma Mater besaß eine eigene Gerichtsbarkeit. Diese Selbstgesetzlichkeit, Studien und Verfassung einer Hochschule durch Satzungsrecht zu regeln, ist in der materiellen Unabhängigkeit einer Hochschule gegenüber dem Staat bis heute erhalten gebliebenes Charakteristikum; nur die Institution des bis in die 1970er Jahre existenten Universit tsrichters ist inzwischen obsolet. Aber auch heute sind Sie als Studierende noch willensbildende und mitbestimmende Mitglieder Ihrer Hochschule infolge ihrer Immatrikulation und genießen aktuell Privilegien, beispielsweise durch ihr Semesterticket.

3.3 Konkretes Entstehen der Bologneser Law School und Initiale für das 12. juristische Jahrhundert

Aber zunächst waren es zwei autodidaktisch, sich der rechtswissenschaftlichen Materie nähernde Lehrer aus dem kurz geschilderten Artisten-Studium. Als erster soll ein gewisser Pepo

⁵⁵ Versuch der Übersetzung des ausdruckstarken Sinnspruchs: Bologna, überall <für immer> des Heiligen Petrus Vater und der Rechtswissenschaft Mutter.

⁵⁶ Näher dazu: Ehlers, Paris. Die Entstehung der europäischen Universität, in: Demandt (Hrsg.), Stätten des Geistes, Große Universitäten Europas von der Antike bis zur Gegenwart, 1999, 75 ff.

⁵⁷ Umfassend und aktuell dazu: Gleis (Hrsg.): Die Sieben Freien Künste in Antike und Gegenwart, 2006.

⁵⁸ Die Sendung: „Bachelorette 2014“ in RTL, <http://www.rtl.de/cms/sendungen/show/die-bachelorette.html> (14.10.2014).

(um 1040 – ca. 1100) als hochangesehener Richter im elften Jahrhundert⁵⁹ Rechtsunterricht erteilt haben, dabei aber eher glücklos gewesen sein. Erst der als „Lilie des Rechts“ oder später „Illuminator der Rechtswissenschaft“⁶⁰ bezeichnete Irnerius (um 1050 – nach 1125)⁶¹ schaffte es, als ursprünglicher Rhetorik-Lehrer einen attraktiven Rechtsunterricht für die begierig die „libri legales“ Studierenden im Rahmen seiner Dozentur zu institutionalisieren.

Aufgrund der schon in das elfte Jahrhundert zurückreichenden Beschäftigung mit dem Römischen Recht entwickelte sich mit Gründung der Rechtschule in Bologna das zwölfte als so genanntes juristisches Jahrhundert⁶². Sebastian Lohsse (* um 1977) spricht von ihm als der „Renaissance der Rechtswissenschaft“⁶³. Im juristischen Jahrhundert nimmt die Jurisprudenz in Forschung und Lehre erheblich Fahrt auf. Schulung und Forschung der Damaligen konzentrierte sich zunächst auf die philologische und lexikalische Bearbeitung des durch das Corpus Juris Überlieferten unter dem Gesichtspunkt der Aufklärung von Widersprüchen. Es wurde nach, modern gesprochen, Wertungswidersprüchen in den tradierten Gesetzen gesucht. Inhaltliche Abweichungen wurden durch Bemerkungen am Rand oder zwischen den Zeilen versehen, „glossiert“. Die Glosse als Arbeitsmittel brachte den ersten Rechtslehrern dann ihren charakteristischen Namen als Glossatoren⁶⁴ ein.

Auch heute sind die von den Juristen gepflegten Methoden bei Auslegung von modernen Gesetzestexten nach noch fast 1.000 Jahren keine anderen. Wir nennen die Glossen von damals heute nur Kommentare. Jedenfalls wird auch heute noch nach denselben Prinzipien gearbeitet, in dem wir an den Rand von §§en neue §§en schreiben, um besser zu verstehen, was damit gemeint ist oder sein soll.

⁵⁹ Näher zu seiner Person: Fitting, Pepo zu Bologna, in: SZ RomAbt 23 (1902), 31 – 45; Schmugge, "Codicis Iustiniani et Institutionum baiulus". Eine neue Quelle zu Magister Pepo von Bologna, in: Ius Commune VI (1977), 1 - 9.

⁶⁰ Landau (Fn. 53) 63.

⁶¹ Weimar, Irnerius, in: Stolleis (Hrsg.): Juristen. Ein biographisches Lexikon von der Antike bis zum 20. Jahrhundert, 2001, 325–327.

⁶² Schlosser, Neuere Europäische Rechtsgeschichte. Privat- und Strafrecht vom Mittelalter bis zur Moderne, Grundrisse des Rechts, 2. Auflage, 2014, 56.

⁶³ Lohsse, Vorlesung Privatrechtsgeschichte, Sommersemester 2013, § 2... (Glossatoren, 12. Jhdt.), www.jura.uni-muenster.de/index.cfm?objectid=13B7CD3C. (14.10.2014).

⁶⁴ Näher dazu: Lange, Römisches Recht im Mittelalter I: Die Glossatoren, 1997, passim.



Abbildung 10: Scan einer Handschrift des Codex Iustiniani (Text des Gesetzes in den beiden mittleren Spalten mit den großen I) mit Interlinear- und Marginalglossen, teilweise beginnend mit dem abgekürzt verwendeten, ausgeschmückten c (für caput) im oberen Drittel der rechten Spalte des Gesetzestextes, dem später auch visualisiert ähnlichen Return-Tastenbild (¶) als ursprünglich funktionellem §-Zeichen.⁶⁵

⁶⁵ Quelle: Codicis Iustiani repetitae lectiones libri. I – VIII, 14. Jahrhundert, BSB (Bayerische Staatsbibliothek) München, MDZ (Münchner DigitalisierungsZentrum), Clm 22,

3.4 Juristische Scharfsinnsscheitelpunkte

Wohingegen gar nichts hilft, sind deutsche Paragraphen wie zum Beispiel: „Viereckig im Sinne des Wahlgesetzes ist jeder achteckige Kasten.“ Noch unbestechlicher ist die Logik des Bundesgerichtshofs aus der Residenz des Rechts in Karlsruhe: „Schmeckt die vergiftete Suppe gut, ist es Mord; schmeckt sie schlecht, ist es nur Totschlag.“⁶⁶

Aber auch ein Blick ins deutsche BGB lässt alles vergessen, was man über Sprache weiß. § 919 Abs. 1 BGB spricht bezüglich fester Markierungen, die dann angebracht werden müssen, „wenn ein Grenzzeichen verrückt geworden ist“. Was in aller Welt macht man mit einem verrückten Grenzstein⁶⁷, dem als Sache ja die Personenqualität als Träger von Rechten und Pflichten gebricht und der nur die Aufgabe hat, katastermäßig Grundstücke nachvollziehbar zu trennen. Zum Glück gibt es eine geschlossene Abteilung für verrückte Grenzsteine auf dem von hier weit entfernten Eichberg im Rheingau.

Philologischen Charme im Sinne der sieben mittelalterlichen artes liberales á la Bologna haben auch zwei berühmte Definitionen der deutschen Rechtsprechung, die sich in Wahrheit eher zu einer Rechtschreibung entwickelte. Zum einen betrifft sie die Eisenbahn, zum anderen das ehemalige Reichsgericht in Leipzig, in dessen Gebäude heute das Bundesverwaltungsgericht sitzt.

Also zunächst zur spannenden Frage: was ist ein Eisenbahnunternehmen? Ich zitiere den einen langen Definitionssatz des Reichsgerichts; zufällig anwesende Logistiker unter Ihnen aufgemerkt:

„Ein Unternehmen, gerichtet auf wiederholte Fortbewegung von Personen oder Sachen über nicht ganz unbedeutende Raumstrecken auf metallener Grundlage, welche durch ihre Konsistenz, Konstruktion und Glätte den Transport großer Gewichtsmassen, beziehungsweise die Erzielung einer verhältnismäßig bedeutenden Schnelligkeit der Transportbewegung zu ermöglichen bestimmt ist, und durch diese Eigenart in Verbindung mit den außerdem zur Erzeugung der Transportbewegung benutzten Naturkräften (Dampf, Elektrizität, tierischer oder menschlicher Muskeltätigkeit, bei geeigneter Ebene der Bahn auch schon der eigenen Schwere der Transportgefäße und deren Ladung etc.) bei dem Betrieb des Unternehmens auf derselben eine Verhältnis gewaltige (je nach den Umständen nur in bezweckter Weise nützliche, oder auch Menschenleben vernichtende und die menschliche Gesundheit verletzende) Wirkung zu erzeugen fähig ist.“⁶⁸

Die Aktualität dieser notwendig langatmigen, sicherlich korrekten, aber für alle nichtssagenden Definition vermag auch heute noch nicht die im vergangenen Jahr stattgefundenen Durchfahrten auf dem Mainzer Hauptbahnhof zu erklären. Aber erinnern wir uns an die profunde Erkenntnis von Uwe Wesel (* 1933) über Gesetz und Recht: „Gesetze und Juristen formulieren so kompliziert, dass niemand es versteht, aber alle wissen, dass es ganz einfach ist.“⁶⁹

Bild 11, S. 17 (<http://daten.digitalesammlungen.de/~db/0002/bsb00026742/images/index.-html?seite=11&fip=193.174.98.30>) (06.06.2014)

⁶⁶ Zum Vorstehenden: Koczvara, Sentenzen aus seinem Justizkabarett-Programmen: Warum war Jesus nicht rechtsschutzversichert?!, 1992; ders., Am achten Tag schuf Gott den Rechtsanwalt, 2010.

⁶⁷ Aberle/Kuhnke/Roth, Aus dem Leben eines 100-jährigen – Das BGB hatte Geburtstag, in: Vermessung Brandenburg Nr. 2/2000, 32 – 36.

⁶⁸ RG, Urt. v. 17.03.1879, RGZ 1, 247, 252.

⁶⁹ Wesel, in: Ein Fall für Escher, mdr-Fernsehen am 07./08.06.2001.

So stellt sich zwanglos die zweite Frage: was ist ein Reichsgericht ?, nicht ein fernöstliches Reisgericht. Ich zitiere abermals und nun ist dies für die angehenden Bachelor of Laws von Bedeutung:

“Ein Reichsgericht ist eine Einrichtung, welche eine dem allgemeinen Verständnis entgegenkommen sollende, aber bisweilen durch sich nicht ganz vermeiden lassende, nicht ganz unbedeutende beziehungsweise verhältnismäßig gewaltige Fehler im Satzbau auf der schiefen Ebene des durch verschnörkelte und ineinander geschachtelte Perioden ungenießbar gemachten Kanzleistils herabgerollte Definition, welche eine dass menschliche Sprachgefühl verletzende Wirkung zu erzeugen fähig ist, liefert.“⁷⁰

3.5 Der 1988 begonnene Bologna-Prozess

Aber zurück zum Thema meines Festvortrages: „Wirtschaft ohne Recht ist wie Europa ohne Bologna“. Sie ahnen sicherlich schon alle die hier zu ziehende Zwischenbilanz. Für die akademische Bildung in Europa kann Bologna nicht hinweg gedacht werden. Für die rechtswissenschaftliche Ausbildung ist die alma mater studiorum zur conditio sine qua non geworden⁷¹. Auch wenn die älteste europäische Hochschule zunächst nur eine Rechtsschule war, ist sie damit zur Wiege des Studiums an sich geworden. Für Sie als wirtschaftsjuristische Bachelor of Laws bewahrheitet sich aber durch die berichteten Beispiele meine thematisierte Feststellung: Wirtschaft ohne Recht ist wie Europa ohne Bologna oder noch präziser ohne Bachelor.

In Würdigung der ihnen zu Bologna dargelegten Historizität unterzeichneten anlässlich des 900 Jahre zurückliegenden Gründungsjahres der alma mater studiorum 388 Universitätspräsidenten aus aller Welt 1988 dort eine Magna Charta Universitatum. In ihr wird den Universitäten als autonomen gesellschaftlichen Kerninstitutionen eine bedeutende Rolle für die auszubauenden engen Beziehungen zwischen allen Nationen Europas zugesprochen. Die unaufgebbare Einheit und Freiheit von Forschung und Lehre sowie die schutzwürdigen Bildungsinteressen der Studierenden werden darin ebenso betont wie die notwendige intensive Förderung des forschungsbezogenen Informationsaustausches der europäischen Hochschulen untereinander als auch der transnationalen Mobilität von Lehrenden und Studierenden. Es ging dabei um die Schaffung eines gesamteuropäischen Hochschulraumes, der zu den Gestaltungsaufgaben eines einheitlichen gesellschaftlichen und sozialen Lebensumfeldes gehört wie der Euro-Raum. Eingebunden in den europaweiten Bologna-Prozess führen Bund, Länder und Hochschulen die größte Hochschulreform seit Jahrzehnten durch. Ziel des 1999 in Bologna angestoßenen Hochschulreformprozesses war und ist es, international akzeptierte Anschlüsse zu schaffen, die Qualität von Studienangeboten zu verbessern und mehr Beschäftigungsfähigkeit zu vermitteln. Es geht heute ganz besonders darum, „Employability“ zum Ende des Studiums zu produzieren; wohl keine Besonderheit für die praxisorientierten Fachhochschulen in Deutschland; wohl eher eine Herausforderung für Universitäten und insbesondere für die immer noch weitgehend staatlich reglementierte klassische Juristen-Ausbildung, der es nach dem ersten Hochschulabschluss an der geforderten „Berufsfähigkeit“ eindeutig fehlt und die damit deswegen nicht bologna-konform ist.

An dem Bologna Prozess wirken mittlerweile 47 Staaten sowie die EU-Kommission und acht weitere Organisationen aus dem Hochschulbereich partnerschaftlich mit.⁷² Er hat in ganz Europa eine große Dynamik in die Hochschullandschaft gebracht. Mit der Einführung des Bologna-Systems von verständlichen, vergleichbaren und in Europa gleichermaßen transparen-

⁷⁰ Reiners, Stilfibel. Der sichere Weg zum guten Deutsch, 1951, 34.

⁷¹ Landau (Fn. 51) 72.

⁷² Näher: Der Bologna-Prozess – die europäische Studienreform (<http://www.bmbf.de/de/-3336.php>) (14.10.2014).

ten, gestuften Abschlüssen von Bachelor und Master innerhalb von fünf Jahren existiert nun erstmalig trotz noch weiter bestehender nationaler Binnendifferenzierung der Curricula eine einheitliche Leitlinie, die neben dem Euro auch einen gemeinsamen kulturellen Rahmen neben dem einheitlich ausprägenden europäischen Wirtschafts- und Sozialraum verwirklichen hilft. Dies dokumentiert sich exemplarisch insbesondere an der so geschaffenen:

- Transparenz über Studieninhalte durch Kreditpunkte und Diploma Supplement,
- Anerkennung von Abschlüssen und Studienabschnitten,
- Verbesserung und Steigerung der Mobilität von Studierenden,
- Förderung des immer wichtiger werdenden lebenslangen Lernens bei exponentiell zuwachsendem Wissen
- und schließlich die Verbesserung der Berufsqualifizierung durch Studien im Sinne von Employability.

3.6 Letzte juristische Alltagskapriolen

Der große Frankfurter-Weimarer, der mit seinem literarischen Spagat und als Jurist die Landesbank Hessen-Thüringen prophetisch vorwegnahm, Johann Wolfgang von Goethe, beklagte zu seiner Zeit schon: „Wenn man alle Gesetze studieren wollte, so hätte man gar keine Zeit, sie zu übertreten.“⁷³

Wie kurios und sprachlich kapriziös Gesetze sein können, belegen folgende Vorschriften:

§ 26 Landesreisekostengesetz NRW: „Stirbt der Beamte während der Dienstreise, so ist die Dienstreise damit beendet.“ Oder vergleichbar skurril: „Der Tod stellt die stärkste Form der Dienstunfähigkeit dar.“⁷⁴ So lautete die Headline über den Bericht eines interdisziplinären Symposiums über Lachen an der Universität Essen-Duisburg. In diesem symposialen Sinne fügt sich noch ein weiteres Beispiel ersatzlos zu tilgender Selbstverständlichkeit aus der juristischen Sprachschatzkammer ein. Es entstammt § 5 Abs. 1 Satz 1 des Gesetzes über die Anpassung von Versorgungsbezügen: „Die einmalige Zahlung wird für jeden Berechtigten nur einmal gewährt.“ Damit wurde ein besonderer Scharfsinnsscheitelpunkt erreicht, der sich mühelos weiter fortsetzt mit: § 87 Abs. 2 StPO: „Zur Besichtigung oder Öffnung einer schon beerdigten Leiche ist ihre Ausgrabung statthaft.“ Ein weiteres logisches Meisterwerk enthält das Eisenbahnkreuzungsgesetz: § 1 Abs. 2 lautet: „Kreuzungen sind entweder höhengleich oder nicht höhengleich.“

Aber auch germanische Stabreime mit Alliteration lassen sich finden: § 1 Abs. 2 der Verordnung über die Anerkennung von Adoptionsvermittlungsstellen in freier Trägerschaft sowie die im Adoptionsvermittlungsverfahren zu erstattenden Kosten (AdVermiStAnKoV) schreibt vor, dass der

"Antrag auf Anerkennung als Adoptionsvermittlungsstelle ausschließlich an"

die für den Sitz des Trägers zuständige zentrale Adoptionsstelle des Landesjugendamtes zu stellen sei. Hermann der Cherusker (um – 17 – um 21), von den Römern Arminus genannt, hätte sich daran sicherlich ergötzt.

⁷³ Goethe, Briefe an Friedrich Constantin von Stein, 1787.

⁷⁴ Rath, „Der Tod stellt die stärkste Form der Dienstunfähigkeit dar“. Kein Witz: Interdisziplinäres Symposium thematisierte das Lachen, JA aktiv. Junge Akademie Magazin 2014, 36 f.

Als wirklicher Knaller bezüglich der Diskussion um die im Rahmen der Energiewende abgeschalteten Atomkraftwerke und die deswegen jetzt klageweise gegen das Land Hessen und den Bund geltend gemachten Schadensersatzforderungen erweist sich § 328 Abs. 2 Nummer 3 StGB: „Wer eine nukleare Explosion verursacht, muss mit einer Freiheitsstrafe von fünf Jahren oder einer Geldstrafe“ rechnen. Angesichts der dadurch verursachten Umweltverseuchung auf 120.000 Jahre mit Caesium und deren Halbwertszeit von 30,17 Jahren im Vergleich zu Uran 238 von 4,4 Milliarden Jahren erstmaliger Verfallszeit ist eine hohe Freiheitsstrafe von Uli Hoeneß (* 1952) Ausmaßen geradezu „auf einer halben Backe“ abzusitzen. Tschernobyl 1986 und Fukushima 2011 im Olympialand Japan 2020 lassen grüßen.

II. Fazit

Mit den gelegentlich eingestreuten juristischen Scharfsinnsscheitelpunkten und Alltagskapriolen möchte ich nun schließen und ein Fazit ziehen: „Wirtschaft ohne Recht ist zwar wie Europa ohne Bologna!“ Aber gerade deswegen braucht die Wirtschaft nach über 900 Jahren für das dritte Jahrtausend neue Juristen. Das sind Wirtschaftsjuristinnen und Wirtschaftsjuristen als Bachelor of Laws. Wenn sie Ihre Ausbildung im Jahr 2018 beendet und vollendet haben werden, dann vereinen Sie in sich rechtliches und wirtschaftliches Fachwissen und Kompetenzen im besten wirtschaftsjuristischen Sinne. Infolge der Ausrichtung Ihres fuldaspezifischen Studienangebots mit Fokussierung von Ethik und Nachhaltigkeit ist Ihnen ein praxisorientiertes, umsetzungsfähiges Wissen vermittelt worden, das Recht und Wirtschaft mit Ökologie in einem menschenwürdigen Miteinander vereint und damit auch Rechts- und Sozialstaatlichkeit mit Erhaltung intellektueller und geophysischer Lebensgrundlagen für uns alle für die Zukunft gewährleistet und Chancengleichheit verbürgt⁷⁵. Durch ihre Studien erlangen Sie ein neues wertebasiertes Betriebssystem für Wirtschaftsjuristen der Zukunft. Als attraktives aliud zur klassischen und traditionellen Jura-Ausbildung an Universitäten stellt dies für Sie einen nachhaltigen Mehrwert dar.

Ich wünsche Ihnen als Kommilitoninnen und Kommilitonen ebenso wie den Collega eine positive Entwicklung Ihres Studienkonzepts genauso wie alle Zeit eine kräftige Prise Humor.

Wirtschaft mit Recht ist wie Europa mit Bachelor zur Erfolgsgeschichte geworden. Wirtschaftsjuristinnen und Wirtschaftsjuristen sind seit über 20 Jahren ein wichtiger menschlicher Faktor in einer glücklicherweise diversifizierten juristischen Ausbildungslandschaft⁷⁶. Sie kennzeichnen sich durch einen auf Bologna zurück zu verfolgenden akademischen Titel als LL.B. (Baccalaurea/us Legum)⁷⁷ heute europäisch und global: Bachelor of Laws; wobei der Plural „der Rechte“ nicht geschichtsvergessen für die moderne Dichotomie von privatem und öffentlichem Recht steht, sondern weltliches und kirchliches Recht meint. Aber das ist ein weites Feld und ein anderes Thema.

⁷⁵ Massarrat, Chancengleichheit als Ethik der Nachhaltigkeit, Widerspruch 2000, Heft 40, 55 – 69.

⁷⁶ Näher dazu Slapnicar (Fn. 22) Rechtslehre, Jahrbuch der Rechtsdidaktik 2011, 2012, 109, 118 ff.; ders. (Fn. 1) WBS Highlights 2013, 12 – 15; ders. (Fn. 24) Bergmans, Berufs- und Arbeitsmarktperspektiven von Bachelor- und Master-Juristen, 2013, 81, 87 ff. unter 5 und 90 ff. unter 6..

⁷⁷ Im Lateinischen wurde der Genitiv Plural von lex = legum in den mittelalterlichen Handschriften mit einem doppelten L., also LL., abgekürzt. Das B. stand für den ersten akademischen Grad eines Baccalaureus. So erklärt sich die noch heute gebräuchliche Abkürzung eines Bachelor of Laws im historisch verwendeten lateinischen Plural als „LL.B.“.

Mein Fazit lautet: Wirtschaft mit Recht ist eben wie Europa mit Bachelor !

Ein herzliches und nachhaltiges gaudeamus igitur, wie es früher bei Inaugurationen oder akademischen Investituren aus studentischen Kehlen erklang. Sie und wir alle sind auf dem richtigen Weg.

2.

Mit Wirtschaftsrecht juristische Ausbildung attraktiv bereichert - Protokollnotizen zu einer über 20jährigen akademischen Erfolgsgeschichte

von Prof. em. Dr. iur. Klaus W. Slapnicar¹

Gliederung:

- I. Mainzer Jubiläen im Jahr 2013
- II. Wirtschaftsrecht – Sternstunde deutscher Fachhochschulen
- III. Vier anfänglich unterschiedliche Studienprogramme
 - III.1 Mainz
 - III.2 Lüneburg
 - III.3 Frankfurt am Main – Irrungen und Wirrungen sowie ein verschenkter USP für ein berufsbegleitendes Studienprogramm
 - III.4 Schmalkalden
- IV. Inhaltliche Gemeinsamkeiten und Unterschiede bei Konzeption und Realisierung des Studienangebots
- V. Drei Ereignisse als Auslöser für die Kreation von Wirtschaftsrecht
- VI. Zielprojektionen für das wirtschaftsjuristische Studienprogramm
- VII. Vorzüge der Absolventen von Wirtschaftsrecht
- VIII. Institutionelle Qualitätskontrolle der Zielerreichung beim zukunftsfähigen Studienangebot Wirtschaftsrecht durch die WHV
- IX. Emanzipation von Wirtschaftsrecht trotz Gegenwindes
- X. Wirtschaftsjuristische Kettenreaktion und attraktive Diversifikation der Juristenausbildung
- XI. „Die deutsche Juristenausbildung ist schlecht.“
- XII. Wirtschaftsrecht erfolgreich als diversifiziertes aliud positioniert
- XIII. 22 Jahre „Wirtschaftsrecht“ in Mainz

¹ weiland Gründungsprofessor im ursprünglichen Fachbereich, später Fakultät Wirtschaftsrecht der FH Schmalkalden, Präsident der Deutschen Wirtschaftsjuristischen Gesellschaft, Aufsichtsratsvorsitzender der WBG UNION eG, Wissenschaftlicher Leiter der Südwestdeutschen Fachakademie der Immobilienwirtschaft Wiesbaden, Of Counsel des Wiesbadener Anwaltsnotariats Dr. Aichinger + Stamm sowie Lehrbeauftragter an den Hochschulen Hof, Mittweida, der Wiesbaden Business School und der vwa wiesbaden.

I. Mainzer Jubiläen im Jahr 2013

20- oder 15jährige Jubiläen in der Rechtswissenschaft sind zugestandenermaßen nur eine Momentaufnahme, ein greller Blitz angesichts langer juristischer Traditionen, die mit dem Codex Hammurabi (ca. -1750) aus dem alten Zweistromland zwischen Euphrat und Tigris beginnen, ihre Hochkultur im römischen Recht finden und im Bologna des 12. Jahrhundert mit systematischer juristischer Ausbildung institutionell aufblühen². In diesem von Hans Schlosser (* 1937) so zutreffend bezeichneten „juristischen Jahrhundert“³ entsteht nach Auffinden einer Abschrift des Corpus Iuris Civilis (CJC) des oströmischen Kaisers Justinian (482 – 565) aus dem 6. Jahrhundert nicht nur akademische Ausbildung schlechthin in Europa⁴, sondern auch das juristische Studium, allerdings noch mehr unter dem Gesichtspunkt der Aufklärung von Widersprüchen⁵ innerhalb des CJC und damit philologisch und lexikalisch, auf keinen Fall anwendungsbezogen auf die damalige Zeit. Praxisorientierung und die Erkenntnis, den im CJC versammelten juristischen Erfahrungsschatz für die Streitschlichtung in der Gesellschaft zu nutzen, nahm zwei weitere Jahrhunderte in Anspruch und vollzog sich erst bei den so genannten Postglossatoren oder präziser Kommentatoren im 14. und 15. Jahrhundert an der Schwelle zur Neuzeit⁶. Als in Italien studierte Räte, kamen die ersten Juristengenerationen nach Deutschland zurück und berieten als Syndici ihre mittelalterlichen Obrigkeiten. Schließlich galt das CJC bis zum Inkrafttreten des BGB an der Schwelle des 20. Jahrhunderts.

Das Jahr des stolzen Doppeljubiläums für die Mainzer Hochschule, 2013, steht auch für 10 Jahre Bologna-Reform in Europa⁷. Sie stellte die akademischen Abschlüsse aller Hochschulen mit der transparenten und gestuften Abfolge von Bachelor und Master innerhalb von insgesamt 5 Studienjahren auf neue gesetzliche Grundlagen, die auch einen gemeinsamen kulturellen Rahmen neben dem einheitlich auszubildenden europäischen Wirtschafts- und Sozialraum verwirklichen hilft.

II. Wirtschaftsrecht – Sternstunde deutscher Fachhochschulen

Mit dem Entstehen von Wirtschaftsrecht als Studienangebot an den praxisorientierten Hochschulen verwirklichte sich eine ihrer Sternstunden⁸, wie es Rupert Huth (* 1934), langjähriger Rektor der Pforzheimer Hochschule und Vizepräsident der HRK, auf der 3. Tagung der Wirtschaftsjuristischen Hochschulvereinigung (WHV)⁹ 1999 in Recklinghausen

² Landau, Bologna. Die Anfänge der europäischen Rechtswissenschaft, in: Demandt (Hrsg.), Stätten des Geistes, Große Universitäten Europas von der Antike bis zur Gegenwart, 59 – 74.

³ Schlosser, Grundzüge der Neueren Privatrechtsgeschichte – Rechtsentwicklungen im europäischen Kontext, 10. Aufl. 2005, 56.

⁴ Landau (Fn. 2) 73 f.

⁵ „Concordantia discordantium canonum“ ist der Titel des zwischen 1125 und 1140 verfaßten kennzeichnenden Werkes des Kirchenrechtslehrers Gratian von Bologna (bis 1160).

⁶ Horn, Die legistische Literatur der Kommentatorenzeit und die Ausbreitung des gelehrten Rechts, in: Coing (Hrsg.), Handbuch der Quellen und Literatur der neueren Europäischen Privatrechtsgeschichte. Band 1. 1973, 261-364.

⁷ Näher dazu: BMBF, Realisierung der Ziele des Bologna-Prozesses. Nationaler Bericht 2004 für Deutschland von KMK und BMBF, 2004, 20 Seiten. Dazu neuestens: Dräger/ Müller-Eiselt, Die Bologna-Reform feiert Geburtstag, in: http://brockhaus.de/service/brockhaus_perspektiv/wahnsinn_bildung/bologna-reform.php (15.07.2013).

⁸ Feller, „Wirtschaftsrecht war eine Sternstunde der Fachhochschulentwicklung in Deutschland“ – Fachbereich Wirtschaftsrecht feierte 10-jähriges Bestehen, in: fhS Journal, Ausgabe 01/2007, 16.

⁹ Homepage der WHV: <http://www.wirtschaftsrecht-fh.de>.

anerkennend bezeichnete und darin Unterstützung und Beifall von seinem Korreferenten, dem lange Zeit amtierenden Hauptgeschäftsführer (1971 – 1981) und Präsidenten von Gesamtmetall (1996 – 2000), Werner Stumpfe (* 1937) erhielt.

Wirtschaftsrecht ist mehr als nur eine semantische Synthese, sondern als innovatives Studienangebot ein originäres Programm deutscher Fachhochschulen¹⁰. Die Wirtschaftsjuristenausbildung à la FH steht dem klassischen Jurastudium an der Universität als gleichwertiges aliud¹¹, was rechtswissenschaftliches Niveau, partiellen Inhalt und Positionierung angeht, zur Seite. Mit der Kreation von Wirtschaftsrecht, erstmals in Mainz vor zwanzig Jahren, hat sich die Jura-Ausbildung nachhaltig diversifiziert; was 2012 der Wissenschaftsrat auch aus Anlass seiner „Perspektiven der Rechtswissenschaft in Deutschland“ anerkennend feststellte¹².

Vor 20 Jahren startete dieses Studienangebot zum WS 1993/94 an der FH Mainz. Holger Heinbuch (* 1950) hat die Anfänge später als hartes Ringen um eine anwendungsbezogene Juristenausbildung als neuen dritten Weg bezeichnet, „aus der ungeliebten Hilfsfunktion für das BWL-Studium herauszukommen ... aber auch nicht an den Formalkriterien der überkommenen Juristenausbildung zu scheitern“¹³. Begeisterung, etwas gestalten zu können, beflügelte die Aufbruchsstimmung der Konzeptionäre zusätzlich, dem herkömmlichen Allerlei zu entraten.

„Nur wer bereit zu Aufbruch ist und Reise,
mag lähmender Gewöhnung sich entrafen“,

proklamiert Hermann Hesse (1877 – 1962) in seinem philosophischen Poem „Stufen“ und im Vers vorangestellt:

„Der Weltgeist will nicht fesseln uns und engen,
Er will uns Stuf´ um Stufe heben, weiten.
Kaum sind wir heimisch einem Lebenskreise
Und traulich eingewohnt, so droht Erschlaffen.“

1993 war zugleich auch das Abschiedsjahr der 1977 begonnenen einstufigen Juristenausbildung an Universitäten. Sie führte aufgrund des als Experimentierklausel eingeführten § 5 b DRiG von 1971 in fast allen Ländern der Bundesrepublik¹⁴ ohne zwei Staatsexamina und ohne Referendariat, lediglich durch ein sechssemestriges Studium in Kleingruppen mit ausbildungsbegleitenden Leistungsnachweisen, einer Zwischenprüfung

¹⁰ Slapnicar, Wirtschaftsrecht - Sternstunde der Fachhochschulen und gelungene Juristen ausbildung, in: Bereit für eine Date ? Karrieretag der Wirtschaftsjuristen 28. Mai 2008 FH Mainz, 23.

¹¹ So auch schon Abel/Kiel, Protokoll Arbeitskreis 1, in: Schomerus/Degenhart/Preißer, Der Diplom-Studiengang Wirtschaftsrecht. Stand und Perspektiven. Tagung am 23. Oktober 1997, 1998, 23, 24; so jetzt neustens auch VG Stuttgart (Urt. v. 18.09.2013 - 12 K 4134/12) zitiert nach juris Rdnrn. 17, 19.

¹² Wissenschaftsrat, Für die Öffnung der Rechtswissenschaft in das Wissenschaftssystem. Situation, Analysen, Empfehlungen, Pressemitteilung Nr. 21 vom 12.11.2012 in Drucksache 2558-12 des Wissenschaftsrats, 2.

¹³ Heinbuch, Entstehung und Entwicklung des Studiengangs Wirtschaftsrecht an der FH Mainz, in: in principio erat codex – Am Anfang war das Buch und das Gesetz, Festschrift für Klaus Slapnicar, unter II. Wirtschaftsjuristische Brennpunkte, 2015 im Erscheinen (255).

¹⁴ Mit Ausnahme des Landes Berlin und dem Saarland.

sowie einer Praxiszeit beim Amtsgericht, bei einem Rechtsanwalt oder in der Verwaltung nach einer allein universitär verantworteten Abschlussarbeit zum/r so genannten „Volljurist/in“. Von 1977 bis 1993 wurden in 15 Jahren so 7.085 Personen einstufig ausgebildet¹⁵. Seit dem Start von Wirtschaftsrecht in Mainz gibt es als ursprüngliche „Diplomer“ und aktuelle „Bachelor of Laws“ bis 2013 deutlich über 10.000 Absolventen dieses neuen Studiengangs¹⁶. Im Prüfungsjahr 2012 haben 2.801 Personen ihr Wirtschaftsrechtsstudium abgeschlossen, davon 2.169 mit einem FH-Abschluss.¹⁷ Mittlerweile studieren 13 % aller Jura-Studierenden an Fachhochschulen und privaten Hochschulen.¹⁸ Seit erstmaliger Erhebung der Zahlen im Studienfach Wirtschaftsrecht durch das Statistische Bundesamt zum WS 2002/2003 mit knapp 3.000 Studierenden hat sich deren Zahl bis zum WS 2010/2011 auf 12.089¹⁹ vervierfacht²⁰ und ist zum WS 2013/2014 leicht gefallen auf 11.940 gegenüber 5.702 Immatrikulierten von Wirtschaftsrecht an Universitäten²¹.

Mit den „Empfehlungen zur Entwicklung der Fachhochschulen in den <19>90er Jahren“²² hatte der Wissenschaftsrat damals die heutigen „Universities of Applied Sciences“ zum Auszug aus ihrem bisherigen Ghetto von ingenieur- und betriebswirtschaftlichen Studien motiviert. Darauf aufbauend initiierte die damalig parteilose Wissenschaftsministerin Helga Schuchardt (* 1939) im zweiten Kabinett von Ministerpräsident Gerhard Schröder (* 1939) (SPD) mit dessen Unterstützung ein niedersächsisches „Fachhochschulentwicklungsprogramm“, mit dem es gelang, die Impulse des Wissenschaftsrates umzusetzen und sich mit Wirtschaftsrecht neu zu positionieren. Nach erfolgreichen 20 Jahren ausdrücklich gewürdiger Diversifikation rechtswissenschaftlicher Studienangebote ist es nach Auffassung des Wissenschaftsrates aktuelle Aufgabe der neuen Hochschulen, die unterschiedlichen Angebote zu strukturieren, zu kanalisieren und neu entstehende juristische Studienangebote sinnvoll zu begrenzen²³.

III. Vier anfänglich unterschiedliche Studienprogramme

Unabhängig voneinander speisten drei unterschiedliche Quellen synchron das innovative Studienangebot von Wirtschaftsrecht an Fachhochschulen.

III.1 Mainz

An der FH Mainz war es der mit großen forensischen Erfahrungen ausgestattete Rechtsanwalt und Hochschullehrer Birger Kropshofer (* 1951), der pragmatisch die Initiative dafür entfaltete. Das damalige Diplom-Studium gliederte sich in ein dreisemestriges Grund- und in ein fünfsemestriges Hauptstudium inklusive eines Diplom-Semesters. Die explizite Ausprägung

¹⁵ Bundesamt für Justiz, Ausbildungsstatistik: Zeitreihe über die Zahl der im Bundesgebiet erfolgreichen Kandidaten von 1959 bis 2010, auf dem Stand vom 06.12.2011.

¹⁶ Auskunft des Generalsekretärs der WHV, Prof. Dr. Peter Kiel, Hochschule Wismar, vom 18.11.2013.

¹⁷ Zahlen beruhen auf telefonischer Auskunft des Referenten für Hochschulstatistik des Statistischen Bundesamtes, Herrn Feuerstein, vom 18.11.2013.

¹⁸ Wissenschaftsrat, Perspektiven der Rechtswissenschaft in Deutschland. Situation, Analysen, Empfehlungen, Drucksache 2558-12 des Wissenschaftsrates vom 09.11.2012, 23. Dort ist von „knapp 9 % aller Studierenden der Rechtswissenschaft an Fachhochschulen“ die Rede.

¹⁹ Wissenschaftsrat (Fn. 18) 80.

²⁰ Wissenschaftsrat (Fn. 18) 22.

²¹ Telefonische Auskunft des Referenten für Hochschulstatistik des Statistischen Bundesamtes, Herrn Feuerstein, vom 18.11.2013.

²² Wissenschaftsrat 1991.

²³ Wissenschaftsrat (Fn. 18) 2.

von Schwerpunkten fehlte ebenso wie ein eigenes Praxissemester. Dafür waren Praktika während der Sommerferien nach dem jeweiligen Sommersemester verbindlich im Studienprogramm vorgeschrieben.

III.2 Lüneburg

In Lüneburg brachte der Kanzler der FH Nordostniedersachsen Roland Schmidt (* 1941) das später so genannte und durch Bundeszuschüsse realisierte „Lüneburger Modell“²⁴ gegen erhebliche „Sperrfeuer“,²⁵ insbesondere der Justizministerkonferenz²⁶, auf den Weg²⁷. Für dieses Vorhaben konnte er die Aufmerksamkeit des Wissenschaftsministeriums in Hannover, vor allem der Spitze des Hauses, der Ministerin Schuchardt, selber Absolventin einer Fachhochschule als Ingenieurin für technische Physik, und ihres zur herkömmlichen Juristenausbildung kritisch stehenden Staatssekretärs Uwe Reinhardt (* um 1943) ebenso gewinnen wie die der ausführenden Bürokratie in Personen des damaligen, ebenso reformbejahenden Abteilungsleiters Jürgen Otto (* 1937) und des Leiters Studienreform, Wolfgang Körner (* 1943). So konnte Schmidt seinen „Kampf gegen das juristische Establishment“ aufnehmen und erfolgreich beenden²⁸. Er verstand das Reformprojekt nicht als Konkurrenz²⁹ gegenüber klassisch ausgebildeten Juristen, sondern als eine Bereicherung.³⁰ Die Lüneburger Konzeption sah ein achtsemestriges Studium mit jeweils gleichgewichtigem viersemestrigem Grund- und Hauptstudium vor. Ins Hauptstudium waren ein verpflichtendes Praxissemester im sechsten Semester und ein Diplom-Semester am Studienende integriert. Während des Hauptstudiums mussten zwei Schwerpunkte absolviert werden.³¹

III.3 Frankfurt am Main – Irrungen und Wirrungen sowie ein verschenkter USP für ein berufsbegleitendes Studienprogramm

Angeregt durch diese ersten konkretisierenden Überlegungen zu einem Studienangebot von Wirtschaftsrecht in Niedersachsen, machte sich auch eine Gruppe meist jüngerer Hoch-

²⁴ Dazu näher: Degenhart, Wirtschaftsrecht an der Fachhochschule Nordostniedersachsen in Lüneburg. Erste Erfahrungen, in: fhS-prints 1/95, Wirtschaftsrecht – Konzeption eines neuartigen Studiengangs, 14 ff.; sowie ausführlich: Schomerus/Stix/Zenz (Hrsg.), Das Lüneburger Modell. Der Studiengang Wirtschaftsrecht nach fünf Jahren, 1999.

²⁵ Schmidt, Sperrfeuer gegen Lüneburger Wirtschaftsjuristen, DNH 1993, Heft 2/3; Lange, eine Kampfansage an den Einheitsjuristen? Die FH Lüneburg bietet Wirtschaftsjuristen auf Diplom an, Der Tagespiegel vom 31.12.1998.

²⁶ o. V., Justizminister sprechen sich gegen Dipl.-jur. aus, Die Welt vom 07.07.1993. Sie seien keine „echten“ Juristen, sondern „Rechts- und Wirtschaftspfleger“; war die seinerzeitige Befürchtung.

²⁷ o. V., Zwischenfrage: Warum will die FH Lüneburg Wirtschaftsjuristen ausbilden, Herr Schmidt?, in: Süddeutsche Zeitung Nr. 66/1993 vom 20./21.03.1993, 49.

²⁸ So Roland Schmidt in seinen einleitenden Bemerkungen zur Jahrestagung der WHV am 08.11.2013 in Essen aus Anlass von 20 Jahren Wirtschaftsrecht an deutschen Fachhochschulen.

²⁹ Schneller, Der Studiengang Wirtschaftsrecht an Fachhochschulen – Bilanz nach vier Jahren Modellversuch. Konkurrenz für Betriebswirte auf dem Arbeitsmarkt, Handelsblatt Nr. 240/1998 vom 11./12.12.1998.

³⁰ Schmidt, „Wir sind keine Konkurrenz, sondern eine Bereicherung“, Roland Schmidt, Kanzler der Fachhochschule Nordostniedersachsen in Lüneburg über das Ausbildungsziel des neuen Studiengangs Wirtschaftsrecht, Manager Magazin 1994, Heft 2.

³¹ Zustimmend Hübner, Wirtschafts-jura mit BWL, in: Personalwirtschaft 1993, 51.

schullehrer³² in Frankfurt am Main an die Arbeit, einen Ziel- und Aufgabenkatalog für ein berufsbegleitendes wirtschaftsjuristisches Part-time-Studium in einem eigenem Fachbereich zu konzipieren.³³

Auch dieses Modell basierte auf einem 3:5er Modell der Verteilung zwischen Grund- und Hauptstudium wie in Mainz, allerdings mit einem obligatorischen Praxissemester nach dem Vordiplom zu Beginn des Hauptstudiums, der Auswahl von zwei aus vier Schwerpunkten und einem abschließenden Diplom-Semester.

Infolge Wechsels an der Spitze des Hessischen Wissenschaftsministeriums von Evelies Mayer (* 1938) auf Christine Hohmann-Dennhart (* 1950) und des Rektoratswechsels vom Sozialwissenschaftler Johann Schneider (* 1942) auf seinen Amtsvorgänger, den Juristen Rolf Kessler (* 1942), in der Leitung der Frankfurter Hochschule trat eine „Denkpause“³⁴ ein und das einsatzfähige Modell eines berufsbegleitenden Wirtschaftsrechtstudiums, ein USP für die Fachhochschulen damaliger Zeit, realisierte sich so nicht.

Apostrophierte mich der Frankfurter Rektor Schneider für dieses neue Konzept von Wirtschaftsrecht öffentlich zwar als „Vor- und Nachdenker“, erwies sich dieses Vorhaben für seinen Nachfolger Kessler aber als intellektuelle Last. Verfolgte Letzterer doch eine ganz andere hochschulpolitische Zielrichtung mit Wirtschaftsrecht. Kessler instrumentalisierte diese Studieninnovation zur Heraufzongung seines „heimatlichen“, lediglich dienstleistenden Fachbereichs Sozial- und Kulturwissenschaften (SuK), einer damaligen hessischen Singularität, um zu einem Studienabschluss zu gelangen, während der Fachbereich SuK bislang ohne eigene Abschlüsse nur Serviceleistungen für andere Fachbereiche, insbesondere für ingenieurwissenschaftliche, mit heute als soft skills bezeichneten Ausbildungsleistungen erbrachte. Wurde die Konzeption des berufsbegleitenden Wirtschaftsrechtsstudiums bei der Amtsübergabe vom Rektor Schneider auf seinen ihm bereits vorausgegangenen Nachfolger Kessler um die Jahreswende 1995/1996 noch von der Ministerin Mayer persönlich als ermutigende und die Reformfähigkeit der Fachhochschulen unterstreichende Maßnahme gewertet, ergab sich kurz danach eine Phase von Nachdenklichkeiten, die auf der Suche des Sich-Selbst-Einbringen-Könnens dann in eine einjährige Denkpause einmündete.

Die für die Frankfurter Hochschule einst vorgedachte und konkret umsetzungsfähige Innovation Wirtschaftsrecht, eine von der Wirtschaft begrüßte und maßgeblich in ihrer Ausgestaltung unterstützte Idee, sollte ursprünglich als Fachbereich Wirtschaftsrecht verselbständigt, dann als ein neuer Studiengang im bestehenden Fachbereich Wirtschaft installiert werden. Damit nahm Hessen wieder einmal mehr Abschied von einer zukunftsgerichteten Entwicklung, die ehemals das Land mit der Benchmark „Hessen vorn“ auf einen letzten Platz, in ironischer Kehrtwendung „Hessen hinten“, zurückfallen ließ. Hessen war dann auch das letzte Land, in dem Wirtschaftsjuristen mit dem akademischen Grad „Diplom-Rechtswirt/in (FH)“ absolvierten.

Nach Ende der Denkpause wurde Wirtschaftsrecht als Diplom-Studienangebot zunächst im Fachbereich SuK zu dessen Aufwertung mit dem einzigen, zum Abschluss führenden Studiengang realisiert. Eine darauf folgende Umorganisation der Fachhochschule Frankfurt

³² Marion Kraus-Grünwald (Rechnungswesen), Karl-Willi Schlemmer (BWL), Jörg Tabbert (VWL), Horst Bachmann (Privat- und Steuerrecht) und der Autor (Privat- und Wirtschaftsrecht).

³³ Slapnicar, Duales Studium Wirtschaftsrecht. Konzept der FH Frankfurt am Main, Anforderungsprofil des Wirtschaftsjuristen, in: fhS-prints 1/95, Wirtschaftsrecht – Konzeption eines neuartigen Studiengangs, 21 ff.

³⁴ Dazu näher: Slapnicar, Wirtschaftsjuristen – freiberufliche Rechtsdienstleister ?, in: Bergmans (Hrsg.), Berufs- und Arbeitsmarktperspektiven von Bachelor- und Master-Juristen, 2013, 81, 88.

etablierte dann Wirtschaftsrecht in den aus Vereinigung der Fachbereiche Wirtschaft sowie Sozial- und Kulturwissenschaften gebildeten neuen Fachbereich Wirtschaft und Recht.

Beinahe wäre es mit Wirtschaftsrecht als part-time-Angebot für Berufstätige eine Unglücksgeschichte geworden: hätten nicht die privaten Hochschulen dies später in jeweils regional adaptiertem Verlauf kommerziell aufgegriffen. Die Verschlafenheit der staatlichen Hochschulen, dies als USP für sich zu erkennen und umzusetzen, ist allerdings geblieben.

III.4 Schmalkalden

Zum Nachfolge-Modell der in Frankfurt begonnenen Überlegungen eines arbeitsmarktadäquaten, praxisorientierten berufsbegleitenden Wirtschaftsrechtsstudiums avancierte dann Schmalkalden mit dem später stilbildenden achtsemestrigen Vollzeit-Diplom-Studiengang von drei Semestern Grundstudium³⁵ und einem fünfsemestrigen Hauptstudium³⁶ mit an beider Nahtstelle integrierten Praxissemester im Anschluss an das Vordiplom. Im Hauptstudium mussten aus vier Schwerpunkten zwei von den Studierenden gewählt werden.

Bei Verabschiedung der Studienordnung im Senat der Schmalkalder Hochschule legte der damals designierte Gründungsdekan Ralf Bernd Abel (* 1948) den Gremienmitgliedern ein Papier mit der Aufschrift „Studienprogramm Wirtschaftsrecht der FH Frankfurt am Main“ zur Beschlussfassung vor. Als dies ein anderes Senatsmitglied bemerkte, wurde die Sitzung unterbrochen, die Beschlussvorlage flugs geändert und dann einstimmig beschlossen.

Allen vier Modellen war die Orientierung auf Arbeitsmarkterfordernisse und damit gelebte Kundenorientierung von Anfang an gemein³⁷.

IV. Inhaltliche Gemeinsamkeiten und Unterschiede bei Konzeption und Realisierung des Studienangebots

Kropshofer hatte als Einzelkämpfer in Mainz seine verdichteten und optimierten Erkenntnisse eines Wirtschaftsanwalts und renommierten Insolvenzverwalters³⁸ für die Konzeption eingebracht. Er war am bislang teuersten Prozess der deutschen Rechtsgeschichte³⁹ um das Kernkraftwerk in Mühlheim-Kärlich⁴⁰ beteiligt, welcher den Gesetzgeber veranlasste, eine Kappungsgrenze für Anwaltshonorare bei einem maximalen Streitwert (§ 22 Abs. 2 RVG) von 30 Millionen Euro einzuführen.⁴¹

³⁵ Näher zur Vielfalt in der Anfangsphase: Schomerus, Stand und Perspektiven des Wirtschaftsrechtstudiums an Fachhochschulen, JuS 1999, 930 ff.

³⁶ Näher dazu Slapnicar, Gestaltung des Hauptstudiums, in: Schomerus/Degenhart/Preißer (Hrsg.) (Fn. 11) 25 – 62; Quittnat/Slapnicar, Protokoll Arbeitskreis 2: Gestaltung des Hauptstudiums: Schwerpunkte und Wahlfächer im Hauptstudium, ebenda, 63 – 64.

³⁷ Bart., Eine Juristenausbildung für die Wirtschaft. Die Fachhochschule Lüneburg präsentiert ein Reformkonzept, FAZ 14.11.1992; Hennings, Das Anforderungsprofil des Wirtschaftsjuristen, in: fhS-prints 1/95, Wirtschaftsrecht – Konzeption eines neuartigen Studiengangs, 40 ff.; Schomerus, Wirtschaftsrecht an Fachhochschulen – die bessere Juristenausbildung? Vor- und Nachteile gegenüber dem herkömmlichen Studium – Ergänzung, nicht Konkurrenz. Die Ausbildung ist arbeitsmarktorientiert, Betrifft JUSTIZ Nr. 72, 418 ff.

³⁸ Hess/Kropshofer, Kommentar zur Konkursordnung (KO), 1. Aufl. 1982, 2. Aufl. 1985.

³⁹ Näher dazu: o. V. Anwälte stopfen sich die Taschen voll: Je Anwalt 17,5 Mio DM an Steuermitteln im Streit um AKW Mühlheim-Kärlich, Bild Frankfurt am Main vom 13.12.1996; Zuck, Es geht alles: drunter und drüber, NJW 1998, 355; <http://www.nadeshda.org/foren/cl.politik.atom-presseschau/993/> (15.07.2013).

⁴⁰ Vgl. BGHZ 134, 268 – 304.

⁴¹ BVerfGE 118, 1 - 45.

Die Motivation Schmidts speiste sich aus Unzufriedenheit eigen erlebter (klassischer) Juristenausbildung und seiner, durch jahrelange Tätigkeit in der Hochschulverwaltung gewonnener Überzeugung erfolgreicher praxisorientierter Ausbildung⁴². Dass der Kampf des pfiffigen Davids gegen den übermächtigen Goliath der Jura-Fakultäten erfolgreich war,⁴³ lag insbesondere auch an der starken ministeriellen Unterstützung Schmidts durch einen der traditionellen universitären Jura-Ausbildung skeptischen Staatssekretärs und einem reformfreudigen Abteilungsleiter in Hannover.

Während in Mainz Kropshofer aus sich selbst schöpfend eine tragfähige und überzeugende Konzeption zustande brachte, die, anders als das Lüneburger Modell, nicht von einem gleichgewichtigen Grund- und Hauptstudium ausging, sondern auf dem 3 : 5-Verhältnis beider Teilstudien basierte, war das berufsbegleitende Studienangebot Wirtschaftsrecht in Frankfurt ein echtes Ergebnis von Teamwork. Von einer gemeinsamen Gedankenprojektion zunächst in den strategischen Zielen her klar und übereinstimmend formuliert, ergaben sich aus dem gemeinschaftlich verabschiedeten Zielkatalog konkrete Folgerungen für die jeweils in Zwischenstufen sich ergebenden Arbeitsmodi. Die aus den unterschiedlichen Kompetenzen und Praxishintergründen Mehrerer für die gestalteten Grob- und Feincurricula berücksichtigten ein Optimum methodischer und didaktischer Erfahrungen. Außerdem konnte durch einen Praktikerbeirat, unter maßgeblicher Beteiligung von dienstleistenden Unternehmen der Frankfurter Region (Banken, Versicherungen, wirtschaftsberatende Berufe) die theoretischen Anforderungsprofile sofort praxisnah mit später davon betroffenen Arbeitgebern jeweils aktuell zurückgekoppelt werden. Mehrere Präsentationen über den voranschreitenden Stand der konzeptionellen Arbeit, als bewusste Werkstattberichte kommuniziert, konnten dazu beitragen, ein punkt- und passgenaues Konzept mit einer einmaligen Vorverständigung von Beschäftigungs- und Ausbildungssystem zu entwickeln, was die heutigen Erfolgsgrundlagen des neuen Studienangebots Wirtschaftsrecht ergab.

Sowohl in Mainz als auch in Frankfurt war der methodische Ansatz gegenüber Lüneburg ein anderer. Im Rhein-Main-Gebiet entwarfen Hochschullehrer die Konzeption, die auf Grund ihrer Berufungsvoraussetzungen ausgewiesene Praxiserfahrungen mitbrachten, um ein von Anfang an beruflichen Bedürfnissen und künftigen Fähigkeiten der Absolventen feingesteuertes Curriculum zu entwickeln.

Des Weiteren sei hervorgehoben, dass sich das zunächst in Frankfurt als berufsbegleitendes Studienmodell konzipierte Wirtschaftsrechtsstudium qualitativ wie auch personell dadurch unterschied, dass es nicht die Leistung von Einzelpersonen war, sondern die eines bereits mit über zehnjähriger Hochschulerfahrung ausgestatteten Personenkreises, der durch das Engagement seiner Mitglieder unterschiedlichster Provenienz weitere Netzwerkstrukturen zur Verbreiterung von Praxiserfahrungen mit einbringen konnte, um das Studiengangskonzept Wirtschaftsrecht zu optimieren und arbeitsmarktdäquat von vornherein zu evaluieren.

Dass sich Wirtschaftsrecht als bundesrepublikanischer Flächenbrand zu einem neuen Leuchtfeuer der Innovationsfähigkeit deutscher Hochschulen entwickeln konnte, liegt neben anderen Ursachen wahrscheinlich auch an den besonderen empirischen Erhebungen, die im Vorfeld zur Installation dieses Studienangebots gemacht wurden. Dass die Absolventen, die seit 1998 zuerst in Mainz, dann in Lüneburg und später an anderen Hochschulorten weggingen wie die bekannten „warmen Semmeln“ erklärt sich aufgrund der Tatsache, dass mit dem Studium nicht nur eine modernistische Mischqualifikation mehr auf den Markt geworfen wurde, sondern diese Kombination aus rechts- und wirtschaftswissenschaftlichen Disziplinen, angerei-

⁴² Schmidt, Juristenausbildung an Fachhochschulen – Erfahrungen und Perspektiven, 2000 passim.

⁴³ Schmidt (Fn. 42).

chert durch das Element der Schlüsselqualifikationen, vor seiner Markteinführung punktgenau und adressatengemäß qualitativ bei späteren Abnehmern im Beschäftigungssystem analysiert wurde. So braucht auch heute nach über 20 Jahren nicht zu verwundern, dass die Einstiegsgehälter für junge Bachelor of Laws von der FH das Doppelte eines nur ausreichend bewerteten Nur-Juristen erreichen.

War es an der früheren FH Rheinland-Pfalz, Abteilung Mainz, 1992/93 noch aufgrund des individuell durch Kropshofer erhobenen Bedarfs für Wirtschaftsjuristen möglich, sich für diesen Studienmix als institutionelles Angebot zu entscheiden, so gebietet dieser Feststellung von Individualität nichts an ihrer Qualität und ihrem empirischen Gewicht. Schließlich gehört die Fachhochschule Mainz zu den ältesten Hochschulen, die mit einem berufsintegrierten Studienangebot gerade im wirtschaftswissenschaftlichen Segment über eine traditionell lange Erfahrung bei führenden rheinland-pfälzischen und hessischen Groß- und mittelständischen Unternehmen verfügt. Die Tatsache, dass das Zugehen der ehemaligen Höchst AG auf die Frankfurter Fachhochschule, miteinander zu kooperieren, in einem berufsintegrierten Studium, so genanntes BIS-Modell, nicht Realität wurde, sondern sich an die Mainzer Fachhochschule verlagerte, ist ein weiteres Beispiel für das Verpassen von Chancen bei Profilierung der Frankfurter Hochschule für eine bundesrepublikanisch materielle Reputation. Aus dem großen Reservoir erfahrener Personaler der institutionell zusammengefassten Unternehmen der BIS-Kooperationspartner ergaben sich durch Umfragen der Mainzer Hochschule vielfältige, sehr positive Anzeichen für das Unterfangen, rechts- und wirtschaftswissenschaftliche Disziplinen in einer Mischqualifikation von Wirtschaftsrecht zusammenzuführen und mit Sprachkompetenz sowie anderen Schlüsselqualifikationen zu ergänzen. "Die Wirtschaft braucht Juristen, die eine Bilanz lesen können", so Jutta Maier (* 1978) mit ihrer komprimierenden Headline in der Berliner Zeitung vom 22.12.2010 im Bericht über die Eröffnung der German Graduate School of Management & Law (GGS) der Dieter-Schwarz-Stiftung.

Entgegen der alten Erkenntnis, dass Propheten im eigenen Lande wenig gelten, war es durch die verstärkten Aktivitäten der Fachhochschule gleichwohl „ruchbar“ geworden, dass in Frankfurt Kreativpotential für die Institutionalisierung eines wirtschaftsjuristischen Studienangebots vorhanden sei, was zu handfesten Kontakten mit der Raiffeisen- und Volksbankensicherungsgruppe führte. Zugleich gab es auch eine große Aufgeschlossenheit der Dresdner Bank gegenüber diesem neuen Modell. Schnell wurde klar, dass beide Großunternehmen nur an einer berufsintegrierenden Lösung nach dem Mainzer Modell interessiert waren, ihre Anforderungsprofile als Leitlinien für eine Studiengangskonzeption einzugeben und daran tatkräftig mitzuwirken.

Kongential zu den Mainzer Bestrebungen war es das Verdienst des damaligen Kanzlers der Lüneburger Fachhochschule, einem gestandenen Verwaltungsjuristen und überzeugten Reform-Anhänger der Juristenausbildung, aus den allseits und hinlänglich bekannten Schwächen der klassischen Jura-Ausbildung an den Universitäten den Versuch zu wagen, mit einem neuen Studienangebot von Wirtschaftsrecht das Spektrum der Fachhochschulen nach den Empfehlungen des Wissenschaftsrates von 1991 zu erweitern. Schmidt, ein Haushaltsvirtuose und Kenner institutioneller Förderwege für Innovationen im Fachhochschulbereich erreichte, dass die Fachhochschule Nordostniedersachsen zu einem bundesrepublikanischen Modellversuch auserkoren wurde und sich, von finanziellen Zwängen befreit, ans Werk machen konnte, in Gesprächen mit dem Beschäftigungssystem Voraussetzungen im Ausbildungssystem zu schaffen, um ein Studienangebot punktgenau, bedarfsgerecht und adressatengemäß zu institutionalisieren.

Schmidts Initiative fiel mit der Gründungsphase der Vereinigung der Hochschullehrer für Wirtschaftsrecht an Fachhochschulen zusammen. Die ersten beiden Versammlungen dieser

jungen Institution, 1989 und 1990 in Osnabrück, waren argumentative Testforen für den damals noch zaghaften Versuch, wissenschafts- und hochschulpolitisch das neue Studienangebot überlebensfähig zu gestalten. Es gehört zu den großen Verdiensten dieser mittlerweile 25 Jahre existierenden Vereinigung sich dieses Themas engagiert, offensiv und mit Nachdruck angenommen und bewirkt zu haben, dass das Studienangebot Wirtschaftsrecht zu dem Erfolg wurde, das es nach eigener Bewährung und externer Anerkennung, insbesondere durch das Wissenschaftsratsgutachten von 2012, heute darstellt.

Bestärkende und richtungsweisende Motivation erhielt die Bewegung für den Fachhochschuljuristen durch den persönlichen Einsatz des noch klassisch durch ein Doppelstudium von Rechts- und Wirtschaftswissenschaften an Universität und FH qualifizierten CEO der Helvetia-Anker-Gruppe und Frankfurter Honorarprofessor Wolfram Wrabetz (* 1950) auf der 2. Jahrestagung im Juni 1990 durch sein Impulsreferat: „Die Herausbildung von Wirtschaftsjuristen als neue Aufgabe der Fachhochschule?“.

Mit der 3. Jahrestagung der Vereinigung der Hochschullehrer für Wirtschaftsrecht 1991 in Frankfurt am Main bei noch geringer Sensibilität für die Bedeutsamkeit des Themas eines Wirtschaftsjuristen an Fachhochschulen, aber um so größerer Aufmerksamkeit für diese Tagung aus außerhessischen Ländern konnte ein die Entwicklung verstärkender Impuls von Frankfurt aus, insbesondere in die neuen Länder gegeben werden. Es war gelungen, zu einem Podium so renommierte Gäste wie Rüdiger Volhard (*1931), Partner der damals größten deutschen Lawfirm: Pünder Volhard Weber,⁴⁴ Jürgen Bunge (* 1940), Kollege von der European Business School, damals noch in Schloß Reichardtshausen im Rheingau, der über langjährige frühere Erfahrungen in der Wissenschaftsbükratie Hessens verfügte, einen renommierten Wissenschaftsplaner und Pädagogikexperten, der sich jahrzehntelang mit dem Themenbereich der Ausbildung von Mischqualifikationsprofilen beschäftigte, den Kasseler Kollegen Christoph Oehler (1928 – 2001), Günther Beine (* 1927), damals Direktor in der Zentralen Personalabteilung der Deutschen Bank, Hans-Jochen Hüchting (* 1943), ehemals Leiter des Personal- und Sozialwesens der Freudenberg-Gruppe und später Komplementär im Gesellschafterausschuss, sowie neben Wrabetz auch Harald Dörig (* 1953), damals Leiter der Zentralabteilung im Thüringer Wissenschaftsministerium und aktuell Richter am BVerwG sich für dieses Modell erwärmen zu lassen. Die Statements aller Beteiligten bestätigten die Planungsrichtung für zukünftige Erwartungshorizonte an Wirtschaftsjuristen, die nicht in den Rechtsabteilungen größerer Unternehmen ihre Einsatzschwerpunkte erfahren würden, sondern als Corporate Lawyer in Personal-, Produktions- und Steuerabteilungen Verwendung fänden.

Nach Initialisierung und einer ersten kurzen Realisierungsphase folgten Kropshofer in Mainz als Studiengangsleiter Frank Zeidler (* 1948), dann Heinbuch und aktuell Wilfried Alt (* um 1963). Gründungsdekan in Lüneburg wurde nach Schmidts Schaffung institutioneller Präliminarien Walther Gottwald (* 1940), danach Thomas Schomerus⁴⁵ (* 1957), dann Eduard Zenz (* 1948), auch nach der Verschmelzung der Universität mit der FH Lüneburg zur neuen Stiftungshochschule Leuphana bei veränderter Binnenstruktur und in Konsequenz des aufgelösten Fachbereichs Wirtschaftsrecht mit Schaffung eines (Ersatz-)Instituts für Wirtschaftsrecht als dessen Direktor seit 2007. Aktuell ist der Akademische Direktor und frühere Kanzler der Universität Lüneburg, Frank Chantelau (* 1954), Studiengangsleiter für die Studiengänge „Rechtswissenschaft Minor und Maior“, die allerdings mit dem ursprünglichen Lüneburger Modell-Konzept Wirtschaftsrecht nichts mehr gemein haben. Der damals strahlend am juristischen Firmament aufgegangene akademische Stern ist mittlerweile vom roten Riesen zu einem weißen Zwerg verglüht. Nach einem kurzen Gründungsdekanat

⁴⁴ Diese Kanzlei wurde später Gründungsmotor für die deutsche Clifford Chance.

⁴⁵ Schomerus (Fn. 37).

von Ralf Bernd Abel ⁴⁶ trug ich für zwei Amtsperioden als erster gewählter Dekan des Fachbereichs Wirtschaftsrecht in Schmalkalden (1999 – 2003) Verantwortung dort.

V. Drei Ereignisse als Auslöser für die Kreation von Wirtschaftsrecht

Wichtigster äußerer Auslöser für Wirtschaftsrecht an Fachhochschulen war die damals schon festzustellende Rechtssättigung aller Lebensbereiche⁴⁷, die ihren überspitzten Ausdruck in der Diskussion über die fehlende rechtstaatliche Grundlage in Bezug auf das Begnadigungsrecht des Bundespräsidenten⁴⁸ gegenüber Straftätern der RAF fand. Des Weiteren hatte 1990 der Wissenschaftsrat den Fachhochschulen bereits eine qualitative Ausdifferenzierung⁴⁹ empfohlen und dafür geworben. Schließlich ging es darum, die innerhalb kurzer Zeit seit ihrem Entstehen Anfang bis Mitte der 1960er Jahre sich in ihren spezifischen Ausbildungsqualitäten bewährten FH-Profile in die Juristenausbildung zu implementieren. Mit Praxis- und Wirtschaftsorientierung, Effektivität durch Exemplarität, Interdisziplinarität, dem seminaristischen Unterricht in Kleingruppen und dem Regionalbezug der Schwerpunkte verwirklichte das neue Studienangebot nicht nur die mit den vom siebten Bundespräsidenten Roman Herzog (* 1934) in seiner Rede vom 05.11.1997 auf dem Berliner Bildungsforum im Schauspielhaus am Gendarmenmarkt⁵⁰ geforderten Soll-Projektionen an ein Bildungssystem des 21. Jahrhunderts mit Werteorientierung, Praxisbezogenheit, Internationalität, Vielgestaltigkeit, Wettbewerbsorientierung und bewusstem Umgang mit der Zeit⁵¹.

Wirtschaftsjuristen sind in einer freiheitlich-demokratischen Grundordnung erzogene Mischqualifikanten, die den bundespräsidialen Wertvorstellungen entsprechen. Es kam und kommt für sie nicht nur darauf an, juristisches Wissen praxisorientiert und arbeitsmarktgerecht auf betriebliche Probleme anzuwenden und in betriebswirtschaftlichen Kategorien zu denken.⁵² Die Zielprojektion für Wirtschaftsjuristen waren bei allen drei Anfangskonzeptionen die Herausforderung einer nachgefragten, weil nachfragegerechten Mischqualifikation mit Basis- und Orientierungswissen aus Recht und Wirtschaft als Gestaltungsjuristen zur Streitvermeidung und damit die Kreation eines aliud zum Volljuristen und nicht eines wesensgleichen Minus⁵³. Als Kombinationsstrategen sollen Wirtschaftsjuristen bewusst spezialisierungsfähige Generalisten in Ius und Ökonomie für den betrieblichen Alltag sein, dabei ausgestattet mit Weltoffenheit; Englisch sprechend, kommunikativ, sozial, unterschiedliche Denkstrukturen beherrschend und problemlos mit externen Spezialisten zusammenarbeitend. Sie unterscheiden sich in ihrer charakteristischen Methodik des Sowohl-als-Auch durch Prophylaxe als Mittel der

⁴⁶ Näheres als Person der Prozessgeschichte: BGH, Beschl. V. 19.06.1995 – AnwZ (B) 82/94, BRAK-Mitt. 1995, 215; VG Meiningen, Urt. v. 08.03.2007 – 1 K 1075/03.Me, ZBR 2007, 281.

⁴⁷ Dazu näher Röhl, Rechtssoziologie, 1987, geändert 28.01.2013, <http://www.ruhr-uni-bochum.de/rsozinfo> (09.11.2013); Buchhorn, Juristen auf Jobsuche. Anwälte als Zeitarbeiter, Spiegel online vom 22.07.2013 06:24 Uhr.

⁴⁸ Aktuell und näher dazu: Eiardt/Borhanian, Das Begnadigungsrecht des Bundespräsidenten, in: Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Bundestages, 2007.

⁴⁹ Wissenschaftsrat, Empfehlungen zur Entwicklung der Fachhochschulen in den 90er Jahren, 1991.

⁵⁰ Wortlaut unter: http://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Roman-Herzog/-Reden/1997/11/19971105_Rede.html (14.10.2014)

⁵¹ Vgl. näher dazu Slapnicar, Der Bundespräsident, die Fachhochschulen und mehr – Reputationsdeterminanten für europäische Hochschulen, in: DNH 40 (1999) 18 f.

⁵² So auch neuestens Bax, Zwischen den Welten ?, www.handelsblatt.com/unternehmen/buero-special/berufsfelder-unter-der-lupe-zwischen-den-welten/8840314.html. (21.11.2013)

⁵³ Neustens dazu mit gleicher Einschätzung: VG Stuttgart (Fn. 11).

Streitverhinderung von den auf das Richteramt fixierten „Nur-Juristen“⁵⁴ mit denen methodischer Ausrichtung auf streitentscheidendes Alles-oder-Nichts.⁵⁵ Sie sind damit „Praktiker mit so viel Theorie wie nötig; nicht wie möglich“ und im Vordergrund ihrer praxis- und anwendungsbezogenen Ausbildung stand und steht das Ideal eines problemmerkennenden und -vermeidenden Gestaltungs- und nicht des klassischen Dezisionsjuristen⁵⁶.

Mit den durch inhaltlich unterschiedlich ausgestalteten Studienangeboten von Wirtschaftsrecht dadurch existierenden Differenzierungen haben sämtliche Studienanbieter an den deutschen Fachhochschulen zugleich alle Reputationsdeterminanten europäischer Wirtschaftshochschulen⁵⁷ realisiert: Wirtschaftsnähe, Praxisorientierung, Globalisierung und Internationalität, Evaluierung der Lehre, Case Studies, Projektarbeit und ein funktionierendes Kleingruppen-Konzept.

VI. Zielprojektionen für das wirtschaftsjuristische Studienprogramm

Vorangegangen war Ende der 1970er Jahre die Installation interner Verwaltungsfachhochschulen zur qualifizierten Ausbildung des gehobenen Dienstes der Innenverwaltungen der Länder und Spezialverwaltungen des Bundes mit teilweise knapp 70 % Anteilen rechtswissenschaftlicher Lehrveranstaltungen⁵⁸. Wie die öffentliche Verwaltung mit dem modernen Schlagwort des Public Managements die Zeichen der Zeit erkannte, sind auch „rechtliche und ökonomische Fragen ... in der Management-, Unternehmens- und Verwaltungspraxis häufig nicht zu trennen. Wirtschaftsjuristinnen und -juristen analysieren solche interdisziplinären Fragen und erarbeiten rechtskonforme sowie wirtschaftlich zielführende Lösungen.“⁵⁹

Schon seit 1983 ermöglicht die Universität Bayreuth als studienbegleitende Zusatzausbildung für Juristen nach Ablegen der ersten (juristischen) Prüfung das Führen des akademischen Abschlusses: „Wirtschaftsjurist/in (Univ. Bayreuth)“. Da diese Zusatzqualifikation sich isoliert zur herkömmlichen rechtswissenschaftlichen Ausbildung vollzieht, sie ausschließlich wirtschaftswissenschaftliche Module abhandelt und ein integrativer wirtschaftsjuristischer Ansatz fehlt, kam dieses Modell für das Wirtschaftsrechtskonzept eigener Prägung an den Fachhochschulen nicht in Betracht.

Für das innovative Studienangebot sind nach ersten konzeptionellen Überlegungen in die Entwicklung feldforschende Bedarfe mit Vertretern der Wirtschaft und Kammern erhoben und später kontinuierlich eingespeist sowie evaluativ stetig fortentwickelt worden⁶⁰.

⁵⁴ Schomerus (Fn. 35) JuS 1999, 930.

⁵⁵ Näher dazu Slapnicar, Notwendigkeit einer spezifisch wirtschaftsjuristischen Methodik und Didaktik, in : Vereinigung Deutscher Rechtslehrer (Hrsg.), Rechtslehre. Jahrbuch der Rechtsdidaktik, 2012, 109, 130.

⁵⁶ Slapnicar (Fn. 51); Kessler, Notarielle Vertragsgestaltung, Chart 2, 2011 (http://www.univ-trier.de/fileadmin/fb5/prof/LEHR/NotVertr_Kessler_f1.pdf) (14.10.2014); vgl. dazu auch die referierte Kritik bei Buchhorn (Fn. 47).

⁵⁷ Näher dazu: Slapnicar (Fn. 51).

⁵⁸ Jacqueline Reichardt, Die Ausbildung in den Verwaltungsfachhochschulen der Länder als Bildungseinrichtung des tertiären Bereichs. Eine vergleichende Darstellung der Ausbildung des gehobenen nichttechnischen Dienstes der Kommunalverwaltung und der staatlichen allgemeinen Verwaltung, phil. Diss. Jena 2004, 156 ff.

⁵⁹ Völger Winsky, Studiengangsleiterin Wirtschaftsrecht an der ZHAW, School of Management and Law, Bachelorstudium Wirtschaftsrecht, Von der Initiative zur Perspektive. Crossing Borders., 2013, 10.

⁶⁰ Bergmans, Auf dem Wege zu einem neuen Verständnis der Juristenberufe und Juristenausbildungen, in : ZRP 2013, 113 ff.

Maßgebliche Impulse dafür steuerten die Konzerne Daimler, Deutsche Bank, Telekom⁶¹ und die Helvetia-Anker-Versicherungsgruppe⁶² sowie die eher mittelstandsorientierten Steuerberaterkammern und lokale IHKen in Lüneburg, Frankfurt am Main, Suhl und Fulda bei. Es galt die Stärken von Juristen zu betonen und zugleich ein eigenständiges wiedererkennbares wirtschaftsjuristisches Profil zu konstituieren⁶³. Positiv an Juristen wurden Charakteristika wie ihre Analyse-, Argumentations- und Formulierungsfähigkeit sowie präzises Trennen-Können wesentlicher von unwichtigen Tatsachen hervorgehoben. Für das eigenständige wirtschaftsjuristische Profil wurden unternehmensspezifische Vertiefungen von Grundkenntnissen im BGB und im öffentlichen Recht in ihrer Vernetzung und Verknüpfung der Fachgebiete untereinander als notwendig artikuliert sowie die überraschende Pointierung, dass Just-in-time-Wissen vor Vorratswissen zu rangieren habe⁶⁴.

Selbstverständlich war damit ein Verzicht auf die Breite klassischer (Voll-)Juristenausbildung verbunden. „Breite ist nicht gleichbedeutend mit Tiefe.“⁶⁵, stellte der jahrelang in verantwortlichen Positionen der Personalwirtschaft praktisch tätige Arbeitsrechtler Wolfgang Hromadka (* 1937) dazu zutreffend fest⁶⁶. Dieser Cut betraf weitgehend das Straf- und Verfassungsrecht sowie die Ausgestaltung der Verfahrensrechte⁶⁷. In den Fokus kamen dabei diejenigen Rechtsgebiete, welche von unternehmerischer Relevanz für Corporate- oder In-House-Lawyer sind, von den universitär sozialisierten Juristen stückweise in der Vergangenheit kampflos aufgegeben wurden (wie beispielsweise Steuer- und Arbeitsrecht) und heute weitgehend erst wieder durch berufsbegleitende Nachschulungen als Fachanwälte in lukrativen Nischenbereiche rechtlicher Beratung Bedeutung erlangen. Zentrale, über den Pflichtkanon universitärer Ausbildung weit hinausreichende Materien sind dabei das Wirtschaftsprivat- sowie das Unternehmens- mit Handels- und Gesellschaftsrecht. Deswegen wurden die von den Nur-Juristen vernachlässigten Rechtsbereiche als Schwerpunktsetzungen im Studienprogramm für Wirtschaftsrecht fokussiert.⁶⁸ Das unterschiedliche Kaleidoskop reicht heute vom Insolvenz- und Restrukturierungs- über Arbeits- und Sozial-, Steuer-, Immobilien-, Urheber- und Medien- bis zum Informationstechnologierecht sowie den gewerblichen Rechtsschutz über Nachhaltigkeitsrecht und das Recht des Generationswechsels in der Ausbildung von Studienvertiefungen im Rahmen des Bachelor (LL.B.) oder beim Master (LL.M.) an den mehr als über 30 staatlichen und privaten praxisorientierten neuen

⁶¹ Aus Anlaß eines öffentlichen Hearings zur Einführung eines wirtschaftsrechtlichen Studiums an der Passauer Universität auf Einladung Hromadkas am 30.10.1998; was letztlich am Widerstand seiner Fakultätskollegen scheiterte. Vgl. auch Hromadka, Juristische FH-Studiengänge ?, Pro, Forschung & Lehre 2000, 142 gegenüber Mußnug, Contra (aaO) 143.

⁶² Impulsreferat von Wrabetz, CEO Helvetia Deutschland und International AG, auf der 2. Tagung der Vereinigung der Hochschullehrer für Wirtschaftsrecht, Osnabrück, 05. + 06.06.1991, „Die Herausbildung von Wirtschaftsjuristen als neue Aufgabe der Fachhochschule ?“.

⁶³ Hennings (Fn. 37) 40 ff.

⁶⁴ Vorstehende Charakteristika wurden am 30.10.1998 von folgenden Referenten des Passauer Kolloquiums apostrophiert: Kreßel (Daimler), Stiller (Telekom) und Timmermann (Deutsche Bank).

⁶⁵ Hromadka (Fn. 61) 142.

⁶⁶ Hromadka, Plädoyer für den Diplom-Wirtschaftsjuristen. Ein neuer universitärer Studiengang könnte Mängel der Juristenausbildung für die Wirtschaft beheben, in: Handelsblatt Nr. 185/1998 vom 25./26.09.1998, K 2.

⁶⁷ So auch schon 1995 zustimmend: Wrabetz (Fn. 62).

⁶⁸ Bax (Fn. 52).

Hochschulen⁶⁹.

Wirtschaftsrecht an den Fachhochschulen mit verbindlich integriertem Praxissemester bildet in der Wirtschaft gesuchte Unternehmensjuristen heran, die für komplexe Problemstellungen praxisbezogene Lösungen strukturieren können. Dies befähigt gerade zu Tätigkeiten in neuen Arbeitsmärkten und -feldern einer sich stetig weiter entwickelnden Dienstleistungs- und Informationsgesellschaft. Damit spiegelt dieses Studienprogramm die Erwartungshorizonte der Wirtschaft als spätere Arbeitgeber der Absolventen in idealer Weise wider und kann durch das im Studium integrierte Praxissemester auf unaufdringliche Art einen gegenseitigen evaluativen Effekt erzielen.⁷⁰ Es erfolgt dabei ein Transfer von Basiswissen auf die Unternehmensrealität ebenso wie eine Realitätserfahrung von Wirtschaftsrecht im Alltag. Dies dient zugleich der fundierten Orientierung und Entscheidung der Studierenden für eine maßvolle Spezialisierung im Studium und fördert die perspektivische Exploration für das Thema der Bachelor-Thesis. Des Weiteren ergeben sich, durch die Studierenden selber, zwischen Unternehmen und Hochschule konkrete Bausteine für die von allen Beteiligten betretende Theorie-Praxis-Brücke und zugleich für angewandte (Rechtstatsachen-)Forschung der Hochschullehrer.

Was sich von der traditionell universitären Juristenausbildung weiter positiv unterscheidet, sind die gesetzlich geforderten beruflichen Vorerfahrungen der Hochschullehrer an den Fachhochschulen. Sie müssen minimal fünf Jahre im Berufsleben in verantwortlicher Position tätig gewesen sein, davon wenigstens drei Jahre außerhalb einer Hochschule. Dies steht im vollkommenen Gegensatz zu den vitae der Jura-Professoren an den Universitäten, die nur durch Anfertigung von wissenschaftsorientierter Dissertation und Habilitation nach § 7 DRiG weit überwiegend ohne Berufspraxis die „Befähigung zum Richteramt“ erlangen. Dozenten an Fachhochschulen bereiten entweder zu 70 % durch selbst gemachte Erfahrungen in eigen erlebter beruflicher Praxis und durch additive Unterstützung von ca. 30 % Lehrbeauftragten aus der Unternehmenswelt bestens auf die realen Herausforderungen des Beschäftigungssystems vor. Diese Projektion verdeutlicht, dass Wirtschaftsjuristen von der FH „Praktiker, mit soviel Theorie wie nötig“ sind, sich damit von den traditionell gebildeten „Nur-Juristen, mit soviel Theorie wie möglich“ sinnfällig unterscheiden.

VII. Vorzüge der Absolventen von Wirtschaftsrecht

Zunächst sind Wirtschaftsjuristen spezialisierungsfähige Generalisten⁷¹ und mit unmittelbar einsetzbaren Fähigkeiten für das Beschäftigungssystem gut vorbereitet, weil bereits bei der Modellierung des Studienangebots die Erwartungen an den akademischen Output berücksichtigt wurden. Es ist daher kein kostspieliges Traineeprogramm erforderlich, um abrufbare Fähigkeiten im Unternehmensalltag einzusetzen. Im Gegensatz zu in der Wirtschaft nur unter kostenintensiven Investitionen nachzuschulenden universitären Nur-Juristen besitzen Wirtschaftsjuristen für die Arbeitswelt die notwendige, auch vom Bologna-Prozess erwartete und vorausgesetzte „Employability“.⁷² Die von der Unternehmensrealität erhoffte Integration in

⁶⁹ Bergmans, Überblick über die derzeitigen Ausbildungsmodelle zu Bachelor- und Master-Juristen, in: Bergmans (Hrsg.), Berufs- und Arbeitsmarktperspektiven von Bachelor- und Master-Juristen, 2013, 14 ff.

⁷⁰ Gallina/Kayser/Simon/ u. a.; Das wirtschaftsjuristische Praktikum, in: fhS-Journal 1/2002, 77 ff.

⁷¹ Palluch, Begehrte Generalisten, in: duz 1998, Heft 24, 26 f.; so auch Feldmann mit der Bemerkung: „Wirtschaftsjuristen sind die Generalisten der Zukunft.“ (http://www.bits-hochschule.de/fileadmin/user_upload/Flyer_und_Formulare/Flyer-Juli2014/BiTS_studiengangsflyer_bachelor_16_BL_ham_web.pdf) (14.10.2014).

⁷² Bergmans (Fn. 69) 14, 25 f.

den Alltag gelingt den Absolventen der Fachhochschulen auch deswegen gut, weil sie mit extrafunktionalen Kompetenzen während ihres Studiums ausgestattet wurden. Dabei spielt nicht nur die Beherrschung des weltumspannenden Englisch (vertieft in der Rechts-⁷³ und Wirtschaftssprache) eine Rolle,⁷⁴ sondern auch die Vorbereitung auf „Corporate Social Behaviour“⁷⁵ sowie anderer Schlüsselqualifikationen⁷⁶. Gerade durch Konzentration auf wirtschaftsrelevante Rechtsgebiete bleibt hinreichend Zeit, extrafunktionale Kompetenzen wie auch weitere Fremdsprachen, Verhandlungsmanagement, Kommunikation, IT-Kenntnisse und soziale Fähigkeiten in Theorie und Praxis zu vermitteln. § 5 a Abs. 3 Satz 1 DRiG nimmt sich mit seiner expliziten Legaldefinition von Schlüsselqualifikationen wie eine späte Blaupause aus mit Auflistung von „Verhandlungsmanagement, Gesprächsführung, Rhetorik, Streitschlichtung, Mediation, Verhandlungslehre und Kommunikationsfähigkeit“.

Schließlich tritt noch eine andere, für die Integration im Unternehmen eminent wichtige Tatsache hinzu. Es ist das deutlich geringere Eintrittsalter mit durchschnittlich 22 Jahren der LL.B.s im Verhältnis zu den 26- bis 27-jährigen Absolventen der universitären Jura Ausbildung. Absolventen des Studiengangs Wirtschaftsrecht sind auf Rechtsfragen in ihrer ökonomischen Dimension orientierte Experten und damit in der Lage, bei rechtlicher Gestaltung von Planungs- und Entscheidungsprozessen in einem Unternehmen auf allen Ebenen überzeugend mitzuwirken.

Heinbuch hat die fehlende Verzahnung von wirtschaftswissenschaftlichen Fächern in der universitären Jura-Ausbildung als forensisch Tätiger stets kritisiert und es als ein Charakteristikum des wirtschaftsjuristischen Studiums herausgestellt, beides miteinander zu verbinden. Die strikte wissenschaftliche Sonderung beider Disziplinen an den Hochschulen findet in der Wirtschaftspraxis keinerlei Entsprechung und stößt dort nur auf überraschtes Unverständnis. „Diese Trennung aufzuheben und wieder zusammenzuführen, was zusammen gehört, nämlich ein betriebswirtschaftliches Basiswissen in eine solide juristische Ausbildung zu integrieren war und ist Anliegen der Studiengänge Wirtschaftsrecht an deutschen Fachhochschulen“.⁷⁷

Martin Spiewak (* 1984) hatte bereits 1999 in seinem Beitrag „Zu Hause in zwei Welten“ in der Wochenzeitschrift DIE ZEIT⁷⁸ unter der Headline „Chancen“ festgestellt, dass „Wirtschaftsjuristen gefragte Doppelstrategen“ seien, was Tex Rubinowitz (* 1961) mit einem am Esstisch sitzenden Studierenden plastisch illustrierte, der auf die Frage seiner kochend am Herd stehenden Mutter: „Wirtschaftsrecht willst du studieren, was soll das sein?“ prägnant antwortet: „Das ist wie Salz und Pfeffer, nur in einem Steuer“.⁷⁹

⁷³ Vgl. dazu das neu konzipierte Werk von Wörlen, *Introduction to English Civil Law for German Speaking Lawyers and Law Students I + II*, 1. Aufl. 2000, fortgeführt von Balleis/Angress in 5. Aufl. 2012.

⁷⁴ Stellungnahme Nr. 46/2010 des Deutschen Anwaltsvereins durch den Ausschuss für internationalen Rechtsverkehr zum Bundesrats-Entwurf eines Gesetzes zur Einführung von Kammern für internationale Handelssachen (Bundesrat 042/10) – Antrag der Länder Nordrhein-Westfalen, Hamburg, Hessen und Niedersachsen, Rdnr. 10.

⁷⁵ Näher dazu beispielhaft: EPSON, *Principles of Corporate Behavior*, 2005 (<https://www.epi.epson.com/aboutepi/behave.pdf>) (14.10.2014).

⁷⁶ Näher dazu: Lüttschwager/von König (Hrsg.), *Schlüsselqualifikationen: das juristische Duell – Hard Skills und Soft Skills im Kampf um den Juristen*, Beiträge aus dem Fachbereich Rechtspflege Nr. 3/2011 passim.

⁷⁷ Heinbuch (Fn. 13).

⁷⁸ Vom 08.04.1999.

⁷⁹ Abbildung in Pressestimmen nach dem Modellversuch, in: Schomerus/Stix/Zenz (Hrsg.) (Fn. 24) 167.

VIII. Institutionelle Qualitätskontrolle der Zielerreichung beim zukunfts-fähigen Studienangebot Wirtschaftsrecht durch die WHV

Als Qualitätsgemeinschaft der Studienanbieter von Wirtschaftsrecht wurde vor über 15 Jahren im WS 1997/1998 in Lüneburg zunächst der „Wirtschaftsjuristische Hochschulverband“ proklamiert⁸⁰. Auf freundliche, aber bestimmte Intervention des damaligen Präsidenten des Deutschen Hochschulverbandes (DHV), Hartmut Schiedermaier (* 1936), der als Öffentlich-rechtler seinem Verband 24 Jahre von 1980 bis 2004 vorstand, firmierte der überindividuelle freiwillige Zusammenschluss von Fachhochschulen und Universitäten⁸¹ im deutschsprachigen Raum Europas auf seiner zweiten Arbeitstagung am 19.11.1998 noch in dem alten, asbestverseuchten Domizil der FH Rheinland-Pfalz, Abteilung Mainz, in Gonsenheim⁸² in Wirtschaftsjuristische Hochschulvereinigung (WHV) um. Ab da begann dann auch erst eine wirksame und in breiterer Öffentlichkeit wahrgenommene Verbandsarbeit, das neue Studienangebot Wirtschaftsrecht zu vermarkten. Seither wacht die WHV über die qualitative Zielerreichung des innovativen Studienangebots aufgrund definierter Mindestanforderungen an Studieninhalte und folgender Standards für die Aufnahme:

- Mindestens, besser mehr als 50 % des Studiums entfällt auf Wirtschaftsrecht mit Schwerpunkt im Zivilrecht,
- der Anteil der Betriebs- und Volkswirtschaftslehre beträgt mindestens 25 %,
- im Curriculum werden in nennenswertem Umfang Schlüsselqualifikationen wie beispielsweise Sprachen, IT, Rhetorik und soziale Kompetenz angeboten⁸³.

Das Studium schloss in den ersten zehn Jahren mit dem „Diplom-Wirtschaftsjurist/in (FH)“ ab⁸⁴; heute ist es der akademische, Bologna-konforme Abschlussgrad eines Bachelor (LL.B.)

⁸⁰ Näher dazu: Pressemitteilung, in: Schomerus/Degenhart/Preißer (Hrsg.) (Fn. 11) 121; o. V., Wirtschaftsjuristischer Hochschulverband in Lüneburg gegründet. Werbung für junges Berufsbild, in LZ-Hochschulseite vom 04.11.1997; Zieschang, Chancen für Wirtschaftsjuristen. Neu gegründeter Verband will Studiengänge stärker koordinieren, in: Die Welt vom 24.11.1997.

⁸¹ Mit Ausnahme der 1948 ursprünglich als Hochschule für Wirtschaft und Politik (HWP) gegründeten, dann in Hamburger Universität für Wirtschaft und Politik umbenannten Hochschule, 2005 als Fachbereich Sozialökonomie der Fakultät Wirtschafts- und Sozialwissenschaften der staatlichen Hamburger Universität einverleibt, haben andere Universitäten die WHV bisher gemieden.

⁸² Schomerus, Zweite Arbeitstagung der Studiengänge Wirtschaftsrecht an Fachhochschulen in Mainz am 19.11.1998, in: Schomerus/Stix/Zenz (Hrsg.) (Fn. 24) 176 – 179.

⁸³ Vgl. dazu jetzt auch § 5 III DRiG für das staatlich reglementierte Jura-Studium an Universitäten.

⁸⁴ Die in der Anfangszeit alternativen akademischen Abschlussgrade: „Diplom-Rechtswirt/in“ in Wismar und Frankfurt am Main, „Diplom-Kaufmann/frau“ in Berlin-Karlshorst an der damaligen FHTW ohne erläuternden Hinweis auf die tatsächliche Studienausrichtung als subtile Diskriminierung ebenso wie das Mit- und Durchlaufen als „Diplom-Betriebswirt/in“ in Mainz mit dem Klammerzusatz: „Studiengang Wirtschaftsrecht“ und in Nordrhein-Westfalen allgemein an den Standorten Hagen ohne Schwerpunktbenennung, nur in Recklinghausen mit dem Klammerzusatz „Schwerpunkt Wirtschaftsrecht“ und dem dort auch erwogenen „Diplom-Wirtschaftsrechtler“, und mit „Diplom-Rechtsökonom/in“ in Pforzheim konnten dank des positiven Images durch den Lüneburger Modellversuch bald wie dort und in Schmalkalden von Beginn an mit „Diplom-Wirtschaftsjurist/in“ vereinheitlicht werden. Näher

oder Master (LL.M.). Das favorisierte Bachelor-Modell der WHV ist ein wirtschaftsjuristisches Studium von sieben Semestern inklusive eines Praxissemesters, das in unterschiedlichen Fachsemestern verortet sein kann. Bislang bietet nur die Wiesbaden Business School ein achtsemestriges, mit der Regelstudienzeit eines traditionellen Jura-Studiums nach § 5 a Abs. 1 Satz 1 DRiG synchrones Modell an, wobei sich dementsprechend das Master-Studium auf zwei Semester verkürzt.

Die Mitglieder dieses hochschulpolitischen Kooperationsbündnisses haben sich seit ihrer Gründung im November 1998 in Mainz zum Ziel gesetzt, eine möglichst hohe Qualität und Praxisorientierung der Ausbildung zu gewährleisten und Studierenden den Wechsel zwischen den Hochschulen zu erleichtern. Im Rahmen der Mindeststandards entwickelt jeder Studienort sein individuelles Profil und bietet eigene (auch regionale) Schwerpunkte an. Die Mitglieder stimmen die Ausbildungsmaterien inhaltlich miteinander ab und arbeiten in Forschung und Lehre zusammen. Außerdem unterwerfen sie sich externen Evaluationen zur Qualitätssicherung ihrer Studiengänge.

IX. Emanzipation von Wirtschaftsrecht trotz Gegenwindes

War die Installation der Verwaltungsfachhochschulen mit der Ausbildung für den gehobenen nichttechnischen Dienst und der Rechtspfleger von den juristischen Fachbereichen und Fakultäten der Universitäten als lediglich rechtskundliche⁸⁵ und damit nicht genuin rechtswissenschaftliche Studiengänge geschmäht worden, wiederholte sich dieser Vorgang mit erhöhter Polemik nach zunehmender Verbreitung von Wirtschaftsrecht an den Fachhochschulen.

Mit unsachlicher Attributierung der Ausbildung von „Schmalspurjuristen“⁸⁶ bis hin zu „Quacksalbern“⁸⁷ nahm der Deutsche Juristen-Fakultätentag 1993 „zur Fachhochschulausbildung sog. Wirtschaftsjuristen“ Stellung. „Bayern will keine FH-Juristen – Rechtsverdreher?“ pointierte eine Headline im Freistaat⁸⁸. „Ein Schildbürgerstreich – Uni Göttingen kritisiert Juristenausbildung in Lüneburg“⁸⁹ war die Überschrift eines namenlosen Beiträgers in der Hannoverschen Allgemeinen. In der FAZ inkriminierte der Strafrechtler Fritz Loos (* 1939) die innovative Ausbildung als „Abwegiges Streben nach Fachhochschul-Juristen“⁹⁰. Sein

zur historischen Vielfalt der Abschlussbezeichnungen: Slapnicar, Arbeitskreis 2: Gestaltung des Hauptstudiums, in: Schomerus/Stix/Zenz (Hrsg.) (Fn. 24) 25, 31.

⁸⁵ So durchgängig Mußnug, Juristische FH-Studiengänge?, Contra, Studium & Lehre 2000, 143.

⁸⁶ Creutz, Schmalspur-Juristen haben keine Chance, Handelsblatt 21.09.2004; Beuth, „Keine Schmalspurjuristen durch Reform der Ausbildung“, CDU-Fraktion im Hessischen Landtag, 29.03.2007; Braun/Braun, Bachelor als Regelabschluss. Die Angst vor dem "Schmalspurjuristen", SWR 2 am 26.03.2010, 10:22 h (<http://www.swr.de/-swr2/programm/sendungen/campus/die-angst-vor-dem-schmalspurjuristen/-/id=658620/nid=-658620/did=6177038/1nryp6c/index.html>) (14.10.2014), Bernzen, Interdisziplinäre Studiengänge. Spezialist oder Schmalspurjurist?, LTO 14.07.2011 (<http://www.lto.de/-recht/studium-referendariat/s/interdisziplinare-studiengaenge-spezialist-oder-schmalspurjurist/>) (14.10.2014).

⁸⁷ Römermann, Rechtsdienstleistungsgesetz – Die (un)heimliche Revolution in der Rechtsberatungsbranche, NJW 2006, 3025 ff.

⁸⁸ o. V., in: dpa-Dienst für Kulturpolitik, Heft 28 vom 12.07.1993, 17 f.

⁸⁹ o. V., Ausbildung zum „Diplom-Wirtschaftsjuristen“ an der FH Lüneburg. Kommentar zur Stellungnahme der Juristischen Fakultäten der Universitäten Göttingen und Hannover aus 1993, in: Hannoversche Allgemeine vom 28.12.1993.

⁹⁰ FAZ vom 21.06.1993.

öffentlich-rechtlicher Kollege Reinhard Mußnug (* 1935) kategorisierte den Diplom-Wirtschaftsjuristen als „Eine gute Sache mit falschem Namen und einigen Übertreibungen“⁹¹ bei „Viel Mut zur Oberflächlichkeit ... ein zukunftsweisendes Projekt mit überzogenem Anspruch“⁹² und bezog die Contra-Position gegen juristische FH-Studiengänge.⁹³ In einer weiteren Mußnugiade antwortete er auf die Frage des deutschen Hochschulverbandes: „Worüber können Sie (Tränen) lachen?: Über die Spaßvögel, die behaupten, Rechtswissenschaft könne man ebenso gut auch an Fachhochschulen studieren.“⁹⁴ Bernhard Dombek (* 1939), damals Vizepräsident und Pressesprecher der Bundesrechtsanwaltskammer (BRAK), meinte in einem Interview mit der Südthüringer Zeitung „Dem Schwindel aufgesessen“⁹⁵ zu sein. Jedenfalls herrschte „Unruhe im Reich der Roben“⁹⁶, als die damalige Hamburger Hochschule für Wirtschaft und Politik „einen Kurzstudiengang für Rechtsexperten des mittleren Managements“ plante. Ulrich Stobbe (* 1935), langjähriger Vorsitzender des Aufsichtsrates der Deutschen Anwalt Akademie, bezeichnete die Ausbildung von Wirtschaftsjuristen schließlich als „blasphemischen Etikettenschwindel“⁹⁷. Der Stachel saß offensichtlich tief. York Schnorbus (* um 1975) thematisierte in der FAZ „Die Angst der Juristen vor der Wirtschaft“.⁹⁸

Abstruser Höhepunkt der Kampagne gegen den/die „Diplom-Wirtschaftsjuristen/in (FH)“ war der von einem Kölner Rechtsanwalt angestrebte Prozess vor dem LG (!), die FH Nordost-niedersachsen in Lüneburg als Störerin auf Unterlassung der Verleihung des angeblich irreführenden akademischen Abschlusses aus wettbewerbsrechtlichen Gesichtspunkten (§ 3 UWG) in Anspruch zu nehmen. Das LG Köln ebenso wie das dortige OLG hatten den Rechtsweg zur ordentlichen Zivilgerichtsbarkeit nach § 13 GVG bejaht. Die Argumentation beruhte auf folgendem:

„Ausgehend von dem Begehren des Klägers und der von ihm dafür gegebenen Begründung bestehe zwischen den Parteien ein Rechtsverhältnis, das - unabhängig von der unzweifelhaft hoheitlichen Tätigkeit der Beklagten bei der Graduierung der erfolgreichen Absolventen des Studienganges "Wirtschaftsrecht" - vom Prinzip der Gleichordnung geprägt sei. Der Kläger verfolge das Ziel, ein künftiges wettbewerbswidriges Verhalten der Absolventen des Studienganges "Wirtschaftsrecht" zu verhindern. Die Beklagte nehme er (nur) deshalb als Störerin in Anspruch, weil sie ihre Absolventen durch die Graduierung erst in die Lage versetze, sich auf die vom Kläger als wettbewerbswidrig angesehene Weise zu verhalten. Vor diesem Hintergrund komme der Frage, welcher Natur das Rechtsverhältnis zwischen dem Kläger und den einzelnen zukünftigen Absolventen des Studienganges "Wirtschaftsrecht" sei, streitentschei-

⁹¹ MittHV 1993, 252 ff

⁹² Die Welt vom 14.03.1994.

⁹³ Mußnug, Juristische FH-Studiengänge? Contra, Forschung & Lehre 2000, 143; Pro: Hromadka (aaO) 142.

⁹⁴ Mußnug, Der Fragebogen, Studium & Lehre 1995, 300. Auf die Frage: „Welche Eigenschaften sollte ein Hochschullehre haben?“ ist die Antwort protokolliert: „Mut zum Neuen. Beharrlichkeit in dem was sich bewährt hat. Einen ungetrübten Blick dafür, wann es auf das eine, und wann es auf das andere ankommt.“

⁹⁵ Südthüringer Zeitung vom 23.02.1995.

⁹⁶ Biekusen, Diplom-Juristen. Die Hamburger Hochschule für Wirtschaft und Politik plant einen Kurzstudiengang für Rechtsexperten des mittleren Managements, in: Rheinischer Merkur. Wochenzeitung für Politik, Wirtschaft, Kultur, Nr. 48/1993 vom 26.03.1993, 13.

⁹⁷ So schon Fischer, Der „Diplom-Wirtschaftsjurist“ (FH) – Etikettenschwindel oder Ausweg?, AnwBl. 1994, 77 f.; Stobbe, Die Ausbildung künftiger Juristen und Juristinnen und die europäische Rechtsharmonisierung, AnwBl. 2001, 136.

⁹⁸ Schnorbus, Die Angst der Juristen vor der Wirtschaft, in: FAZ vom 16.01.1993, 45.

dende Bedeutung zu. Denn was diesbezüglich für jenes Rechtsverhältnis gelte, müsse auch für das Verhältnis zur Beklagten gelten, die neben bzw. hinter den zukünftigen Absolventen als (Mit-)Störerin gelte. Das Rechtsverhältnis zwischen dem Kläger und den zukünftigen Absolventen des Studienganges "Wirtschaftsrecht" sei indes bürgerlich-rechtlicher Natur. Demzufolge handele es sich bei dem vorliegenden Verfahren auch um eine bürgerlich-rechtliche Streitigkeit. Der Umstand, daß der von dem Kläger als Störung angesehene Beitrag der Beklagten im Verhältnis zu den einzelnen Absolventen einen Hoheitsakt darstelle, führe nicht dazu, daß die ihrer Natur nach privatrechtliche Auseinandersetzung zu einer öffentlich-rechtlichen Streitigkeit werde. Der Streitfall unterscheide sich von den bisher entschiedenen Fällen zwar dadurch, daß die Beklagte nicht selbst und im eigenen wirtschaftlichen Interesse am Wettbewerb teilnehme. Dieser Umstand rechtfertige jedoch keine andere Beurteilung, weil die Beklagte nach Darstellung des Klägers durch ihr Verhalten in ein zukünftiges privatrechtliches Wettbewerbsverhältnis eingreife bzw. dessen Entstehung erst ermögliche. Es komme hinzu, daß durch die Eröffnung des Rechtsweges zu den ordentlichen Gerichten eine Befassung der sachnäheren Gerichte mit dem Fall erreicht werde.⁹⁹

Mit einem knappen Diktum servierte der BGH die auch an gediegener und hinreichender juristischer Ausbildung in einem Nischenfach wie dem Wettbewerbsrechts Zweifel aufkommen lassende Argumentation ab: „Diese Beurteilung hält der rechtlichen Nachprüfung nicht stand.“¹⁰⁰ Die Begründung für die Verweisung des Rechtsstreits an das ausschließlich zuständige VG Lüneburg ergibt sich bereits aus dem Leitsatz: „Für die Unterlassungsklage eines Rechtsanwaltes, mit der ein Verbot für die beklagte Fachhochschule erstrebt wird, den Absolventen des von ihr angebotenen Studienganges "Wirtschaftsrecht" die akademische Graduierung "Diplom-Wirtschaftsjurist/in (FH)" zu verleihen, ist der Rechtsweg zu den Verwaltungsgerichten eröffnet.“¹⁰¹ Postwendend und schnurstracks nahm der Kläger seine Klage am VG Lüneburg¹⁰² zurück¹⁰³. Das war der Ritterschlag für das profilbildende Studienangebot deutscher FHen. Damit hatte sich der Kampf des „pfliffigen Davids ... gegenüber dem Goliath des Juristenestablishments“¹⁰⁴ zur Diversifikation der Juristenausbildung spektakulär durchsetzen können.

Zugleich aber war es auch das Halali für die Universitäten zur Nacheile. Plötzlich verflüchtigten sich die von den Universitäts-Professoren vorgetragenen vielfältigen Bedenken sehr schnell.¹⁰⁵

Aber wider den Stachel wurde gleichwohl noch gelockt¹⁰⁶. So stellte 2001 Peter Tettinger (1947 – 2005) zu „Diplom Wirtschaftsjurist/in (FH)“ nach seinem Gedankenstrich die Frage

⁹⁹ BGH Beschl. v. 05.06.1997 – I ZB 3/96 – zitiert nach juris Rdnrn. 12 – 14.

¹⁰⁰ BGH Beschl. v. 05.06.1997 – I ZB 3/96 – zitiert nach juris Rdnr. 15.

¹⁰¹ BGH Beschl. v. 05.06.1997 – I ZB 3/96 – Leitsatz.

¹⁰² VG Lüneburg (Einstellungs-)Beschl. V. 11.5.1998 – 1 A 43/98.

¹⁰³ Näher dazu Schomerus; Einführung: Stand der Studiengänge Wirtschaftsrecht an Fachhochschulen, in: Schomerus/Degenhart/Preißer (Fn. 11) 9, 11, 120; ders. (Fn. 35) JuS 1999, 931; Bolender/Peters, Den Gipfel als erste erklommen, Rede zur ersten Diplomübergabe am 2. Oktober 1998 im „Fürstensaal“ des Lüneburger Rathauses, in: Schomerus/Stix/Zenz (Hrsg.) (Fn. 24) 152, 154.

¹⁰⁴ Roland Schmidt, Wie und warum der Studiengang Wirtschaftsrecht der Fachhochschule Nordostniedersachsen entstand, in: Michael Hermann (Hrsg.) Wirtschaftsrecht und Mediation. Festschrift für Walther Gottwald, 2005, 9, 21.

¹⁰⁵ Hufen, Perspektiven des rechtswissenschaftlichen Studiums. Der Wissenschaftsrat betont die Wissenschaftlichkeit der Juristenausbildung, rennt aber auch offene Türen ein, in: ZDRW 2013, 5 ff, passim mit umfangreicher Literaturliste der Kritiker auf S. 18 – 20.

„hochschuleitig initiierte Hochstapelei ?“¹⁰⁷ Hans Peter Bull (* 1936) beschwor eine Entwicklung „Von der rechtswissenschaftlichen Fakultät zur Fachhochschule für Rechtskunde ?“¹⁰⁸. Für Horst Konzen (*1936) ist die Arbeitsmarktfähigkeit eines LL.B. zwar zutreffend die Kardinalfrage, aber er sieht das Risiko, dass ein Bachelor als „Statist der Statistik“ in die Arbeitslosigkeit entlassen werde;¹⁰⁹ zunächst eine intellektuell einnehmende Paronomasie, die sich bei näherer Sachkenntnis aber als materiell substanzloses¹¹⁰ Wortgeklingel entlarvt. Michael Hettinger (* 1948) zusammen mit Rainer Zaczyk (* 1951) sehen im Bologna-Prozess und damit inzident für das bewährte Studienangebot Wirtschaftsrecht die Gefahr der „McDonaldisierung“ für die Rechtswissenschaft: ihre Degeneration zur „bestenfalls ... rechtskundliche<n> Grundausbildung“. Beider Fazit: „Jura als Fastfood ? McLaw darf es nicht geben.“¹¹¹. Bax berichtet angesichts der aktuell wiedergegebenen Einschätzungen von universitären Jura-Professoren überzeugend von dem gegenüber Wirtschaftsjuristen immer noch existenten Vorurteil des „Juristen light“¹¹², dessen „Studium wäre nichts Halbes und nichts Ganzes“, obwohl nach ihren Recherchen die Absolventen durch ihre doppelte Qualifikation gute Chancen hätten und gesucht seien.¹¹³

Über die Motive der den Wirtschaftsjuristen ablehnenden, festgefügt universitären und anwaltlichen Phalanx lassen sich nur Mutmaßungen anstellen. Schmidt nennt dafür drei Gründe: zum einen „die bedrohte Standesehre“, zum zweiten „Konkurrenzangst“ und zum dritten „Befürchtungen im Universitätssektor“ mit dem Studienangebot Wirtschaftsrecht an Fachhochschulen, „einen weiteren Schritt ... <der> Gleichstellung mit den Universitäten zu erreichen“¹¹⁴. Seine Vermutungen für die Ablehnung formuliert Heinbuch noch drastischer, in dem er nicht nur die „extrem regulierte und ausbildungsferne Abschlusssituation, sondern auch die vorhersehbare und bis heute ungebrochene Wettbewerbsscheue der juristischen Fakultäten, die eine Hochschulkonkurrenz zu ihrem etablierten System wie der Teufel das Weihwasser fürchten, da sie wissen, dass sie in einer echten Wettbewerbssituation hoffnungslos untergehen würden.“¹¹⁵

Dieselbe uneinsichtige Haltung des verschlossenen Widerstandes einer starken Rechtsanwalts-Lobby erklärt möglicherweise auch den verfassungswidrigen Ausschluss der Wirtschaftsjuristen von der Rechtsberatung nach dem RDG. 37 Mitglieder im Rechtsausschuss des Deutschen Bundestages, von denen in der 17. Wahlperiode (ab 2009 bis 2013) allein 27 Anwälte waren, lancierten das vom BMJ unter der sozialdemokratischen, stets um Anti-Diskriminierung allenthalben bemühten Bundesjustizministerin Brigitte Zypries (* 1953) eingebrachte RDG trotz der in einem Gerichtsverfahren zu Befangenheitsablehnungen führenden

¹⁰⁶ Mit dieser Einschätzung auch Bergmans (Fn. 60) ZRP 2013, 113 f.

¹⁰⁷ Tettinger, „Diplomwirtschaftsjurist/in“ – hochschuleitig initiierte Hochstapelei ?, in: Die Macht des Geistes, Festschrift für Hartmut Schiedermaier, 2001, 665 ff.

¹⁰⁸ Bull, Von der rechtswissenschaftlichen Fakultät zur Fachhochschule für Rechtskunde ?, in: JZ 2002, 977.

¹⁰⁹ Konzen, Bologna-Prozess und Juristenausbildung, in: JZ 2010, 241, 244 f.

¹¹⁰ Huff, Siebzehn Fachhochschulen bieten mittlerweile juristische Ausbildungen an. Erste Absolventen der Wirtschafts-Studiengänge erfolgreich. Interesse der Wirtschaft wächst, FAZ vom 30.11.1998; Köppen, Für Deutschlands erste Diplom-Wirtschaftsjuristen boomt der Arbeitsmarkt, dpa-Mitteilung 020610 aus Oktober 1998, Schneller (Fn. 29).

¹¹¹ Hettinger/Zaczyk, Rechtswissenschaften oder McLaw ?, NJW Editorial Heft 15/2008, III.

¹¹² Vgl. dazu auch Bernzen (Fn. 86) mit der Bemerkung „Jura light“.

¹¹³ Bax (Fn. 52).

¹¹⁴ Roland Schmidt (Fn. 42) 16 f.

¹¹⁵ Heinbuch (Fn. 13); mit ähnlicher, allerdings abgeschwächter Einschätzung auch Bernzen (Fn. 86).

eigenen Betroffenheit in den Bundestag zur Beschlussfassung. Kopfschütteln verursachendes kurioses Ergebnis dessen ist, dass Wirtschaftsjuristen mangels eines zweiten juristischen Staatsexamens keine Rechtsberatung betreiben dürfen, hingegen Laien befugt sind, nach § 5 Absatz 2 RDG im Baurecht als Nebenleistung zu beraten oder ein Immobilienverwalter über komplizierte Vorgänge des Miet- oder Wohnungseigentumsrecht, zu der selbst ein Rechtsanwalt sich erst durch eine Fachanwaltsausbildung postgradual qualifiziert, juristischen Rat erteilen darf. Das wird legislativ billigend in Kauf genommen. Ein Wirtschaftsjurist hingegen, der als Unternehmensjurist zum Corporate- oder In-House-Lawyer ausgebildet wurde und über einen juristischen Studienabschluss als LL.B. oder gar als LL.M. zusätzlich verfügt, wird der Zugang zu außergerichtlichen Rechtsdienstleistung verwehrt ! Damit diskriminiert das RDG Wirtschaftsjuristen von den Fachhochschulen in nicht zu rechtfertigender und irrationaler Art und Weise¹¹⁶. Die von der Justizbürokratie in den Ministerien subkutan artikulierten Befürchtungen sind mit der angeblich nicht hinreichenden Unterscheidung von „echten“ Juristen und Wirtschaftsjuristen für das rechtssuchende Publikum lediglich eine Neuauflage der schon 1992 durch die Justizministerkonferenz gegenüber Diplom-Juristen artikulierten Vorbehalte als „unechte Juristen“, vergleichbar einem „Rechts- und Wirtschaftspfleger“.¹¹⁷

X. Wirtschaftsjuristische Kettenreaktion und attraktive Diversifikation der Juristenausbildung

Nach Inauguration des Studienangebots in Mainz zum WS 1993/1994, in Lüneburg ab WS 1994/1995 und der BGH-Entscheidung von Mitte 1996 kam es zu einer „wirtschaftsjuristischen Kettenreaktion“ an den Hochschulen: in Berlin (FHTW, jetzt HTW), Recklinghausen und Wismar im WS 1995/1996, in Hagen/Iserlohn (Fernstudium), Pforzheim und Schmalkalden im WS 1996/1997, in Bernburg an der FH Anhalt, Essen an der privaten FOM, Mönchengladbach (Fernstudium) und Bielefeld (Fernstudium) im WS 1997/1998, in Frankfurt am Main und Birkenfeld/Trier im SS 1998, an der privaten FH Nordhessen, später DIPLOMA 1998, in Osnabrück und Köln (private RFH) im WS 1998/1999, in Wolfenbüttel an der Brunswick European Law School (BELS) im SS 1999, in Geislingen im WS 1999/2000, in Bielefeld im SS 2000, in Kiel im SS 2001, an der Wiesbaden Business School (WBS) der Hochschule RheinMain im WS 2003/2004, in Köln (staatliche FH) im SS 2004, an der privaten Europäischen Fernhochschule Hamburg (Euro-FH) 2004 und ebenfalls im schweizerischen Winterthur 2004 an der ZHAW, in Heidelberg bei der privaten SRH und in Köln sowie Idstein an der privaten Hochschule Fresenius 2005, in Berlin (HWR) im WS 2005/2006, in Wildau (Wirtschaft und Recht) im WS 2006/2007, in Hof im WS 2007/2008, in Aschaffenburg, Wildau (Kommunales Verwaltungsrecht) und an der privaten FHDW in Paderborn im WS 2009/2010, an der privaten FH für angewandtes Management in Erding im SS 2010, in Konstanz und Wildau (Verwaltung und Recht) im WS 2010/2011, an der FH Westküste in Heide zum WS 2011/2012, an der privaten Hamburger Fern-Hochschule (HFH) zum WS 2012/2013 und schließlich zuletzt zum WS 2014/2015 in Fulda Start mit „Wirtschaftsrecht – Nachhaltigkeit und Ethik“ sowie an der privaten Unternehmer-Hochschule BiTS in Iserlohn mit „Business Law“, die ab WS 2015/2016 plant, zusätzlich in Hamburg Wirtschaftsrecht als Bachelor-Studiengang anzubieten.

Etwas abseits vom Mainstream bot seit WS 2003/2004 der Fachbereich Sozial- und Kulturwissenschaften der Hochschule Fulda zunächst einen Diplom-Studiengang „Sozialrecht“ an und wechselte zum WS 2007/2008 in einen LL.B.-Abschluss ebenso wie die private SRH in

¹¹⁶ Jakobi, Rechtsberatung für Wirtschaftsjuristen kein Thema in Berlin – Wirtschaftsrechtstudenten diskutierten zum „Rechtsdienstleistungsgesetz“ im Bundesministerium der Justiz, in: Schmalkalder Hochschul Journal 02/2011, 14 ff.

¹¹⁷ o. V., Justizminister sprechen sich gegen Dipl.-jur. aus, Die Welt vom 07.07.1993 sowie Schmidt (Fn. 25) DNH 1993, Heft 2/3.

Heidelberg ab WS 2012/2013 damit nachzog. Die Hochschule Darmstadt führte im Fachbereich Gesellschaftswissenschaften und Soziale Arbeit zum WS 2004/2005 ein LL.B.-Studium „Informationsrecht“ ein.

Das zügige Aufgreifen des wirtschaftsjuristischen Studienangebots durch private Hochschulen nach dem Vorangang der staatlichen ist bei den dort notwendig kommerziellen Interessen ein wichtiger Indikator für die Marktfähigkeit und –gängigkeit des entwickelten innovativen Studienangebots. Haben die RFH, SRH und die FH Fresenius¹¹⁸ nur lokale Bedeutung, wenn gleich an prominenten Standorten in Köln und Heidelberg, so kommen DIPLOMA¹¹⁹, Erdinger FH für angewandtes Management (EFHAM),¹²⁰ Europäische Fernhochschule (EURO-FH),¹²¹ Fachhochschule der Deutschen Wirtschaft (FHDW),¹²² Hochschule für Oekonomie & Management (FOM),¹²³ sowie Hamburger Fern-Hochschule (HFH)¹²⁴ mit ihren zahlreichen dislozierten (fünf bis 29) Studiengangsarten und Prüfungszentren in Deutschland und teilweise in Europa durchaus erheblich strategische Bedeutung zu.

Seltenheitswert hatte die Ausgestaltung des Studienangebots in eigenständigen Fachbereichen Wirtschaftsrecht. Lüneburg, gefolgt von Recklinghausen und Schmalkalden, später auch Wolfenbüttel waren die Starter. Mittlerweile haben sich ursprünglich betriebswirtschaftliche Fachbereiche um den Zusatz „Recht“ oder „Rechtswissenschaften“ ergänzt. Dies geschah in Frankfurt am Main, Köln (FH), Pforzheim, Wildau, Nürtingen/Geislingen, der privaten SRH in Heidelberg und der Schweizer ZHAW mit „School of Management and Law“. Nach Verschmelzung der Hochschule für Wirtschaft (FW 1971) mit der FHVR (1973) in Berlin 2009 zur neuen Hochschule für Wirtschaft und Recht (HWR) führt erstmals auch eine University of Applied Sciences das juristische Element in der Hochschulbezeichnung ebenso wie die private Graduate School of Management and Law in Heilbronn, wenn auch nicht so exklusiv wie die Bucerius Law School seit 2000 auf universitäre Ebene in Deutschland.

Bei den Universitäten wurde Wirtschaftsrecht neben der herkömmlichen Jura-Ausbildung vereinzelt erst ab 1995 in deren Programme aufgenommen und teilweise mit unterschiedlichen Bezeichnungen angeboten. Manche dieser ersten Angebote universitärer Prägung waren fast exakte Plagiate der originären Studienprogramme des ursprünglichen Lüneburger oder späteren Schmalkalder Diplom-Modells. Infolge der die Studienabschlüsse verändernden

¹¹⁸ Köln und Idstein.

¹¹⁹ Sechzehn eigene Standorte: Aalen, Bad Soden-Allendorf, Baden-Baden, Berlin, Bonn, Bückeburg, Friedrichshafen, Hamburg, Hannover, Heilbronn, Kassel, Leipzig, Mannheim, München, Schwentimental und Würzburg plus dreizehn Studienzentren bei Kooperationspartnern: Altdorf, Bochum, Cottbus, Dresden, Kaiserslautern, Magdeburg, Mainz, Ostfildern, Plauen, Regenstau, Rostock, Wiesbaden und Wuppertal.

¹²⁰ Fünf Standorte: Berlin, Günzburg, Neumarkt, Treuchtlingen und Unna.

¹²¹ Zehn Prüfungszentren in Deutschland: Berlin, Bremen, Frankfurt am Main, Göttingen, Hamburg, Köln, Leipzig, München, Nürnberg und Stuttgart sowie zwei europäische Prüfungszentren in Österreich (Wien) und in der Schweiz (Zürich).

¹²² Fünf Standorte: Bielefeld, Bergisch Gladbach, Marburg, Mettmann und Paderborn.

¹²³ 22 Standorte: Aachen, Berlin, Bonn, Bremen, Dortmund, Duisburg, Düsseldorf, Essen, Frankfurt am Main, Freiburg/Breisgau, Hamburg, Hannover, Köln, Leipzig, Mannheim, München, Neuss, Nürnberg, Siegen, Stuttgart, Wesel und Wuppertal.

¹²⁴ Sechzehn Prüfungszentren in Deutschland: Berlin, Bremen, Dresden, Düsseldorf, Hamburg, Hannover, Herford, Jena, Kaiserslautern, Köln, Leipzig, München, Nürnberg, Stuttgart, Wiesbaden und Würzburg sowie zwei europäische Prüfungszentren in Österreich: Hollabrunn und Linz.

und vereinheitlichenden Bologna-Reform werden nachfolgend weitgehend nur die heutigen wirtschaftsjuristischen Bachelor-Angebote (LL.B. und B. Sc.) an Universitäten fokussiert, entwickelt zumeist ursprünglich aus Diplom-Studiengängen.

Die Universität Siegen startete zum WS 1999/2000 mit Wirtschaftsrecht als Diplom-Studiengang, gefolgt von der privaten Bucerius Law School im Jahr 2000 mit „Jura plus (LL.B. und 1. Prüfung)“ ebenso wie Bremen 2000 mit „Comparative and European Law“ im Rahmen der Hanse Law School, Erlangen zum WS 2000/2001 mit „Internationales Wirtschaftsrecht“, Osnabrück bundesweit als Starter mit dem LL.B. in „Wirtschaftsrecht“ zum WS 2001/2002, Augsburg im WS 2002/2003 mit „Rechts- und Wirtschaftswissenschaften“ als Bachelor of Science (B. Sc.), ebenso Oldenburg mit „Comparative and European Law“ ebenfalls als Mitglied der Hanse Law School, die FernUni Hagen mit „Rechtswissenschaft“ zum WS 2003/2004, Kassel mit „Wirtschaftsrecht“ und Münster „Wirtschaft und Recht“ (vormals „Economics and Law“) jeweils zum WS 2004/2005, Saarbrücken mit „Wirtschaft und Recht“ als B. Sc. im Verhältnis 2/3 Ökonomie zu 1/3 Jus seit 2005, Potsdam mit „Recht der Wirtschaft“ und „Öffentliches Recht“ zum WS 2006/2007, Heidelberg mit „Unternehmensstrukturierung“ und Dresden mit „Law in Context“ zum WS 2007/2008, Mannheim mit „Unternehmensjurist“¹²⁵ und Siegen mit „Deutsches und Europäisches Wirtschaftsrecht“ als LL.B. zum WS 2008/2009, Freiberg mit „Business and Law (Wirtschaft und Recht)“ und Hamburg mit „Arbeits- und Sozialmanagement mit Schwerpunkt Recht“ sowie „Finanzen und Versicherung mit Schwerpunkt Recht“ jeweils zum WS 2009/2010, allerdings befristet zum Ende des SS 2017, Bielefeld mit „Recht und Management“ und Greifswald mit „Recht-Wirtschaft-Personal“, Rostock mit „LL.B. Wirtschaft, Gesellschaft, Recht – Good Governance“, Erlangen ebenso wie die private European Business School (EBS) an ihrer Wiesbadener Law School mit einem Bachelor-Studiengang „Wirtschaftsrecht“ jeweils zum WS 2010/2011, Hannover mit „IT-Recht und Recht des Geistigen Eigentums“ und Bochum mit „Nationales und europäisches Wirtschaftsrecht – Deutsch-französischer Bachelor-Studiengang“ jeweils zum WS 2011/2012, neuerdings auch die Viadrina in Frankfurt an der Oder mit „Wirtschaft und Recht/Recht und Wirtschaft“ ab WS 2013/14.

Im 22. Jahr des innovativen Studienangebots ist eine gewisse Retardierung in der Entwicklung festzustellen. Von den zehn privaten Fachhochschulen haben acht ihre Felder ausgreifend, mit nicht unbedingt immer sinnvoll erscheinenden lokalen Dopplungen in Ballungszentren wie Berlin, Bremen, Hamburg, Hannover, Köln, Leipzig, München, Nürnberg und Stuttgart bestellt, was die nachfolgende Übersicht belegt.

Private Hochschulen	BiTS	DIPLOMA	EFHAM	EURO -FH	FHDM	FOM	FH Frese-nius	HFH
Städte in Deutschland								
Aachen						X		
Aalen		X						
Altdorf		K						
Bad Sooden-Allen-dorf		X						
Baden-Baden		X						
Berlin	X	X	X	X		X		X

¹²⁵ Näher dazu Bitter, Der Bachelor-Studiengang „Unternehmensjurist/in Universität Mannheim, in Bergmans (Hrsg.) (Fn. 69) 27.

Bielefeld					X			
Bergisch-Gladbach					X			
Bonn		X				X		
Bochum		K						
Bremen				X		X		X
Bückebug		X						
Cottbus		K						
Dortmund						X		
Dresden		K						X
Duisburg						X		
Düsseldorf						X		X
Essen						X		
Frankfurt am Main				X		X		
Freiburg/Breisgau						X		
Friedrichshafen		X						
Göttingen				X				
Günzburg			X					
Hamburg	X	X		X		X		X
Hannover		X				X		X
Heilbronn		X						
Herford								X
Idstein							X	
Iserlohn	X							
Jena								X
Kaiserslautern		K						X
Kassel		X						
Köln				X		X	X	X
Leipzig		X		X		X		X
Magdeburg		K						
Mainz		K						
Mannheim		X				X		
Marburg					X			
Mettmann					X			
München		X		X		X		X
Neumarkt/Opf.			X					
Neuss						X		
Nürnberg				X		X		X
Ostfildern		K						
Paderborn					X			
Plauen		K						
Regenstauf		K						
Rostock		K						
Schwentinental		X						
Siegen						X		
Stuttgart				X		X		X
Treuchtlingen			X					
Unna			X					
Wesel						X		
Wiesbaden		K						X
Würzburg		X						X

Wuppertal		K				X		
Städte in Österreich								
Hollabrunn								X
Linz								X
Wien				X				
Stadt in der Schweiz								
Zürich				X				
Summen:	3	29	5	12	5	22	2	18

Abbildung 1: Studienorte von Wirtschaftsrecht als Bachelor-Studiengang privater Hochschulen in Deutschland und im benachbarten Ausland¹²⁶

Die 26 staatlichen Fachhochschulen sind mit ihren wirtschaftsrechtlichen Angeboten beruhsfeldbezogen und arbeitsmarktkonform aufgewachsen.

Die Empfehlung des Wissenschaftsrates, das Studienangebot zu strukturieren und Neues in diesen Bereichen sinnvoll zu begrenzen, trifft als Appell wohl eher die breite Varianz der 24 universitären Angebote, insbesondere dort auf eine arbeitsmarktdäquate Employability zu achten.¹²⁷

Die Übernahme eines von den Fachhochschulen in Deutschland entwickelten Studienangebots durch die Universitäten bedeutet schließlich dreierlei: zum einen die konkludente Billigung der Zeitgemäßheit von Wirtschaftsrecht, zum zweiten einen zusätzlichen weiteren Ritterschlag neben dem des BGH von 1996 und des Wissenschaftsrates von 2012 für dieses Studienprogramm, was die inhaltliche Anerkennung durch die den Innovatoren „nachziehenden“ Universitäten anlangt und zum dritten deren kleinlautes Eingeständnis, dass das zukunftsfähige Studienangebot Wirtschaftsrecht die juristische Ausbildungslandschaft auf Dauer verändert hat.

XI. „Die deutsche Juristenausbildung ist schlecht.“¹²⁸

Dieser provokanten Feststellung vom Autorenteam Peter Hommelhoff (* 1942) und Christoph Teichmann (* 1964) fügen beide nach einem Gedankenstrich hinzu: „So urteilen viele Unberufene, aber auch (in polemischer Zuspitzung) manch` Berufener.“¹²⁹ Die Er- und Bekenntnisse zur Reform der Juristenausbildung sind zahlreich seit den Reichsjustizgesetzen von 1877.¹³⁰ Ankündigungen dazu stehen seit fast 140 Jahren im reziproken Verhältnis zu ihrer

¹²⁶ X bedeutet: eigene Standorte; K bedeutet: Standort bei Kooperationspartner.

¹²⁷ Dazu grundlegend Bergmans (Fn. 60) ZRP, 113 ff.

¹²⁸ Hommelhoff/Teichmann, Modernisierung in Kontinuität - die Revolution der Juristenausbildung, JuS 2001, 841.

¹²⁹ Fn. 128.

¹³⁰ Buchhorn (Fn. 47) mit folgendem Zitat von Wenzler; Geschäftsführer der Bucerius Law School: „An deutschen Universitäten werden Jurastudenten nach der mehr als 100 Jahre alten Juristenausbildungsordnung unterrichtet. Das geht an den Bedürfnissen der heutigen Zeit vorbei.“

Realisierung¹³¹. Walter Stiebeler (1920 – 2007), weiland OLG-Präsident in Hamburg, hat die „Reform der Juristenausbildung“ sehr bildhaft mit einem Vulkan verglichen: „Etwa alle 10 Jahre bricht er aus. Dann speit er bizarre Lava-Gebilde in die Landschaft, mit unter aber auch nur Asche.“¹³² Peter Michael Huber (* 1959) hingegen verteidigte in seiner früheren Eigenschaft als Vorsitzender des Deutschen Fakultätentages das klassische Staatsexamen als „kulturelle Errungenschaft“.¹³³

Der einzige große Wurf mit der einstufigen Juristenausbildung zu Beginn der 1970er Jahre wurde 1984 politisch von dem liberalen Bundesjustizminister Hans A. Engelhard (1934 – 2008) einkassiert und lief 1993 aus. Die Reaktivierung als fast visionäres Bologna-konformes Modell ist trotz naturgesetzlich als „Ewige Juristenreform“¹³⁴ intervallender Anstöße einiger Landesjustizminister aus dem Südwesten (Ulrich Goll, * 1950, FDP), Sachsen (Geert Mackenroth, * 1950, CDU), Schleswig-Holstein (Uwe Döring, * 1946, SPD) und NRW (Roswitha Müller-Piepenkötter, * 1950, CDU)¹³⁵ im Jahre 2009 ausgeblieben. Auch mit der letzten Novelle zum Jura-Studium von 2002¹³⁶ hat sich erkennbar an den, den akademischen Grundsatz der Einheit von Lehre und Prüfung - für die Wirtschaftsrechtsausbildung ehernes Prinzip - missachtenden, reinen Externenprüfungen nichts geändert. Universitäre Zwischenprüfungen bleiben für die Note in der ersten Prüfung, zu der das frühere 1. juristische Staatsexamen nun augenwischerisch herabgezont wurde, weiter irrelevant. Geändert hat sich lediglich der bescheidene Einfluss der klassischen Jura-Studenten mit Auswahl zweier Schwerpunktfächer aus deutschlandweit 368 von den Universitäten angebotenen im Examen, die universitär im Verhältnis zu den anderen sechs Klausuren mit 30 % überproportional bewertet und im mündlichen Teil von Universitätslehrern geprüft werden.

Die Ursachen für die wenig zeitgemäße und zutreffend gescholtene traditionelle Juristenausbildung sind vielfältig¹³⁷. Für das klassische rechtswissenschaftliche Studium offenbart schon ein Blick auf die statistische Betreuungsrelation Lehrender zu Student, dass dieses Verhältnis von 973 Professoren¹³⁸ zu 107.199 Studierenden¹³⁹ im Jahr 2012 zwar ungünstig, aber in Hinblick auf die weitgehend staatlich reglementierte Externenprüfung mit geringem akademischen Einfluss auch zugleich bedeutungslos ist. Zum einen macht diese Zahlenrelation von 110 Studierenden pro Professor überzeugend klar, warum dieses System nicht funktioniert. Zum anderen steht damit die Pyramide schon seit langem auf dem Kopf.

¹³¹ Näher zur Geschichte der Reformen: de Groot/Schneider, Juristenausbildung in Europa am Vorabend des 21. Jahrhunderts, in: Hübner/Ebke (Hrsg.), Festschrift für Bernhard Grossfeld zum 65. Geburtstag, 1999, 307 bis 318.

¹³² Stiebeler, Gedanken zur unendlichen Geschichte der Reform der Juristenausbildung, in: Giehring, Juristenausbildung erneut überdacht, 1990, 43.

¹³³ Sonnabend, Juristenausbildung auf dem Prüfstand, in: Stifterverband, W&W 2-2008, 29.

¹³⁴ FAZ (Nr. 273) vom 21.11.2008, 12.

¹³⁵ Wiarda, Am Ende des Sonderwegs, Zeit-Online vom 07.07.2009 19:20 Uhr.

¹³⁶ BGBl. I 2592 Gesetz vom 17.07.2002.

¹³⁷ Näher und aktuell auch Buchhorn (Fn. 47).

¹³⁸ Statistisches Bundesamt, Fachserie 11 Reihe 4.4, Bildung und Kultur, Personal an Hochschulen 2012, 22.10.2013, zusammenfassende Übersichten: 8 Hochschulpersonal 2012, Wissenschaftliches und künstlerisches Personal nach Hochschularten, Fächergruppen und Lehr- und Forschungsbereichen der fachlichen Zugehörigkeit, Beschäftigungsverhältnissen und Personalgruppen, S. 96.

¹³⁹ Statistisches Bundesamt, Bildung, Forschung; Kultur – Studierende Studienfach Rechtswissenschaft Wintersemester 2013/14 mit einer Steigerung um 4,2 % zum Vorjahr.

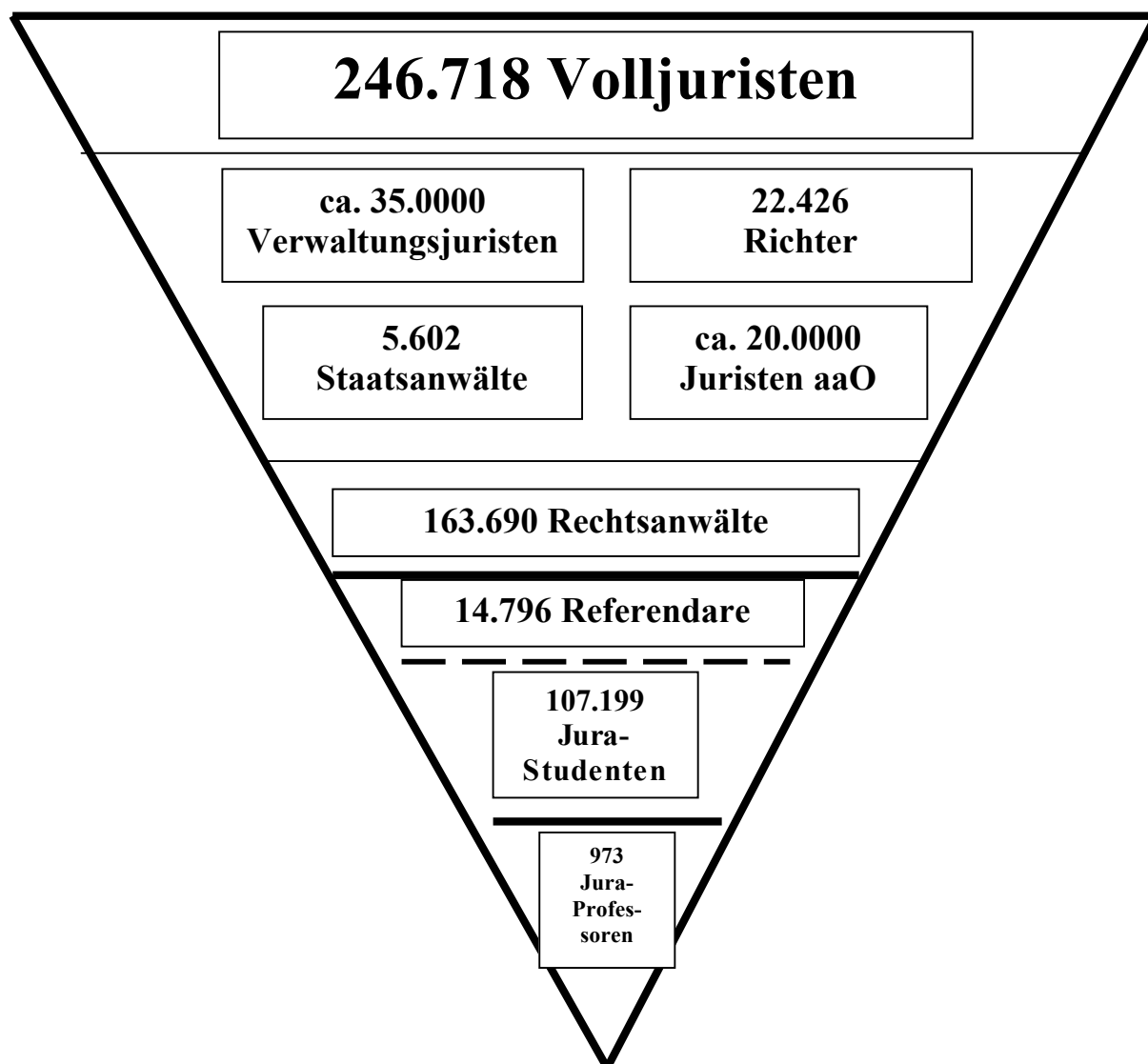


Abbildung 2: Die auf den Kopf gestellte Pyramide der Volljuristenausbildung¹⁴⁰

¹⁴⁰ Basis der Zahlenangaben: Richter + Staatsanwälte aus Angaben des Statistischen Bundesamtes auf dem Stand vom 30.06.2013; Rechtsanwälte nach der Großen Mitgliederstatistik der BRAK auf dem Stand zum 01.01.2014 (http://www.-brak.de/w/files/04_fuer_journalisten/statistiken/grmgstatisitik2014_korr.pdf), Referendare nach Angaben des Bundesamtes für Justiz auf dem Stand von 24.10.2013 (https://www.-bundesjustizamt.de/DE/SharedDocs/Publikationen/Justizstatistik/Juristenausbildung_2012.pdf?__blob=publicationFile&v=3) (14.10.2014), Jura-Professoren auf dem Stand von 2012 (Nachweis Fn. 122), Studenten auf dem Stand des WS 2013/2014 (Nachweis Fn. 123). Angelika Wirth, Uneinheitliches Bild mit positiven Tendenzen. Der Stellenmarkt für Hochschullehrer im Jahr 2009, *Forschung & Lehre* 2011, 112, 113 mit Tabelle 2 zählt 944 hauptberufliche Universitäts-Professoren in Rechtswissenschaften. Die Zahl der Verwaltungsjuristen wird nach Auskunft des Statistischen Bundesamtes vom 07.06.2011 nirgendwo eigens registriert, auch nicht als Personalstandstatistik. Auch die Berufsverbände der höheren Verwaltungsbeamten auf Bundesebene oder Regionalverbände der Verwaltungsbeamten in Bayern und Berlin konnten auf Anfrage keine genauen Zahlen über diese Gruppe liefern; Grundlage eigene Schätzung einschließlich Vertreter öffentlichen Interesses (19). Gleiches gilt für die Schätzung von Juristen, die weder Richter, Staats- oder Rechtsanwälte noch Verwaltungsbeamte sind, sondern anderen Ortes Verwendung finden, beispielsweise in Verbänden und Versicherungen oder Immobilienwirtschaft.

Außerdem bewirkt dies in vielen Fällen auch eine tatsächliche, über die gesetzliche Regelstudienzeit von acht Semestern hinaus existente Studienzeitverlängerung von im Extrem bis zu sechzehn Semestern, auf acht Studienjahre insgesamt, im Median elf Semester.¹⁴¹ Die nachfolgende Graphik veranschaulicht die Dauer des Jura-Studiums bis zur ersten Prüfung für das Jahr 2012 für eine Kohorte von 7.515 Personen.

**Übersicht zur Dauer des Studiums
bei der staatlichen Pflichtfachprüfung 2012**

Dauer des Jura-Studiums in Semester	Anzahl der Absolventen im jeweiligen Semester	%-Betrag der Personen
4 bis 6	71	0,9
7	238	3,2
8	724	9,6
9	830	11,1
10	1.629	21,7
11	1.192	15,9
12	1.003	13,3
13	633	8,4
14	388	5,2
15	259	3,4
16 und mehr	548	7,3
<i>Summen</i>	7.515	100

Abbildung 3: Durchschnittliche Dauer des Jura-Studiums bis zum Ablegen der staatlichen Pflichtfachprüfung im Jahre 2012¹⁴²

Des Weiteren hat Universität auf die Ausgestaltung der Externenprüfung keinen entscheidenden Einfluss, solange die Justizprüfungsämter das Verfahren dominieren und für Professorenstellen an den Hochschulen nicht zuständig sind. Forderungen nach einer umfassenden Reform der herkömmlichen juristischen Ausbildung sind zwar plakativ und wohlfeil. Da dies aber von den Justizministerien der Länder artikuliert wird, besteht keine reale Gefahr grundlegender Veränderung. Als Rechtspflegeministerien sind sie nur für Stellen von Richtern und Staatsanwälten, nicht aber für den personellen Ausbau in den juristischen Fakultäten der Universitäten verantwortlich. Dies fällt in die Zuständigkeit von Kultus- und/oder Wissenschaftsministerien der Länder. Wollte man effiziente Relationen zwischen Lehrenden und Lernenden wie an den praxisorientierten Fachhochschulen herstellen, bedeutete dies eine Ver- oder gar Verdreifachung der Professorenstellen für Juristen an den Universitäten; ein politisch utopisches Postulat. Deswegen bleibt der Ruf nach Reform der Reform der Reform so ohne realistischen Widerhall und beruhigt gleichwohl das Gewissen.

Auch die Umstellung des klassischen Jura-Studiums auf Bologna-konforme Employability durch ein gestuftes LL.B. und LL.M.-Programm sparte dem Steuerzahler die Finanzierung bei

¹⁴¹ Näher dazu Ausbildungsstatistik des Bundesamtes für Justiz: Übersicht über die Dauer des Studiums nach neuem Recht 2012 (Stand 24.10.2013).

¹⁴² Basis der Zahlenangaben: Bundesamt für Justiz auf dem Stand von 24.10.2013 (https://www.bundesjustizamt.de/DE/SharedDocs/Publikationen/Justizstatistik/Juristenausbildung_2012.pdf?__blob=publicationFile&v=3) (14.10.2014).

Einsparung der personell als eigenständige Abteilungen organisierten Justizprüfungsämter in dreizehn Landesjustizministerien¹⁴³.

Die inhaltlichen Defizite des universitären Jura-Studiums, die eine spätere lukrative Berufsausübung teilweise verunmöglichen, offenbaren sich an der stetigen Zunahme immer neuer Fachanwaltsausprägungen und deren personeller Summe von 49.069 zu Beginn des Jahres 2014¹⁴⁴. Damit dokumentiert sich unaufdringlich erheblicher „Nachschulungsbedarf“ im Hinblick auf Wahrnehmung praktischer Tätigkeiten. Die herkömmliche Juristenausbildung erfüllt ihre Aufgaben späterer beruflicher Fähigkeiten nur suboptimal oder im Sinne Hommelhoffs und Teichmanns einfach schlecht. Der Bericht der Monopolkommission wies schon 2006 zutreffend auf das inhaltliche Dilemma an den Universitäten hin, trotz „fast 100 Prozent juristischer Inhalte ... nicht 100 Prozent der Rechtsordnung“¹⁴⁵ zu lehren. Mittlerweile hat sich für die traditionelle Juristenausbildung auch deren Zielprojektion „Einheitsjurist“ längst als „Schimäre“¹⁴⁶ erwiesen. 70 % aller „Volljuristen“ müssen den Anwaltberuf ergreifen¹⁴⁷. Um so erstaunlicher ist angesichts der auf hohem Niveau wieder ansteigenden Zahlen der rechtswissenschaftlichen Studienanfänger im Jahr 2011 von ca. 27.500¹⁴⁸, mit welcher Faszination die Starter auf eine mittlerweile ca. 13 %ige Arbeitslosigkeit¹⁴⁹ zugehen. Auf eine offene Stelle kamen 2006 21 Bewerber.¹⁵⁰

Von ca. 280.000 geschätzten Volljuristen in Deutschland sind nach der großen Mitgliederstatistik der BRAK 163.690 Rechtsanwälte zum 01.01.2014. Im Hinblick auf die in den letzten Jahren auch haushalterisch konstant gebliebene Zahl öffentlich besoldeter Richter, Staatsanwälte oder Verwaltungsbeamte in Höhe von ca. 60.000 Personen¹⁵¹ existiert als realistisches Berufsbild für die Absolventen nach dem zweiten juristischen Staatsexamen nur die Möglichkeit, Anwälte unter erschwerten Bedingungen in einem bereits gesättigten Markt zu werden, der angesichts der demographischen Entwicklungen in Deutschland eher schrumpft als wächst¹⁵². Lag 1950 die „Anwaltsdichte“ noch bei ca. 5.000 Rechtsunterworfenen, kommen 2013 nur noch 499 Bürger auf einen Anwalt.¹⁵³ Gerade hierbei zeigt sich durch die Interven-

¹⁴³ Berlin und Brandenburg betreiben ein gemeinsames JPA ebenso wie Bremen, Hamburg und Schleswig-Holstein zusammen.

¹⁴⁴ BRAK Fachanwaltszulassungen 2014: FA Familienrecht: 14.320, FA Arbeitsrecht: 12.130, FA Steuerrecht: 5.685.

¹⁴⁵ 16. Hauptgutachten der Monopolkommission 2004/05, BT-Drs. 16/2460 vom 25.08.2006, Nr. 1026 a. E., S. 395.

¹⁴⁶ Kilger, ehemals Präsident des Deutschen Anwaltsvereins, Die Schimäre >Einheitsjurist<, myops 1/2007, 26 f.

¹⁴⁷ Abels & Langels, Berufsaussichten für Juristen IV. Berufsaussichten für Juristen in ausgewählten Berufen 1) Rechtsanwälte aa) 2009, 5.

¹⁴⁸ Isa, Informationssystem Studienwahl und Arbeitsmarkt, Jura (Rechtswissenschaft) Hochschule/ Arbeitsmarkt, 2011/12, http://www.uni-due.de/isa/fg_wirtschaft_recht/-rechtswiss/rechtswiss_hs_frm.htm (15.07.2013).

¹⁴⁹ Abels & Langels, Berufsaussichten für Juristen III. Die aktuelle Situation auf dem Arbeitsmarkt 2) Die Anzahl der arbeitslosen Juristen insgesamt + 3) die Zahl der arbeitslosen Berufsanfänger, 2009, 4.

¹⁵⁰ Abels & Langels, Berufsaussichten für Juristen III. Die aktuelle Situation auf dem Arbeitsmarkt 1) Wie viele Bewerber kommen auf eine offene Stelle?, 2009, 4.

¹⁵¹ Abels & Langels, Berufsaussichten für Juristen I. Der Istzustand der Juristen 1) Öffentliche Verwaltung + 2) Rechtspflege, 2009, 1.

¹⁵² Buchhorn (Fn. 47) mit der Bemerkung, dass jedes Jahr 3.000 neu Zugelassene auf den Markt drängen.

¹⁵³ Buchhorn (Fn. 47).

tion des BGH, ein notwendiges Mindesteinkommen oberhalb der Sittenwidrigkeit festlegen zu müssen¹⁵⁴, dass für Rechtsanwälte mit zwei ausreichenden Examensnoten kaum einkömmliche Lebensverhältnisse existieren¹⁵⁵.

Der nachfolgend fiktive Vergleich von Prüfungsergebnissen in der ersten juristischen Pflichtfachprüfung aus dem Jahr 2009 und dem 2. Juristischen Staatsexamen aus dem Jahr 2012 erhärtet - bei aller Unzulänglichkeit - die Tendaussage, die sich durch die arteigene eines nirgendwo anders bekannten „vollbefriedigend“ als Seminote zu einer eigenständigen vollen Notenbreite ausspreizende Bewertungsskala aggraviert, einer frappierenden Noten-Koinzidenz und der Häufigkeitsverteilung von nahezu in Zahl und Prozenten identischen Notenvergabe eines „doppelten“ ausreichend.

<p align="center">Gegenüberstellung der Noten in der staatlichen Pflichtfachprüfung 2009 und des 2. Staatsexamens 2012 für eine fiktive Kohorten</p>

Juristisches Notensystem	Anzahl der geprüften Kandidaten		%Betrag der geprüften Kandidaten	
bestanden	Staatliche Pflichtfachprüfung 2009	2. Staats-examen 2012	Staatliche Pflichtfachprüfung 2009	2. Staatsexamen 2012
sehr gut	15	7	0,1	0,1
gut	266	206	2,4	2,3
vollbefriedigend	1.469	1.607	13,1	17,9
befriedigend	3.247	3.485	29,1	38,7
ausreichend	2.901	2.406	26,0	26,8
nicht bestanden	3.278	1.283	29,3	14,3
wiederholt geprüft		1.486		
+ nicht bestanden		483		
Summe	11.176	8.994	100	100

Abbildung 4: Notenergebnisse der staatlichen juristischen Pflichtfachprüfung im Jahre 2009 und des 2. Juristischen Staatsexamens im Jahre 2012¹⁵⁶

Dem begegnet eine mit tiefer Sorge betrachtete Fehlentwicklung der klassischen Juristenausbildung, die langfristig zu einem die Rechtspflege nicht förderlichen Anwaltsproletariat¹⁵⁷

¹⁵⁴ BGH NJW 2010, 1972.

¹⁵⁵ Ilg, Juristen-Einkommen: Zwischen Hungerlohn und Spitzenverdienst, <http://uni.-de/beruf/Branchen-Trends/Juristen-Einkommen%3A+Zwischen+Hungerlohn+und+Spitzenverdienst> (31.12.2012)

¹⁵⁶ Basis der Zahlenangaben: Bundesamt für Justiz für die staatliche juristische Pflichtfachprüfung auf dem Stand von 23.03.2011 (https://www.bundesjustizamt.de/DE/-SharedDocs/Publikationen/Justizstatistik/Juristenausbildung_2009.pdf?__blob=publicationFile&v=3) und das 2. Juristische Staatsexamen auf dem Stand von 24.10.2013 (https://www.bundesjustizamt.de/DE/SharedDocs/Publikationen/Justizstatistik/Juristenausbildung_2012.pdf?__blob=publicationFile&v=3) (14.10.2014).

¹⁵⁷ Gostomzyk Berufschancen für Juristen: Nobeladvokat oder Anwaltsproletariat?, Spiegel online: 15. August 2003, 11:41 Uhr; Mert, Der Anwalt im Wandel der Zeit: Deutschland, <http://www.dach-ra.de/media/archive1/mertl.htm> (abgefragt am 26.09.2012); Friedrichsen, Die wahren Gehälter der Juristen – Liebling Kreuzberg muss den Gürtel enger schnallen, als

führen kann. Besorgniserregend ist die bereits geschilderte Entwicklung von Zunahme der teilweise perspektivlosen Ausbildung von Nur-Juristen, die lediglich Rechtsanwälte werden können¹⁵⁸ und mit ihrem Kenntnisstand sicherlich phantastisch bereicherungsrechtliche Dreiecksfälle lösen, gute Abgrenzungen zu eigen- und fremdnütziger GoA erkennen oder auch über Recht und Rechtswissenschaft im ehemaligen deutschen Schutzgebiet Kiautschou (Tsingtau) (1897 – 1914) Bescheid wissen, aber nicht in der Lage sind, ohne ein- bis zweijährigen Nachschulungsbedarf als Corporate- oder In-House-Lawyer für Unternehmen tätig zu werden. Dazu bedarf es einer ca. 60.000 € erfordernden Investition des Arbeitgebers. Ebenso kann das mit über einem Viertel der mit doppelt ausreichend Examinierten¹⁵⁹ nicht einmal ihre Honorarabrechnung als Anwälte anfangs selber erstellen. Die „große Mehrheit der Absolventen arbeitet in einem Beruf, auf den das Studium sie gar nicht vorbereitet: als Rechtsanwalt.“¹⁶⁰, so desillusionierend lautet das Fazit in Spiegel online von Heike Friedrichsen, Mitarbeiterin bei PersonalMarkt, einer der größten Gehaltsdatenbanken in Deutschland.

Das durchschnittliche Jahreseinkommen eines Einzelanwalts liegt bei 37.000 € brutto p. a.¹⁶¹. Das Institut für Anwaltsmanagement der Soldan-Stiftung verzeichnete bei einer Befragung von 600 Anwälten im Jahr 2003 das niedrigste Einstiegsgehalt bei lediglich 20.000 € für Starter¹⁶². Der Anwaltsgerichtshof Nordrhein-Westfalen bemühte § 138 BGB und stellte fest: "Das Einstiegsgehalt von monatlich 1000 € brutto für junge Rechtsanwälte ist sittenwidrig"¹⁶³, um sich dann für einen „Mindestlohn“ von mindestens 2.300 € monatlich als angemessen nach § 26 BORA auszusprechen. Das daraus errechnete Jahresgehalt von ca. 28.000 € bestätigte der BGH 2010.¹⁶⁴ Das durchschnittliche jährliche Einstiegsgehalt eines in der Regel deutlich jüngeren Wirtschaftsjuristen liegt hingegen bei 40.000 € bis 50.000 €. ¹⁶⁵ Das Beschäftigungssystem honoriert deren Berufseinstieg signifikant besser als den von Nur-Juristen mit zwei ausreichenden Examina.

Die Zeichen der Zeit für notwendigen Wandel der herkömmlichen Juristenausbildung sind zwar teilweise erkannt worden, aber bisher nicht adäquat umgesetzt. In Abwandlung der

Anwalt für alle Fälle hält sich sein Einkommen sehr in Grenzen., Spiegel online: 06. Mai 2004, 11:45 Uhr.

¹⁵⁸ „In der Regel <können sie> niemals Richter werden“; so das ernüchternde Statement des niedersächsischen Justizministers Weber in der 20. Plenarsitzung des Landtages Niedersachsens am 21.01.1999, Stenographischer Bericht 1999, 1594, 1596 rechte Spalte oben. Schmeilzl, Was verdienen Rechtsanwälte wirklich ?, 09.03.2009, <http://www.rechthaber.com/was-verdienen-rechtsanwaelte-wirklich/> (02.01.2013) mit dem alten, jetzt noch treffenderen juristischen Kalauer: „Die Besten werden Anwalt, alle anderen auch.“.

¹⁵⁹ Siehe dazu näher voranstehende Abbildung 4.

¹⁶⁰ Friedrichsen (Fn. 157) Spiegel online: 06. Mai 2004, 11:45 Uhr.

¹⁶¹ Fn. 157.

¹⁶² Junganwälte: Starke Einkommensunterschiede beim Berufseinstieg – Untersuchung des Soldan Instituts. Essen – 26.07.2006, <http://www.soldaninstitut.de/index.php?id=pmgehaelter> (abgefragt am 02.01.2013).

¹⁶³ AnwGH Hamm Beschl. v. 02.11.2007 – 2 ZU 7/07 –, NJW 2008, 668 f.

¹⁶⁴ BGH Beschl. v 30.11.2009 – AnwZ (B) 11/08 –, NJW 2010, 1972 f. Mit empirisch begründeter Zustimmung auch Buchhorn (Fn. 47).

¹⁶⁵ Zahlen beruhen auf Individualinterviews von targroup Media- Zielgruppenmarketing in Köln <http://www.wirtschaftsrecht-studieren.com/gehalt-wirtschaftsjurist/> (abgefragt am 02.01.2013) und bestätigen auch meine eigenen, nicht repräsentativen Erhebungen. Siehe auch <http://www.wiwi-treff.de/home/lounge/read.php?ukatid=14&f=28&i=147555&t=-147555&collapse=1> (20.07.2013).

Worte des dritten Bundespräsidenten (1969 – 1974), Gustav Heinemann (1899 – 1976): „Wer nichts verändern will, wird auch das verlieren, was er bewahren möchte.“ zeigt die 20jährige Geschichte von Wirtschaftsrecht unaufdringlich, dass Änderungen herbeizuführen sind, wenn man der Kreativität ihren Lauf lässt. Dann gelingt es auch, Bewahrenswertes zu erhalten.

XII. Wirtschaftsrecht erfolgreich als diversifiziertes aliud positioniert

Die skizzierte über 20jährige Geschichte des Studienangebots Wirtschaftsrecht à la deutscher FH belegt zum einen die Tragfähigkeit dieses originären Konzepts von Anfang an und zum anderen beweisen zwei Dezennien in mit der Bologna-Reform turbulenten Zeiten und die fast bundesrepublikanische Ausbreitung¹⁶⁶ dessen Daseinsberechtigung. Private Hochschulen setzten sich auf dem neuen ökonomisch lukrativen Terrain mit Part-time-Angeboten fest. Der Export des Studienmodells nach Österreich, Georgien, in die Schweiz und die Mongolei unterstreicht den Erfolg sinnfällig.

Die international anerkannten Abschlüsse eines LL.B. und LL.M. haben zur Anerkennung und Seriosität sowie zur Eigenständigkeit und Emanzipation vom früher bewußt und politisch diminuierenden Annex „(FH)“ wie beispielsweise beim Diplom-Wirtschaftsjuristen beigetragen. Als Modell einer gelungenen innovativen arbeitsmarktagäquaten Juristenausbildung kann Wirtschaftsrecht Impulsgeber auch für eine andere rechtswissenschaftliche Ausbildung an Universitäten sein, obwohl dies kein Petitum der Konzeptionäre war.¹⁶⁷ „Juristenausbildungsreform von unten“¹⁶⁸ war wohl eher ein beiläufiges mitschwingendes Vehikel persönlicher Profilierung.

Jedenfalls hat Wirtschaftsrecht die rechtswissenschaftliche Ausbildungslandschaft wie schon die früher installierten Hochschulen für Verwaltung in unterschiedlichen Kategorien diversifiziert und sich damit als weiteres, insbesondere für Studienanfänger attraktives aliud zur traditionellen Juristenausbildung positioniert¹⁶⁹. Der methodische und überzeugende Erfolg hat möglicherweise auch die altehrwürdige Viadrina in Frankfurt an der Oder dazu gebracht, in die traditionelle Jura-Ausbildung ein LL.B.-Studium zu integrieren, so wie dies auch mit ihrem USP die private Bucerius Law School in Hamburg tat.

XIII. 22 Jahre „Wirtschaftsrecht“ in Mainz

Die Herausforderung, in einem wirtschaftswissenschaftlichen Fachbereich ein wirtschaftsjuristisches Studium spezifisch zu kreieren, durchzusetzen und zum Erfolg zu führen, kann nicht hoch genug eingeschätzt werden. Wenn es denn nach zwanzig Jahren Wirtschaftsrecht gelingt, auf eine damit errichtete zweibahnige Theorie-Praxis-Brücke zwischen Ausbildungs- und Beschäftigungssystem, ein funktionierendes Alumni-Netz und auf hohe Motivation der am Aufbau und der Fortentwicklung beteiligten Kollegen zu blicken, dann wird klar, dass es die richtige Entscheidung des spezifischen ersten deutschen Wirtschaftsjuristen-Modell von Kropshofer war, zum WS 1993/94 mit einem ursprünglich schon achtsemestrigen Diplom-

¹⁶⁶ Wirtschaftsjuristische OUTs an FHen sind die Stadtstaaten Bremen und Hamburg (als Studienorte der privaten FOM ausgeblendet) ebenso wie die Sachsen (Leipzig als Standort der privaten FOM ausgenommen) und das Saarland.

¹⁶⁷ Mit Nachweisen aus mit den Initiatoren geführten Interviews: Weyh, 15 Jahre Wirtschaftsrecht – zwischen Mogelpackung und Wissenschaft, Diplomarbeit am Fachbereich Wirtschaftsrecht der FH Schmalkalden, SS 2009, 92 – 97.

¹⁶⁸ Krimphove, Der „Diplomwirtschaftsjurist (FH)“ oder die Reform der Juristenausbildung von unten, ZRP 1996, 248 ff; zu Krimphove: Schwede ZRP 1998, 152; zu Krimphove und Hoeren (ZRP 1996, 284): Mäurer ZRP 1997, 385 f.; zu Krimphove und Schwede: Abel ZRP 1998, 331.

¹⁶⁹ So auch VG Stuttgart (Fn. 11).

Studiengang von zunächst drei Semestern Grundstudium und fünf Semestern Hauptstudium mit Praxissemester im achten Fachsemester zu starten.

Die Realisierung von Wirtschaftsrecht nach mittlerweile über zwanzig Jahren erfüllt mit Freude, dass sich intensive Vorarbeiten lohnten, vor Installation eines neu positionierten Studienangebots, nicht nur Berufsaussichten der Absolventen fokussiert, sondern auch die späteren Arbeitgeber dafür engagiert zu haben. Dem Mainzer Modell zunächst ohne Schwerpunktsetzung gereichte dabei die Einbettung in eine Business School zum Vorteil, weil es dort schon seit Jahrzehnten ein Studienangebot für Berufstätige, das so genannte BISS-Modell gab.

So gelang ein Dreifaches: Zum einen von Anfang an eine praxisorientierte und arbeitsmarktgerechte Ausrichtung¹⁷⁰ der mit dem Studium aufzubauenden Fähigkeiten der Absolventen (Wirtschaftsjuristischer Verstand von Jura + Wirtschaft Hand in Hand !). Zum anderen verbanden sich Ausbildungs- und Beschäftigungssystem in einer klassischen win-win-Situation: einerseits für die Hochschule zukunftssträchtige berufliche Perspektiven zugunsten der Studierenden zu bieten; andererseits für die späteren Arbeitgeber qualifizierte und praxisorientierte Mitarbeiter zu gewinnen und für beide an einem gemeinsamen Ausbildungserfolg zu partizipieren. Damit ist zugleich eindrucksvoller Nachweis dafür erbracht, dass es gelingen kann, aus einem Y von Recht und Ökonomie mit der Installation von Wirtschaftsrecht ein selbständiges und anerkanntes aliud in eine seit zwanzig Jahren diversifizierte rechtswissenschaftliche Ausbildungslandschaft einzupflegen.

Gratulation zum gelungenen Experiment !

Ad multos annos in persistentia !

¹⁷⁰ Huff (Fn. 110); Köppen (Fn. 110).

3.

Beschluss des Bundesgerichtshofs zum Rechtsweg einer Unterlassungsklage eines Rechtsanwalts gegen eine Hochschule wegen Verleihung eines möglicherweise irreführenden akademischen Grades „Diplom-Wirtschaftsjurist/in (FH)“

vom 05.06.1997 (I ZB 3/96)

Leitsatz

Für die Unterlassungsklage eines Rechtsanwaltes, mit der ein Verbot für die beklagte Fachhochschule erstrebt wird, den Absolventen des von ihr angebotenen Studienganges "Wirtschaftsrecht" die akademische Graduierung "Diplom-Wirtschaftsjurist/in (FH)" zu verleihen, ist der Rechtsweg zu den Verwaltungsgerichten eröffnet.

Verfahrensgang

vorgehend OLG Köln, 14. Dezember 1995, Az: 6 W 84/95

vorgehend LG Köln, 1. August 1995, Az: 31 O 122/95

Tenor

Auf die weitere sofortige Beschwerde der Beklagten wird der Beschluß des 6. Zivilsenats des Oberlandesgerichts Köln vom 14. Dezember 1995 aufgehoben.

Auf die sofortige Beschwerde der Beklagten wird der Beschluß der 31. Zivilkammer des Landgerichts Köln vom 1. August 1995 abgeändert. Es wird festgestellt, daß zur Entscheidung über das Klagebegehren die Verwaltungsgerichte zuständig sind. Der Rechtsstreit wird an das Verwaltungsgericht Lüneburg verwiesen.

Der Kläger trägt die Kosten der Beschwerdeverfahren.

Gründe

1

I. Der Kläger, ein bei dem Landgericht K. zugelassener Rechtsanwalt, nimmt die Beklagte, eine in N. ansässige Fachhochschule, als angebliche Störerin auf Unterlassung in Anspruch.

2

Die Beklagte bot erstmals zum Wintersemester 1994/95 einen acht Semester umfassenden Studiengang "Wirtschaftsrecht" an, für den sie mit Genehmigung des Ministeriums für Wirtschaft und Kultur des Landes N. eine inzwischen in Kraft getretene Diplom-Prüfungsordnung beschlossen hat. Diese sieht in § 2 unter anderem den Erwerb des Hochschulgrades "Diplom-

Wirtschaftsjurist/in (Fachhochschule)" oder "Diplom-Wirtschaftsjurist/in (FH)" nach erfolgreichem Studienabschluß vor.

3

Der Kläger hält die Führung des von der Beklagten verliehenen Berufstitels für irreführend im Sinne von § 3 UWG. Er behauptet, die Absolventen des Studienganges "Wirtschaftsrecht" würden alsbald die Zusätze "Diplom" und "(Fachhochschule)" bzw. "(FH)" weglassen und unter der Bezeichnung "Wirtschaftsjurist" auftreten. Bei den betroffenen Verkehrskreisen werde dadurch die irrige Vorstellung hervorgerufen, der Betreffende habe eine volljuristische Berufsausbildung absolviert und besitze daher die Befähigung zum Richteramt.

4

Der Kläger vertritt die Auffassung, die Beklagte wirke durch die Verleihung des Hochschulgrades "Diplom-Wirtschaftsjurist/in (FH)" an dem künftigen wettbewerbswidrigen Handeln der Absolventen des Studienganges "Wirtschaftsrecht" mit. Sie könne daher als Störerin auf Unterlassung in Anspruch genommen werden.

5

Mit seiner Klage begehrt der Kläger, die Beklagte unter Androhung näher bezeichneter Ordnungsmittel zu verurteilen, es zu unterlassen,

6

Absolventen des von ihr eingerichteten Studienganges "Wirtschaftsrecht" die akademische Graduierung "Diplom- Wirtschaftsjurist (Fachhochschule)" zu verleihen.

7

Die Beklagte hat die Zulässigkeit des Rechtsweges zu den ordentlichen Gerichten gerügt; sie hält die Verwaltungsgerichte für zuständig, weil die Verleihung des akademischen Grades "Diplom-Wirtschaftsjurist (Fachhochschule)" hoheitlich erfolge. Sie unterliege dabei nicht den Bindungen des Zivilrechts. Die Streitigkeit sei deshalb öffentlich- rechtlicher Natur.

8

Das Landgericht hat durch Beschluß den Rechtsweg zu den ordentlichen Gerichten für zulässig erachtet. Die sofortige Beschwerde der Beklagten hat das Beschwerdegericht zurückgewiesen.

9

Gegen diese Entscheidung wendet sich die Beklagte mit ihrer zugelassenen weiteren sofortigen Beschwerde, deren Zurückweisung der Kläger beantragt.

10

II. Die weitere sofortige Beschwerde hat Erfolg. Sie führt zur Aufhebung des angefochtenen Beschlusses, zur Feststellung der Zuständigkeit der Verwaltungsgerichte und zur Verweisung des Rechtsstreits an das Verwaltungsgericht Lüneburg.

11

1. Das Beschwerdegericht hat in Übereinstimmung mit dem Landgericht entschieden, daß der Rechtsstreit als bürgerlich-rechtliche Streitigkeit gemäß § 13 GVG vor die ordentlichen Gerichte gehöre. Dazu hat es ausgeführt:

12

Ausgehend von dem Begehren des Klägers und der von ihm dafür gegebenen Begründung

bestehe zwischen den Parteien ein Rechtsverhältnis, das - unabhängig von der unzweifelhaft hoheitlichen Tätigkeit der Beklagten bei der Graduierung der erfolgreichen Absolventen des Studienganges "Wirtschaftsrecht" - vom Prinzip der Gleichordnung geprägt sei. Der Kläger verfolge das Ziel, ein künftiges wettbewerbswidriges Verhalten der Absolventen des Studienganges "Wirtschaftsrecht" zu verhindern. Die Beklagte nehme er (nur) deshalb als Störerin in Anspruch, weil sie ihre Absolventen durch die Graduierung erst in die Lage versetze, sich auf die vom Kläger als wettbewerbswidrig angesehene Weise zu verhalten. Vor diesem Hintergrund komme der Frage, welcher Natur das Rechtsverhältnis zwischen dem Kläger und den einzelnen zukünftigen Absolventen des Studienganges "Wirtschaftsrecht" sei, streitentscheidende Bedeutung zu. Denn was diesbezüglich für jenes Rechtsverhältnis gelte, müsse auch für das Verhältnis zur Beklagten gelten, die neben bzw. hinter den zukünftigen Absolventen als (Mit-)Störerin gelte. Das Rechtsverhältnis zwischen dem Kläger und den zukünftigen Absolventen des Studienganges "Wirtschaftsrecht" sei indes bürgerlich-rechtlicher Natur. Demzufolge handele es sich bei dem vorliegenden Verfahren auch um eine bürgerlich-rechtliche Streitigkeit. Der Umstand, daß der von dem Kläger als Störung angesehene Beitrag der Beklagten im Verhältnis zu den einzelnen Absolventen einen Hoheitsakt darstelle, führe nicht dazu, daß die ihrer Natur nach privatrechtliche Auseinandersetzung zu einer öffentlich-rechtlichen Streitigkeit werde.

13

Der Streitfall unterscheide sich von den bisher entschiedenen Fällen zwar dadurch, daß die Beklagte nicht selbst und im eigenen wirtschaftlichen Interesse am Wettbewerb teilnehme. Dieser Umstand rechtfertige jedoch keine andere Beurteilung, weil die Beklagte nach Darstellung des Klägers durch ihr Verhalten in ein zukünftiges privatrechtliches Wettbewerbsverhältnis eingreife bzw. dessen Entstehung erst ermögliche.

14

Es komme hinzu, daß durch die Eröffnung des Rechtsweges zu den ordentlichen Gerichten eine Befassung der sachnäheren Gerichte mit dem Fall erreicht werde.

15

2. Diese Beurteilung hält der rechtlichen Nachprüfung nicht stand. Bei dem von dem Kläger verfolgten Unterlassungsbegehren handelt es sich nicht um eine bürgerlich-rechtliche Streitigkeit, für die nach § 13 GVG der Rechtsweg zu den ordentlichen Gerichten eröffnet ist.

16

Die Beurteilung, ob eine Streitigkeit öffentlich- oder bürgerlich-rechtlich ist, richtet sich, wenn - wie hier - eine ausdrückliche Rechtswegzuweisung des Gesetzgebers fehlt, nach der Natur des Rechtsverhältnisses, aus dem der Klageanspruch hergeleitet wird. Maßgeblich für die Abgrenzung ist die wahre Natur des Anspruchs, wie er sich nach dem Sachvortrag des Klägers darstellt, nicht dagegen der Umstand, daß sich der Kläger auf eine zivilrechtliche oder öffentlich-rechtliche Anspruchsgrundlage beruft (vgl. GmS-OGB BGHZ 97, 312, 313 f. - Orthopädische Hilfsmittel; 102, 280, 283 - Rollstühle; 108, 284, 286 - Öffentlich-rechtliche Krankenkassen; BGHZ 119, 93, 95 - Selbstzahler; 130, 13, 14 - Remailing I; BGH, Beschl. v. 16.11.1995 - I ZB 14/95, NJWE-WettbR 1996, 25, 26). Danach stellt der Streitfall eine öffentlich-rechtliche Streitigkeit dar.

17

a) Für eine öffentlich-rechtliche Streitigkeit spricht vorliegend bereits der Umstand, daß der Kläger von der beklagten Fachhochschule die Unterlassung eines hoheitlichen Verhaltens beansprucht.

18

aa) Daß die Beklagte bei der Verleihung eines Fachhochschulgrades hoheitlich tätig wird, stellt der Kläger mit Recht nicht in Abrede. Die Beklagte (Fachbereich Wirtschaftsrecht) hat auf der Grundlage des § 105 Abs. 4 des Niedersächsischen Hochschulgesetzes (NdsHochschG) für den Studiengang "Wirtschaftsrecht" eine Diplom-Prüfungsordnung beschlossen, die der N. Minister für Wissenschaft und Kultur genehmigt hat (Bek. v. 9.9.1994, NdsMBI 1994, 1416). In § 2 dieser Prüfungsordnung ist - entsprechend der Regelung in § 22 Abs. 1 NdsHochschG - bestimmt, daß die Hochschule nach bestandener Diplom-Prüfung den Hochschulgrad "Diplom-Wirtschaftsjurist/in (FH)" verleiht. In der Verleihung eines solchen Grades liegt ein begünstigender Verwaltungsakt.

19

bb) Allerdings entspricht es der vom Beschwerdegericht angeführten Rechtsprechung des Bundesgerichtshofes und des Gemeinsamen Senats der Obersten Gerichtshöfe des Bundes, daß ein behördliches Verhalten, das sich im Verhältnis zu den Benutzern der jeweiligen Einrichtung als (schlicht-)hoheitlich darstellt, im Verhältnis zu einem Dritten, mit dem die fragliche öffentliche Einrichtung in einem nicht durch öffentlich-rechtliche Bestimmungen geprägten Wettbewerbsverhältnis steht, insoweit eine nach bürgerlichem Recht zu beurteilende unerlaubte Handlung darstellen kann (BGHZ -GSZ- 66, 229, 237 - Studentenversicherung; 67, 81, 89 - Auto-Analyzer; BGHZ 82, 375, 383 - Brillen-Selbstabgabestellen; GmS-OGB BGHZ 102, 280, 285 f. - Rollstühle; BGHZ 121, 126, 130 - Vermessungsingenieur). Dies hat der Bundesgerichtshof etwa für den Fall entschieden, daß eine Krankenkasse der gesetzlichen Krankenversicherung, die im Verhältnis zu ihren Versicherungsnehmern öffentlich-rechtlich tätig wird, in Wettbewerb zu den Angeboten privater Krankenversicherungen tritt (BGHZ -GSZ- 66, 229, 233 f. - Studentenversicherung; anders für das Verhältnis von Krankenkassen i.S. von § 4 Abs. 1 SGB V untereinander GmS-OGB BGHZ 108, 284, 287). Der Gemeinsame Senat hat einen Fall entsprechend beurteilt, in dem eine Krankenkasse orthopädische Hilfsmittel an ihre Versicherungsnehmer abgegeben hatte und dabei in Wettbewerb zu den privaten Anbietern derartiger Hilfsmittel getreten war (GmS-OGB BGHZ 102, 280, 285 f. - Rollstühle). Das Verhalten, um dessen Beurteilung es in derartigen Fällen geht, zeichnet sich durch eine Doppelnatur aus: Die Krankenkassen i.S. von § 4 Abs. 1 SGB V sind sowohl im Falle der Werbung neuer Versicherungsnehmer als auch bei der Abgabe von Sachleistungen gegenüber den (potentiellen) Versicherungsnehmern schlicht-hoheitlich tätig, während sich die Beziehung zu den durch das Verhalten beeinträchtigten privaten Wettbewerbern allein nach wettbewerbsrechtlichen und damit bürgerlich-rechtlichen Maßstäben richten kann.

20

Diese Rechtsprechung, auf die der Kläger sich beruft, hat damit dem Umstand Rechnung getragen, daß den Trägern der gesetzlichen Krankenversicherung die ihnen übertragenen hoheitlichen Befugnisse nicht gegenüber jedermann, sondern nur gegenüber einem beschränkten Personenkreis, in erster Linie gegenüber ihren Mitgliedern, zustehen, so daß dieselbe Tätigkeit, die sich gegenüber den Versicherten als ein schlicht-hoheitliches Handeln darstellt, gegenüber privaten Mitbewerbern wettbewerbsrechtliche Auswirkungen zeitigt. Die Krankenkassen können sich bei der Werbung um neue Mitglieder oder bei der Selbstabgabe von Krankenhilfsmitteln nur im Verhältnis zu ihren Mitgliedern auf das ihnen eingeräumte bzw. auferlegte öffentlich-rechtliche Sonderrecht stützen; dagegen stehen ihnen für die Gestaltung des Wettbewerbs mit den privaten Anbietern von Versicherungsleistungen hoheitliche Mittel nicht zu Gebote (GmS-OGB BGHZ 108, 284, 286).

21

cc) Diese Erwägungen lassen sich entgegen der vom Kläger vertretenen Auffassung nicht auf den Streitfall übertragen. Zum einen steht die beklagte Fachhochschule nicht in einem Wett-

bewerb zu privaten Anbietern, die vergleichbare Leistungen anbieten, so daß von einer Doppelnatur des fraglichen Verwaltungshandelns nicht die Rede sein kann. Zum anderen - und dies ist letztlich entscheidend - ist die in Rede stehende hoheitliche Befugnis der beklagten Fachhochschule nicht auf das Verhältnis zu den Absolventen der von ihr durchgeführten Abschlußprüfungen beschränkt. Vielmehr verleiht die Satzung der Beklagten die auch gegenüber Dritten wirkende Berechtigung, die Berufsbezeichnung zur Führung im Rechtsverkehr zu verleihen. Wird ein Dritter, wie es der Kläger für sich in Anspruch nimmt, durch die Führung eines von der Beklagten verliehenen Titels in seinen Rechten beeinträchtigt - etwa weil der verliehene Titel zu seinem Nachteil eine Täuschung im Rechtsverkehr zu bewirken droht -, so liegt darin eine allein nach öffentlichem Recht zu beurteilende Auswirkung hoheitlichen und letztlich auch gesetzgeberischen Handelns.

22

b) Allein eine solche Einordnung als öffentlich-rechtlich wird dem Klagebegehren gerecht. Der Kläger stützt seinen Antrag, die Beklagte möge es unterlassen, den akademischen Grad "Diplom- Wirtschaftsjurist/in (FH)" zu verleihen, nicht allein auf die Gefahr einer Täuschung, die mit der Führung des Titels "Wirtschaftsjurist/in (FH)" durch einen Nichtjuristen verbunden ist. Vielmehr richten sich seine Angriffe vor allem gegen die Diplom-Prüfungsordnung, die die Verleihung des umstrittenen Grades vorsieht. Sie stehe mit § 22 Abs. 1 NdsHochschG nicht in Einklang; die auf der Grundlage dieser Bestimmung verliehenen Hochschulgrade, so macht der Kläger geltend, müßten einen ausreichenden Abstand zu anderen Examens- und Berufsbezeichnungen wahren. Da die Juristenausbildung im Niedersächsischen Gesetz zur Ausbildung der Juristinnen und Juristen geregelt sei, dürfe für den von der Beklagten angebotenen Fachhochschulabschluß kein Grad verliehen werden, der den Begriff "Jurist" einschließe. Damit wird deutlich, daß das Anliegen des Klägers jedenfalls auch auf die Überprüfung der Gültigkeit einer Satzung, also einer im Rang unter dem Landesgesetz stehenden Rechtsvorschrift gerichtet ist (vgl. § 47 VwGO).

23

III. Die Entscheidung über die Kosten beruht auf § 91 ZPO.

Beschluss des Oberlandesgericht Köln zum Rechtsweg einer Unterlassungsklage eines Rechtsanwalts gegen eine Hochschule wegen Verleihung eines möglicherweise irreführenden akademischen Grades „Diplom-Wirtschaftsjurist/in (FH)“

vom 14.12.1995 (6 W 84/95)

Nichtamtlicher Leitsatz

Für die Unterlassungsklage eines Rechtsanwaltes, mit der ein Verbot für die beklagte Fachhochschule erstrebt wird, den Absolventen des von ihr angebotenen Studienganges "Wirtschaftsrecht" die akademische Graduierung "Diplom-Wirtschaftsjurist/in (FH)" zu verleihen, ist der ordentliche Rechtsweg eröffnet.

Verfahrensgang

vorgehend LG Köln, 1. August 1995, Az: 31 O 122/95

Tenor:

1.) Die sofortige Beschwerde der Beklagten gegen den Beschluß des Landgerichts Köln - 31 O 122/95 - vom 1.8.1995, durch den der ordentliche Rechtsweg für zulässig erklärt worden ist, wird zurückgewiesen.

2.) Die Kosten des Beschwerdeverfahrens hat die Beklagte zu tragen.

3.) Die weitere Beschwerde zum Bundesgerichtshof wird zugelassen.

1

Gründe

2

I.

3

Der Kläger ist ein bei dem LG K. zugelassener Rechtsanwalt. Die Beklagte ist eine in N. ansässige Fachhochschule.

4

Im Jahre 1994 beschloß die Beklagte eine nach Genehmigung und Veröffentlichung inzwischen in Kraft getretene Diplom-Püfungsordnung für den von ihr angebotenen Studiengang "Wirtschafts-recht". Absolventen dieses Studienganges von 8 Semestern Dauer, in dem die Beklagte zum Wintersemester 1994/1995 den Lehrbetrieb aufgenommen hat, sollen mit des-

sen erfolgreichem Abschluß den akademischen Grad "Diplom-Wirtschaftsjurist [-in] (Fachhochschule)" erwerben, der nach § 2 S.3 der Prüfungsordnung auch in der kürzeren Form "Diplom-Wirtschaftsjurist [-in] (FH)" geführt werden kann.

5

Der Kläger beanstandet die vorgesehene Verleihung dieses Titels als irreführend im Sinne des § 3 UWG. Er behauptet, die Absolventen des neuen Studienganges würden alsbald die Zusätze "Diplom-" und "(Fachhochschule)" bzw. "(FH)" weglassen und unter der Bezeichnung "Wirtschaftsjurist" auftreten. Hierdurch werde indes aus bestimmten von dem Kläger näher dargelegten Gründen bei den betroffenen Verkehrskreisen die irrige Vorstellung hervorgerufen, der Betreffende sei Volljurist mit der Befähigung zum Richteramt. Diese Fehlvorstellung werde im übrigen auch ohne eine derartige Verkürzung schon durch den Wortbestandteil "Jurist" in dem Titel bewirkt. Der Kläger vertritt die Auffassung, bezüglich dieses wettbewerbswidrigen Handelns der zukünftigen Absolventen des neuen Studienganges sei durch die Verleihung des Titels auch die Klägerin Störerin.

6

Er hat b e a n t r a g t,

7

die Beklagte unter Androhung bestimmter Ordnungsmittel zu verurteilen, es zu unterlassen,

8

Absolventen des von ihr eingerichteten Studienganges "Wirtschaftsrecht" die akademische Graduierung "Diplom-Wirtschaftsjurist (Fachhochschule)" zu verleihen.

9

Die Beklagte hat b e a n t r a g t,

10

die Klage abzuweisen.

11

Sie stellt einen Verstoß gegen § 3 UWG in Abrede und behauptet, der Begriff "Jurist" stelle einen Oberbegriff für zahlreiche berufliche Tätigkeiten im Bereich des Rechts dar und sei daher nicht geeignet, die behauptete Irreführung hervorzurufen.

12

Im übrigen vertritt sie die Auffassung, daß für den vorliegenden Rechtsstreit der Zivilrechtsweg nicht eröffnet sei, weil es sich um eine öffentlich-rechtliche Streitigkeit handele.

13

Das L a n d g e r i c h t hat durch Beschluß vom 1.8.1995 gemäß § 17 a Abs.3 GVG vorab entschieden, daß der Rechtsweg zu den ordentlichen Gerichten zulässig sei, weil die Natur des betroffenen Rechtsverhältnisses zwischen den Parteien privatrechtlich sei.

14

Gegen diese Entscheidung richtet sich die sofortige Beschwerde der Beklagten, die diese im wesentlichen wie folgt begründet:

15

Auf die Natur des Klageanspruches dürfe im vorliegenden Einzelfall deswegen nicht abgestellt werden, weil der Anspruch offensichtlich unbegründet sei. Dies ergebe sich daraus, daß sie die akademischen Grade durch Hoheitsakt verleihe und dabei den Bindungen des Zivilrechtes nicht unterliege. Sie sei als öffentlich-rechtliche Körperschaft Hoheitsträgerin und werde deswegen grundsätzlich und auch bei der Verleihung akademischer Grade hoheitlich tätig. Es sei zwar anerkannt, daß auch Hoheitsträger in bestimmten Bereichen ausnahmsweise privatrechtlich tätig würden, es liege indes keine der insoweit anerkannten Fallkonstellationen vor. Die Bejahung des ordentlichen Rechtsweges stelle einen Eingriff in ihre Satzungsautonomie und damit in die grundgesetzlich normierte Gesetzgebungskompetenz dar.

16

Die Beklagte b e a n t r a g t,

17

unter Abänderung des Beschlusses des Landgerichts K. vom 1.8.1995 den Rechtsweg zu den ordentlichen Gerichten für unzulässig zu erklären.

18

Der Kläger b e a n t r a g t,

19

die sofortige Beschwerde zurückzuweisen.

20

Er wiederholt und vertieft sein erstinstanzliches Vorbringen zur Frage der Zulässigkeit des Rechtsweges und tritt der angefochtenen Entscheidung bei.

21

Wegen der weiteren Einzelheiten des Sachvortrages wird auf die gewechselten Schriftsätze nebst Anlagen und den Wortlaut der angefochtenen Entscheidung Bezug genommen.

22

II.

23

Die gemäß § 17 a Abs.4 S.3 GVG statthafte sofortige Beschwerde ist zulässig, hat aber in der Sache keinen Erfolg.

24

Der von dem Kläger beschrittene Rechtsweg zu den ordentlichen Gerichten ist aus den bereits ausführlich von dem Landgericht dargelegten Gründen, auf die zur Vermeidung von Wiederholungen zunächst in entsprechender Anwendung des § 543 Abs.2 ZPO Bezug genommen wird, zulässig.

25

Das Beschwerdeverfahren gibt lediglich zu folgenden ergänzenden Ausführungen Anlaß:

26

Es entspricht - ausgehend von der Entscheidung des großen Senats für Zivilsachen des Bundesgerichtshofes vom 22.3.1976 (GRUR 76,658 - "Studentenversicherung"), auf die wegen der Begründung Bezug genommen wird und von der abzuweichen kein Anlaß besteht - gefestigter höchstrichterlicher Rechtsprechung, daß dieselbe Handlung im Verhältnis zu den unter-

schiedlichen Betroffenen einerseits öffentlich-rechtlicher und andererseits privatrechtlicher Natur sein kann (vgl. die Nachweise bei Baumbach/Hefermehl, Wettbewerbsrecht, 18. Aufl., § 1 UWG RZ 919 f). Ein derartiger Fall ist - wie bereits das Landgericht ausgeführt hat (S.8 der Beschlussausfertigung) - auch hier gegeben.

27

Der Große Senat des Bundesgerichtshofes hat in seiner weiteren grundlegenden Entscheidung ebenfalls vom 22.3.1976 (GRUR 77,51 - "Auto-Analyzer"), der eine Klage der Betreiberin einer medizinischen Anlage zur Untersuchung von Blut gegen eine kassenärztliche Vereinigung und eine Landesärztekammer zugrundegelegt hatte, in Fortsetzung der bisherigen obergerichtlichen Rechtsprechung folgendes ausgeführt: Für die Frage der Zulässigkeit des ordentlichen Rechtsweges sei maßgeblich, ob sich das Klagebegehren nach der ihm gegebenen tatsächlichen Begründung als Folge eines Sachverhaltes darstelle, der nach bürgerlichem Recht zu beurteilen sei. Sofern diese Frage zu bejahen sei, weil zwischen den Parteien ein Rechtsverhältnis bestehe, das von dem Prinzip der Gleichordnung geprägt sei, sei der ordentliche Rechtsweg auch dann gegeben, wenn das beanstandete Verhalten der Beklagten im Verhältnis zu ihren Mitgliedern hoheitlicher Art sei (a.a.O., S.52). Hinsichtlich des Rechtsverhältnisses zum privaten Unternehmen gehe es - anders als bei einer etwaigen Klage eines Mitgliedes der Beklagten gegen deren Vorgehen - nicht darum, ob der Träger öffentlicher Verwaltung in rechtswidriger Weise hoheitlich tätig geworden sei, sondern um die Entscheidung darüber, ob die öffentliche Verwaltung die vom Privatrecht gezogenen Grenzen eingehalten habe, die sie beachten müsse, wenn und soweit sie am allgemeinen Rechts- und Wirtschaftsverkehr teilnehme (a.a.O., S.53).

28

Die Anwendung dieser Grundsätze, an denen der Bundesgerichtshof in ständiger Rechtsprechung festgehalten hat (vgl. die Nachweise z.B. bei Teplitzky, Wettbewerbsrechtliche Ansprüche Band 2, 6. Auflage, Kap. 45 RZ 1 FN 5 und Zöller-Gummer, ZPO, 19. Auflage, § 13 GVG RZ 25) und auf die die Beklagte in ihrer Beschwerdebegründung nur beiläufig eingegangen ist, führt zur Bestätigung der angegriffenen Entscheidung:

29

Der ordentliche Rechtsweg ist deswegen eröffnet, weil ausgehend von dem Begehren des Klägers und der für dieses Begehren von ihm gegebenen Begründung zwischen den Parteien ein Rechtsverhältnis besteht, das - unabhängig von der unzweifelhaft hoheitlichen Tätigkeit der Beklagten bei der Graduierung der erfolgreichen Absolventen ihres Studienganges "Wirtschaftsrecht" - aus den nachfolgenden Gründen vom Prinzip der Gleichordnung geprägt ist.

30

Ziel des Klägers ist es, ein wettbewerbswidriges Verhalten der zukünftigen Absolventen zu verhindern, das nach seiner Auffassung darin liegt, daß diese den ihnen verliehenen Titel - sei es unverändert, sei es in der Kurzfassung "Wirtschaftsjurist" - führen werden. Die Beklagte nimmt der Kläger (nur) deswegen als Störerin in Anspruch, weil sie durch die Graduierung ihre Absolventen erst in die Lage versetzt, sich auf die beschriebene, von dem Kläger als wettbewerbswidrig angesehene Weise zu verhalten. Vor diesem Hintergrund kommt der Frage maßgebliche Bedeutung zu, welcher Natur das Rechtsverhältnis zwischen dem Kläger und den einzelnen zukünftigen Absolventen des Studienganges "Wirtschaftsrecht" ist. Denn was diesbezüglich für jenes Rechtsverhältnis gilt, muß auch für das Verhältnis zur Beklagten als neben bzw. hinter den zukünftigen Absolventen stehende (Mit-)Störerin gelten.

31

Das Rechtsverhältnis zwischen dem Kläger und den zukünftigen Absolventen des Studienganges "Wirtschaftsrecht" ist indes bürgerlich-rechtlicher Natur. Der Absolvent, der nach

seiner Graduierung durch die Beklagte als "Diplom-Wirtschaftsjurist (Fachhochschule [oder: FH])" im Rechtsverkehr auftritt, tritt dem Kläger auf gleichgeordneter rechtlicher Ebene, nämlich als Wettbewerber im Dienstleistungsbereich der rechtsberatenden Berufe, gegenüber. Die Tatsache, daß seine dem zugrundeliegende Graduierung einen hoheitlichen Rechtsakt darstellt, macht die potentielle Auseinandersetzung mit dem Kläger nicht zu einer öffentlich-rechtlichen Streitigkeit im Sinne des § 40 VWGO. Denn sie ändert nichts daran, daß ein Verhältnis der Über- und Unterordnung zwischen dem zukünftigen Absolventen des neuen Studienganges "Wirtschaftsrecht" und dem Kläger ersichtlich nicht bestehen wird (vgl. zu dieser Fallkonstellation auch HdB. WettbewerbsR/Seibt § 64 RZ 2 m.w.N.).

32

Diese Feststellung bedeutet nicht etwa, daß bei der materiellen Prüfung der Begründetheit einer zukünftigen Unterlassungsklage des Klägers gegen einen jener Absolventen der Tatsache, daß dessen Graduierung auf öffentlich-rechtlicher Grundlage beruht, keine Bedeutung zukäme. Vielmehr haben die zuständigen ordentlichen Gerichte gemäß § 17 Abs.2 S.1 GVG, wonach der Rechtsstreit von dem Gericht des zulässigen Rechtsweges unter allen in Betracht kommenden rechtlichen Gesichtspunkten zu entscheiden ist, diesen Umstand zu beachten und - worauf in anderem Zusammenhang ebenfalls bereits das Landgericht abgestellt hat - dementsprechend alle einschlägigen Normen anzuwenden, auch soweit diese öffentlich-rechtlicher Natur sind. Zu einer öffentlich-rechtlichen Streitigkeit wird eine derartige zukünftige Auseinandersetzung zwischen dem Kläger und Absolventen der Beklagten deswegen mit Blick auf das offenkundig bestehende Gleichordnungsverhältnis zwischen beiden gleichwohl nicht.

33

Das gilt erst recht für die nach der Behauptung des Klägers zu erwartende mißbräuchliche Benutzung des Titels durch die zukünftigen Absolventen des Studienganges "Wirtschaftsrecht". Sollten diese tatsächlich entgegen § 2 der angegriffenen Diplomprüfungsordnung eine dort nicht vorgesehene Kurzfassung, etwa "Wirtschaftsjurist", als Bezeichnung verwenden, so wird umso deutlicher, daß dieses nach Auffassung des Klägers wettbewerbswidrige Verhalten nicht allein wegen der ihm zugrundeliegenden hoheitlich erfolgenden Graduierung zur öffentlich-rechtlichen Streitigkeit wird.

34

Ausgehend hiervon kann es keinem Zweifel unterliegen, daß auch im vorliegenden Verfahren eine bürgerlich-rechtliche Streitigkeit besteht, für die gemäß § 13 GVG der ordentliche Rechtsweg eröffnet ist. Die Störereigenschaft der Beklagten und damit deren Passivlegitimation begründet der Kläger nämlich allein damit, daß diese durch die Graduierung die von den einzelnen Absolventen zu erwartende Störung erst ermögliche. Der Kläger stützt sich damit gerade auf einen Sachverhalt, der aus den soeben dargelegten Gründen nach bürgerlichem Recht zu beurteilen ist. Allein der Umstand, daß der Beitrag, den die Beklagte nach dem Vorbringen des Klägers bei dieser Störung leistet, im Verhältnis zu den einzelnen Absolventen einen Hoheitsakt darstellt, führt nicht dazu, daß die ihrer Natur nach privatrechtliche Auseinandersetzung zu einer öffentlich-rechtlichen Streitigkeit wird.

35

Vielmehr ist für das Verfahren wegen des trotz dieses Umstandes bürgerlich-rechtlichen Charakters der Streitigkeit gemäß § 13 GVG der Rechtsweg zu den ordentlichen Gerichten eröffnet, die indes gemäß § 17 Abs.2 GVG uneingeschränkt befugt und im Rahmen des Erforderlichen auch verpflichtet sind, wegen des hoheitlichen Charakters der Graduierung der Absolventen auch Normen und sonstige Rechtssätze öffentlich-rechtlicher Art zur Anwendung zu bringen.

36

Der Senat hat in diesem Zusammenhang nicht zu entscheiden, ob die Beklagte tatsächlich (Mit-)Störerin ist. Im Rahmen der vorliegenden Auseinandersetzung über die Zulässigkeit des beschrifteten Rechtsweges ist vielmehr von dem Vorbringen des Klägers auszugehen. Aus diesem Grunde hat der Senat auch nicht etwa zu untersuchen, ob die Verwendung des Titels - sei es in seinen von der Diplomprüfungsordnung vorgesehenen Fassungen, sei es in einer etwaigen, § 2 der Diplomprüfungsordnung widersprechenden Kurzfassung, etwa als "Wirtschaftsjurist" - wirklich wettbewerbswidrig ist. Dies folgt allerdings nicht schon daraus, daß der Kläger sich auf eine privatrechtliche Norm stützt, indem er zur Klagebegründung § 3 UWG anführt. Maßgeblich ist vielmehr allein die wahre Natur des geltendgemachten Anspruches (BGH a.a.O., S.53), deren Voraussetzungen daher für die Prüfung des Rechtsweges als gegeben anzusehen sind. Unterstellt man indes die Wettbewerbswidrigkeit der Verwendung des Titels und die diesbezügliche Störereigenschaft der Beklagten, die im übrigen gegebenenfalls wegen des weiten Störerbegriffs im Wettbewerbsrecht (vgl. Teplitzky, a.a.O., Kap.14, RZ 2 ff, insb. 7 ff m.w.N.) naheliegt, so ist aus den vorstehenden Gründen der Zivilrechtsweg eröffnet.

37

Die Beklagte nimmt allerdings nicht selbst und im eigenen wirtschaftlichen Interesse am Wettbewerb teil. Hierdurch unterscheidet sich der vorliegende Fall - soweit ersichtlich - von den Konstellationen, die der bislang veröffentlichten Rechtssprechung zugrundelagen (vgl. dazu näher die Darstellung bei GroßKomm/Jacobs vor § 13 D RZ 26 ff). Gleichwohl handelt es sich um eine privatrechtliche Streitigkeit, zu deren Erledigung gemäß § 13 GVG die ordentlichen Gerichte berufen sind.

38

Der BGH hat in seiner eingangs erwähnten grundlegenden Entscheidung vom 22.3.1976 (GRUR 76,658,660 - Studentenversicherung") im Zusammenhang mit der Feststellung, daß dieselbe Handlung je nach der Beziehung, in der sie Wirkungen äußere, einmal als hoheitlich und zum anderen als privatrechtlich zu qualifizieren sein könne, ausgeführt, daß eine privatrechtliche Qualifizierung dann geboten sei, wenn die öffentliche Hand zu privaten Mitbewerbern in einem echten Wettbewerbsverhältnis stehe, beide sich also als Anbieter auf dem Boden der Gleichordnung gegenüberstünden. Die privatrechtliche Qualifizierung ist indes aus den dargestellten Gründen auch dann geboten, wenn ein unmittelbares Wettbewerbsverhältnis zwischen dem Träger hoheitlicher Befugnisse und dem Betroffenen auch nach dessen eigener Darstellung zwar nicht besteht, jener aber durch sein Verhalten in ein zukünftiges privatrechtliches Wettbewerbsverhältnis eingreift bzw. dessen Entstehen sogar erst ermöglicht, wie die Beklagte dies nach dem zugrundezulegenden Vortrag des Klägers durch die Verleihung des angegriffenen Titels aufgrund der Diplomprüfungsordnung tun wird. Die öffentliche Hand unterliegt nach der ausdrücklichen Formulierung des BGH (a.a.O.) im Falle einer wirtschaftlichen Betätigung den Schranken des allgemeinen Wettbewerbsrechts unabhängig davon, ob die Leistungsbeziehungen zu ihren Abnehmern, Mitgliedern oder Benutzern privatrechtlich oder öffentlich-rechtlich gestaltet sind. Dies gilt aus den oben im einzelnen dargelegten Gründen auch dann, wenn die öffentliche Hand sich nicht unmittelbar selbst wirtschaftlich betätigt, sondern die Personen, zu denen sie in einem öffentlich-rechtlichen Verhältnis steht, in ihrer Position im Wirtschafts- und Rechtsleben stärkt, wie dies die Beklagte durch die Verleihung von Titeln an ihre Absolventen zu tun beabsichtigt.

39

Gebieten schon die vorstehenden Gesichtspunkte die Qualifizierung der Streitigkeit als eine solche privatrechtlicher Art, für die gemäß § 13 GVG der Rechtsweg zu den ordentlichen Gerichten eröffnet ist, so kommt hinzu, daß auf diese Weise eine Befassung der sachnäheren Gerichte mit dem Fall erreicht wird, worauf der BGH ebenfalls in ständiger Rechtsprechung

abstellt (vgl. a.a.O. GRUR 77,51,53 - "Autoanalyzer" und die Nachweise bei Zöller-Gummer, a.a.O. RZ 21). Sachnäher sind die Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit deswegen, weil der Sachverhalt - und zwar unabhängig von der Frage der Zulässigkeit des Rechtsweges - entscheidend von der Materie des Wettbewerbsrechts geprägt wird.

40

Vor dem Hintergrund der vorstehenden Darlegungen erübrigt sich schließlich ein näheres Eingehen auf die Beschwerdebegründung. Dieser liegt - was jedenfalls für den weit überwiegenden Teil der Ausführungen der Beklagten gilt, in der diese den öffentlich-rechtlichen Charakter der durch sie zukünftig erfolgenden Verleihung akademischer Grade begründet - die aus den vorstehenden Gründen unzutreffende Auffassung zugrunde, daß ihr Handeln nur einheitlich entweder nach Privatrecht oder nach öffentlichem Recht zu beurteilen sei. Es kann - wie oben geschehen - ohne weiteres unterstellt werden, daß die Beklagte bei der Verleihung akademischer Grade gegenüber ihren Absolventen hoheitlich handelt. Dies bedeutet jedoch entgegen der auf Seite 3 der Beschwerdebegründung hervorgehobenen Auffassung der Beklagten gerade nicht, daß diese nur den Bindungen des öffentlichen Rechts und nicht auch denjenigen des UWG unterworfen wäre.

41

Die Kostenentscheidung folgt aus § 97 Abs.1 ZPO.

42

Die Zulassung der weiteren Beschwerde gegen den vorliegenden Beschluß beruht auf § 17 a Abs.4 S.4 f GVG, 567 Abs.4 S.2 ZPO.

43

Die Entscheidung hat deswegen grundsätzliche Bedeutung, weil - soweit ersichtlich - höchst-richterlich noch nicht über die Frage der Zulässigkeit des Rechtsweges in dem hier vorliegenden Fall entschieden worden ist, in dem ein Träger hoheitlicher Gewalt zwar nicht unmittelbar selbst und in eigenem wirtschaftlichen Interesse, wohl aber durch Förderung einzelner Personen am Wettbewerb teilnimmt, zu denen er in einem öffentlich-rechtlichen Verhältnis steht.

44

Die Einlegung der durch diese Zulassung ermöglichten weiteren Beschwerde führt allerdings zu einer weiteren Verzögerung einer Entscheidung in der Sache, die - insbesondere mit Blick auf die betroffenen Studenten - nicht im Interesse der Beklagten liegen kann. Dies kann jedoch nicht dazu führen, die weitere Beschwerde trotz Vorliegens der gesetzlichen Voraussetzungen nicht zuzulassen. Die Beklagte hat es im übrigen in der Hand, die mit dem Verfahren der weiteren Beschwerde zum Bundesgerichtshof notwendigerweise verbundene Verzögerung durch einen Verzicht auf die Einlegung des Rechtsmittels abzuwenden.

45

Beschwerdewert: 70.000 DM.

46

Der Beschwerdewert entspricht dem Streitwert in der Hauptsache, weil die Frage beschieden wird, ob der in der Hauptsache geltendgemachte Anspruch vor den ordentlichen Gerichten verfolgt werden kann, und daher der gesamte Klageanspruch auch im Beschwerdeverfahren im Streit ist (vgl. OLG Köln OLGR 93, 140 f; Schneider, Streitwertkommentar, 10.Auflage, RZ 1250 mit Hinweis auf RGZ 40,416). Der von Zöller-Gummer (a.a.O., § 17 a GVG RZ 20) geteilten Auffassung des OLG Karlsruhe, das für einen Fall der Abgrenzung zwischen der ordentlichen Gerichtsbarkeit und der Arbeitsgerichtsbarkeit mit Rücksicht auf die Vorschrift des § 12 a ArbGG die geschätzten Anwaltskosten im Hauptsacheverfahren zugrundegelegt

hat, vermag der Senat daher nicht zu folgen.

47

Der Streitwert der Hauptsache beträgt entsprechend der Angabe des Klägers 70.000 DM. Es entspricht gefestigter Rechtsprechung auch des erkennenden Senats, daß für den Streitwert das Interesse der klagenden Partei maßgebend ist (vgl. z.B. Baumbach/ Hefermehl a.a.O., Einl.UWG RZ 510, Teplitzky a.a.O. Kap.49, RZ 5 ff, jew. m.w.N.). Bei der Bewertung des Interesses der klagenden Partei kommt deren Angabe zu Beginn des Verfahrens maßgebliche indizielle Bedeutung zu, zumal in jenem Verfahrensstadium der Ausgang des Verfahrens noch offen ist.

48

Anhaltspunkte dafür, daß das Interesse des Klägers objektiv tatsächlich höher als von ihm angegeben sein könnte, bestehen nicht. Zweifelhaft könnte im Gegenteil allenfalls sein, ob der Wert nicht sogar niedriger ist, weil der Kläger in seiner Replik vom 9.6.1995 die Angabe des Wertes von 70.000 DM ausdrücklich u.a. mit dem Motiv begründet hat, die Revisionssumme von 60.000 DM zu überschreiten. Angesichts der Tatsache, daß der Kläger erklärtermaßen nicht nur seine eigenen, sondern auch Standesinteressen wahrnimmt, sieht der Senat indes für die Festsetzung eines niedrigeren Wertes als 70.000 DM keinen Anlaß. Demgegenüber ist auf die Folgen, die eine etwa zu ihrem Nachteil ergehende Entscheidung für die Beklagte haben könnte, nicht abzustellen, so daß es auf sich beruhen kann, ob diese Folgen tatsächlich - wie die Beklagte in der Klageerwiderung vorgetragen hat - mit 1.000.000,00 DM zu bewerten wären.

5.

Das wirtschaftsrechtliche Studienangebot im Spiegel des Wissenschaftsratsgutachten 2012: „Perspektiven der Rechtswissenschaft in Deutschland“

von Prof. em. Dr. Klaus W. Slapnicar,

Gliederung:

- I. Vortrag vom 08.11.2013 auf der Tagung der WHV in Essen:
20 Jahre wirtschaftsrechtliche Ausbildung an Fachhochschulen
- Rückblick und Zukunftsperspektiven
 1. Analytischer Rückblick auf die wirtschaftsrechtliche Ausbildung an deutschen Fachhochschulen
 - 1.1 Drei Quellen speisen das Studienangebot Wirtschaftsrecht
 - 1.2 Drei Ereignisse als Auslöser für Wirtschaftsrecht
 - 1.3 Drei Zielprojektionen für Wirtschaftsjuristen
 - 1.4 Drei externe Erfolgsgründe für das Studienangebot
 - 1.5 Drei interne Erfolgsvoraussetzungen
 - 1.6 Drei Siege auf dem Weg zum Erfolg
 2. Aktuelle Zustandsbeschreibung des Studienangebots Wirtschaftsrecht an Fachhochschulen in Deutschland
 - 2.1 Drei Modelle für Studienangebote Wirtschaftsrecht
 - 2.2 Drei Vorzüge von Wirtschaftsjuristen für das Beschäftigungssystem
 3. Aktuelle Bewertung des Jura-Studiums an Universitäten in Deutschland
 - 3.1 Vier Gründe gescheiterter klassischer Juristenausbildung
 - 3.2 Drei Optimierungsmöglichkeiten für traditionelle Jura-Ausbildung
 4. Perspektiven der Rechtswissenschaft in Deutschland
 - 4.1 Drei Empfehlungen für das traditionelle Jura-Studium
 - 4.2 Aktueller Ritterschlag für innovatives Wirtschaftsrechts-Studium
 - 4.3 Empfehlungen für Wirtschaftsrecht an den Fachhochschulen
- II. Fazit: Drei rechtspolitische Forderungen

I. Vortrag vom 08.11.2013 auf der Tagung der WHV in Essen: 20 Jahre wirtschaftsrechtliche Ausbildung an Fachhochschulen - Rückblick und Zukunftsperspektiven

Verehrte Kolleginnen, geehrte Kollegen,

das Vortragsthema „20 Jahre wirtschaftsrechtliche Ausbildung an Fachhochschulen“ möchte ich nutzen, Ihnen das die rechtswissenschaftliche Ausbildungslandschaft bereichernde Studienangebot an dem Gutachten des Wissenschaftsrats „Perspektiven der Rechtswissenschaft in Deutschland“ vom 09.11.2012 zu spiegeln. Ich beginne zunächst mit einem kurzen Rückblick, setze mit einer kritischen Gegenwartsbeschreibung fort und möchte schließlich mit Zukunftsperspektiven enden.

1. Analytischer Rückblick auf die wirtschaftsrechtliche Ausbildung an deutschen Fachhochschulen

1.1 Drei Quellen speisten das Studienangebot Wirtschaftsrecht

Roland Schmidt (* 1941) hat uns über eine der drei Quellen bereits berichtet, nämlich die Ursprünge seiner Konzeption in Lüneburg, mit dem Start zum WS 1994/95 als bundesrepublikanisches Modellprojekt. Sie speiste infolge der Unterstützung durch das niedersächsische Wissenschaftsministerium einen Diplom-Studiengang Wirtschaftsrecht in einem eigenen Fachbereich mit einem gleichgewichtigen Grund- und Hauptstudium von jeweils 4 Semestern.

Es gibt aber eine ältere Quelle, die uns heute zusammenführt, nämlich der Start in Mainz zum WS 1993/94 nicht als Modellprojekt, sondern pragmatisch von Birger Kropshofer (* 1951) entworfen. Es basierte auf seinen intensiven Erfahrungen als forensisch tätiger Anwalt, der am bislang teuersten Prozess in der deutschen Rechtsgeschichte beteiligt hat, nämlich beim Prozess um das Kernkraftwerk in Mülheim-Kärlich. Nur wegen eines ministerpräsidentialen Impulses, das AKW wegen befürchteter geologischer Friktionen um 70 Meter zu verschieben, erfolgte die Errichtung ohne entsprechende Genehmigung und führte 1988 zu einem dauerhaften Baustopp sowie dementsprechenden Schadensersatzansprüchen der RWE gegen Rheinland-Pfalz. In der Sache handelte es sich um ein Diplomstudiengang Wirtschaftsrecht mit der Relation 3 : 5 Semester im Grund- und Hauptstudium.

Die dritte Quelle sprudelte in Frankfurt am Main. Dort war ein Start zum WS 1995/96 geplant. Eine Reihe von jüngeren Kollegen aus dem Fachbereich Wirtschaft der Frankfurter Fachhochschule konzipierte von Anfang an ein berufsbegleitendes Studium. Das ging leider nicht an den Start aus unterschiedlichen Gründen, die heute hier keine Rolle mehr spielen. Es war ebenfalls ein Modell 3 : 5.

Die nachfolgende Übersicht mit den Namen der Produktentwickler

Mainz: Start WS 1993/94: Kropshofer

- **3 : 5 ohne Praxis-Semester, kein Schwerpunkt (SP) + Diplom-Semester (D-S)**

Lüneburg: Start WS 1994/95: Schmidt

- **4 : 4 mit Praxis-Semester, 2 SP + D-S**

(Frankfurt am Main: geplanter Start WS 1995/96: Slapnicar)

- **3 : 5 *berufsbegleitend* ohne PraxS, 3 SP + D-S**

Schmalkalden: Start WS 1996/97: Slapnicar

- **3 : 5 mit Praxis-Semester, 4 SP + D-S**

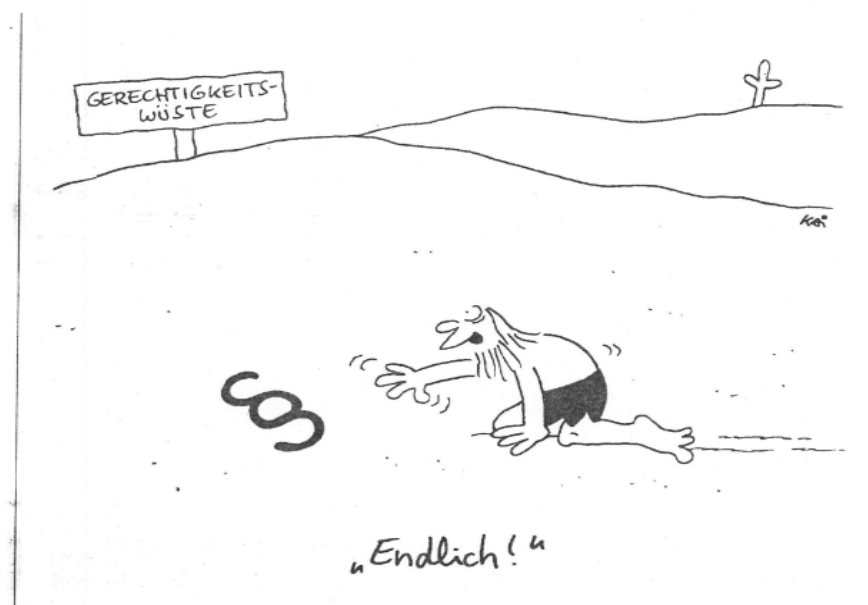
betrifft zunächst die FH Mainz: 3 : 5 ohne Praxissemester und ohne Schwerpunkte, aber mit einem Diplomsemester. Lüneburg hatte von Anfang an ein gleichgewichtiges Modell: 4 : 4 mit zwei Schwerpunkten und einem Diplomsemester. Das Studiendesign in Frankfurt basierte auf einem 3 : 5-Modell wie in Mainz und war berufsbegleitend aufgelegt. Es wurde so nie realisiert, aber durch meine Person nach Schmalkalden transferiert und entwickelte sich dort grundständig damals schon zu Diplomzeiten zum gängigen Modell von 3 : 5. Lüneburg versuchte mit seinem doppelten Vierermodell weitere Überzeugte und Nachahmer zu finden, was allerdings sich dann à la longue nicht realisierte.

Vor exakt 20 Jahren startete das wirtschaftsrechtliche Studium erstmals in Deutschland. Holger Heinbuch (* 1954) hat dies ähnlich apostrophiert wie heute Roland Schmidt: als ein hartes Ringen um eine anwendungsbezogene Juristenausbildung (von frustrierten Volljuristen), als den dritten Weg, der ungeliebten Hilfsfunktion der juristischen Kolleginnen und Kollegen, die in BWL-Fachbereichen als nützliche Heloten gebraucht wurden, zu entkommen, aber eben nicht an den Formalkriterien der herkömmlichen Juristenausbildung zu scheitern; das waren ganz wichtige Gesichtspunkte. Und, was Herr Schmidt in seinem Statement unerwähnt ließ, ist die anerkennende Würdigung durch Rupert Huth (* 1934), langjährigem Rektor in Pforzheim, auf der dritten Tagung unserer Vereinigung in Recklinghausen, dass Wirtschaftsrecht damit zur Sternstunde der Fachhochschulausbildung geworden sei.

1.2 Drei Ereignisse als Auslöser für Wirtschaftsrecht

Sie müssen sich bitte daran erinnern, dass in den 1990er Jahren circa 70 % der Deutschen zum Ingenieur Ausgebildeten und 50 % der BWLer aus den Fachhochschulen kamen. Mit Wirtschaftsrecht wurde im Grunde genommen ein neues Territorium entdeckt, das auch heute noch weitgehend entwicklungsfähig ist. Begünstigt wurde dies durch drei Ereignisse, die als Auslöser der innovativen anwendungsbezogenen Juristenausbildung eine Rolle spielten.

Zum einen betraf das die Rechtssättigung aller Lebensbereiche. Ich will dazu nur eine Karikatur kurz einblenden.



In der Gerechtigkeitswüste ist man froh, wenn man einen Paragraphen findet¹. Irgendwann werden Abiturienten zum mündlichen Examen in Begleitung ihrer Anwälte kommen, die dann sagen: „Herr Oberstudiendirektor, die Frage war diskriminierend, die Sie gestellt haben. Sie haben die Chance, sie noch einmal korrekt zu wiederholen.“

Zurück zum Stichwort der Rechtsättigung: Wenn Sie daran denken, dass selbst darüber diskutiert wurde, ob dem Bundespräsidenten überhaupt ein Begnadigungsrecht zustehe oder ob dies nicht erst kodifiziert werden müsse für Täter aus den wilden 1970er-Zeiten, dann wissen Sie, welches Ausmaß Rechtsättigung erreicht hat.

Zum anderen existierte ein Diversifizierungsgebot des Wissenschaftsrates für die Fachhochschulen. Lüneburg besonders, aber auch die beiden anderen Hochschulen in Mainz und Frankfurt am Main griffen dessen Empfehlung aus den 1990er Jahren auf und realisierten es mit Wirtschaftsrecht. Herr Schmidt hat die Verdienste der damaligen Wissenschaftsministerin in Niedersachsen, Helga Schuchhardt (* 1939), dabei ausdrücklich hervorgehoben, die sich als Technikerin und Absolventin einer Fachhochschule gegenüber den bedenkenträgerischen Volljuristen in der Ministerialbürokratie durchsetzte.

Der dritte Grund derer, die sich verbunden sahen, Wirtschaftsrecht an Fachhochschulen als Ausbruch aus dem bisherigen Ghetto der Fachhochschuldominanz in ingenieur- und betriebswirtschaftlichen Studiengängen zu wagen, war der Versuch, in die Juristenausbildung die damals zwar erst 20 – 25 Jahre alten, aber schon bewährten Profile der Fachhochschule zu implementieren: nämlich Praxis- und Wirtschaftsorientierung sowie Effektivität durch Exemplarität, nicht alle pathologischen Fälle zu kennen, um sie abrufbar reproduzieren zu müssen. Hinzu trat und tritt Interdisziplinarität, was insbesondere in den Schwerpunkten verwirklicht ist. Diesbezüglich bin ich ganz stolz darauf, dass es in Schmalkalden beispielsweise gelang, einen Juristen und eine BWLERin im Schwerpunkt: „Personal, Arbeits- und Sozialrecht“ in gemeinsamer Tätigkeit zusammen zu führen: Axel Kokemoor (* 1965) und Uta Neumann (* 1965). Sie lebten vor, was Interdisziplinarität konkret bedeutet. Am Regionalbezug ihrer Schwerpunkte müssen die Fachhochschulen im Übrigen noch ein Stück arbeiten. Hinzu tritt der seminaristische Unterrichtsstil, der uns sehr viele Vorteile verschaffte. Er ist auch der Garant dafür, dass sich in der tradierten Juristenausbildung nichts ändern wird. Eine dementsprechende, adäquate Reform zu verwirklichen, bedeutete wenigstens eine Verdoppelung, realistisch eine Verdreifachung der Professorenstellen an den juristischen Fakultäten. Die jetzigen Zahlen in Relation von über 107.000 Jura-Studierenden zu 964 ihrer Professoren an den Jura-Fakultäten bedeutet eine Quote von 110 : 1. Dass das ineffektiv ist, erklärt sich von selbst. Entsprechende finanzielle Investitionen in die personelle Aufstockung der Fakultäten und Fachbereiche sind angesichts der bekannten wirtschaftlichen Verhältnisse eher als aussichtslos zu qualifizieren.

Mit der Kreation von Wirtschaftsrecht haben wir zudem die in der 1997 gehaltenen Berliner Bildungsrede artikulierten Anforderungsprofile des damaligen Bundespräsidenten Roman Herzog (* 1934) an das Bildungssystem des 21. Jahrhunderts realisiert. Außerdem ist dabei zugleich gelungen, Reputationsdeterminanten europäischer Wirtschaftshochschulen zu verwirklichen. Wenn Sie sich angucken, was die meist Privaten Hochschulen auf ihre Banner schreiben, dann wurde und ist das in einer Art und Weise durch Wirtschaftsrecht umgesetzt, dass wir nicht darüber staunen müssen, dass der Erfolg in dieser vehementen Art eingetreten ist. Ein beherzenswertes Zitat in diesem Zusammenhang und zugleich Reminiszenz an den in Essen als Oberbürgermeister in der Nachkriegszeit amtierenden späteren Bundespräsidenten

¹ FAZ Nr. 43/2002 vom 20.02.2002, S. 26.

Gustav Heinemann (1899 – 1976) mag als Verbeugung vor der Tagungsstadt Essen dienen: „Wer nichts verändern will, wird auch das verlieren, was er bewahren möchte.“²

Diese Feststellung gilt in besonderem Maße für die Jura-Fakultäten der Universitäten. Dabei handelt es sich um eine nicht mehr zukunftsfähige gescheiterte Ausbildung. Selbst wenn wir sie alle durchwandert haben, so haben gestrige und auch heute morgen geführte Gespräche mich darin bestätigt, dass das derzeitige universitäre juristische Studienmodell nicht nur eine suboptimale, sondern eine subsuboptimale Ausbildung ist. In der Form, wie es im Augenblick realisiert und praktiziert wird, ist es weder dauerhaft tragfähig noch zukunftsgewandt.

1.3 Drei Zielprojektionen für Wirtschaftsjuristen

Drei Zielprojektionen für den Wirtschaftsjuristen waren damals maßgeblich und sind es auch heute umsomehr. Erstens, und das haben wir, glaube ich, unter Beweis gestellt, und darauf können wir auch stolz sein: Wirtschaftsrecht ist ein gleichwertiges aliud zum Nur-Juristen³. Sie kennen alle die Definition des Anwartschaftsrecht: „als wesensgleiches Minus zum Volleigentum.“⁴ Wirtschaftsrecht ist **kein** solches wesensgleiches Minus. Es ist etwas durchaus Anderes. Zudem ist es etwas Zukunftsträchtiges, was uns gelang. Der Wirtschaftsjurist ist Gestaltungsjurist, nicht Dezisionsjurist. Nicht das Entweder-Oder, wie wir es alle gelehrt bekamen, sondern das Sowohl-als-Auch steht im Vordergrund unserer und seiner Ausbildung.⁵ Wir versuchen die uns anvertrauten jungen Menschen darauf zu programmieren, dass sie so gut sind, um Probleme vorauszuahnen, und dann prophylaktisch mithelfen, um Streit in Zukunft zu vermeiden. Nicht der sich ob seiner anerkannten Entscheidungen im Sessel ausruhende Richter in der Karikatur von Reinhold Löffler (* 1941) ist unsere Modellvision für den Wirtschaftsjuristen.



² Zitiert nach Casdorff, Es tut sich was am rechten Rand, Der Tagesspiegel vom 16.06.2014 13:44 h.

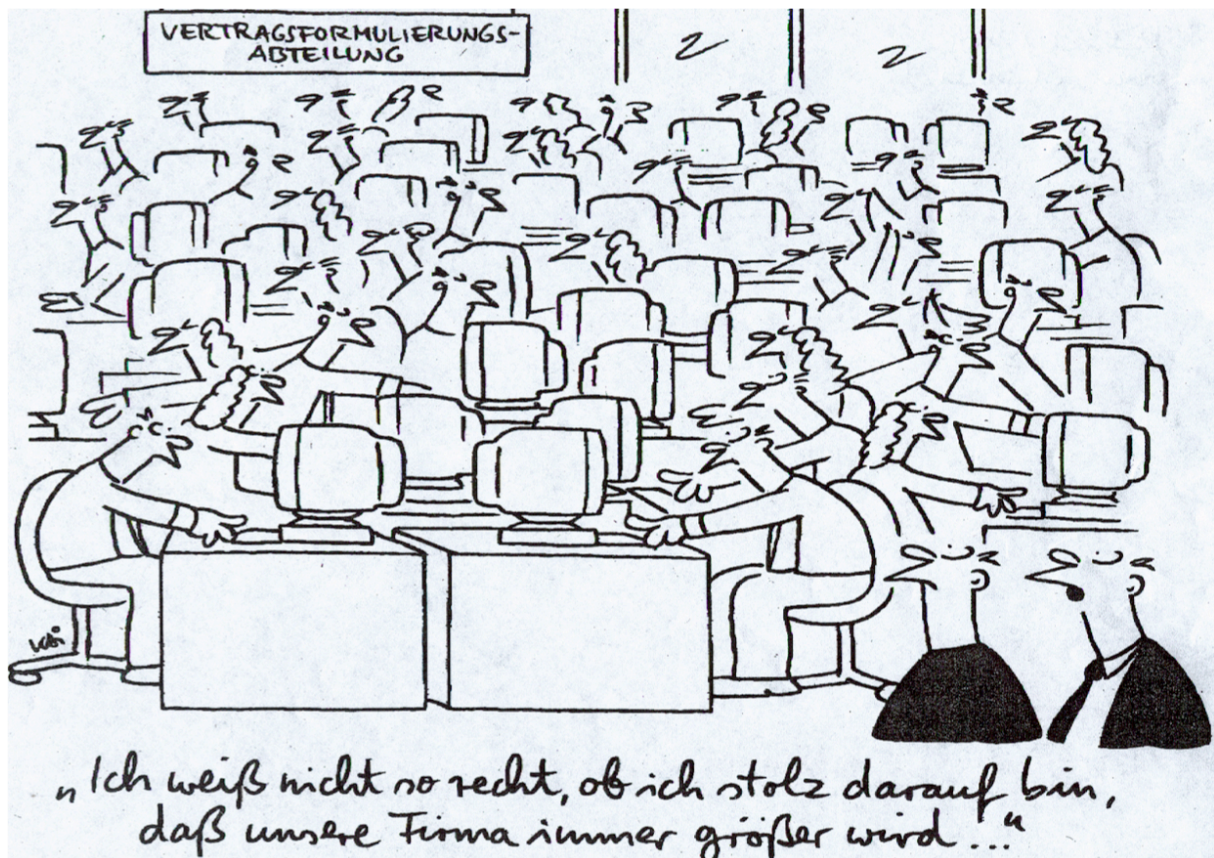
³ So neuestens auch VG Stuttgart (Urt. v. 18.09.2013 - 12 K 4134/12) zitiert nach juris Rdnrn. 17, 19.

⁴ Näher dazu Staudinger/Schiemann, Eckpfeiler des Zivilrechts, 2005, Das Rechtsgeschäft, 37, 72 unter Hinweis auf diese Begriffsprägung durch Schwister, Anm. zu RG, Urt. v. 04.04.1933 <RGZ 140, 223 ff.>, JW 1933, 1762; übernommen von BHGZ 20, 88,93 ff; 28, 16, 2; 83, 295, 399; 117, 200: „Aber die Anwartschaft auf das Eigentum ist im Verhältnis zu diesem gar kein neues Sachenrecht, ist kein aliud, sondern höchstens ein wesensgleiches minus.“

⁵ Vgl. dazu neuestens Bundespräsident Joachim Gauck in seiner Leipziger Rede vom 09.10.2014 zu „25 Jahre friedliche Revolution in Deutschland“: „Wir haben uns zu fragen, ob wir genügend tun, um den Wert eines Systems zu erläutern, das auf dem Recht beruht. Und das nicht das „Entweder-Oder“ kennt und den Sieg des Stärkeren, sondern das oft so schwierige „Sowohl – als auch“, das also unterschiedlichen Interessen Rechnung trägt.“

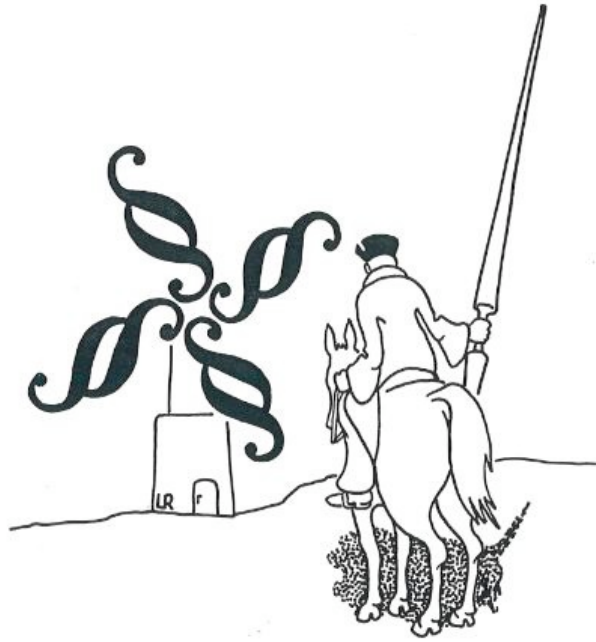
Dies mag eher für die Jura-Fakultäten mit dem Ziel der Befähigung zum Richteramt zutreffen. Zu gestalten ist, was im Vordergrund steht und damit gelten „Wirtschaftsjuristen als Praktiker mit so viel Theorie, wie nötig“. Woraus sich zugleich zwanglos der Unterschied zur Universität ergibt. Dort gibt es „Theoretiker mit so wenig Praxis wie möglich“. Dort unterrichten auch Kolleginnen und Kollegen, die selbst außer Ihrer Tätigkeit als wissenschaftliche Mitarbeiter nie in der Praxis waren. Das Referendariat ist keine echte Praxiserfahrung für Juristen, die später zu fast 70 % nur Rechtsanwälte werden können. Maximal ist es ein exemplarischer Ausschnitt von unterschiedlichen juristischen Einsatzmöglichkeiten; wobei man insbesondere als Richter oder Staatsanwalt froh ist, wenn Referendare so wenig wie möglich irgendwas nachfragen.

An Fachhochschulen bilden wir Praktiker durch Praktiker mit so viel Theorie wie nötig, nicht wie möglich aus. Das ist ein entscheidender Unterschied zur universitären Juristenausbildung. Bei der Rechtsgestaltung und bei Beherrschung von Denkstrukturen beider Lager, nämlich der Juristen und der Ökonomen, kann es natürlich bei den Vertragsformulierungswerkstätten in großen Unternehmen auch mal dazu führen, - wie die Karikatur versinnbildlicht, - dass man nicht mehr so recht, darauf stolz sein kann, dass die Firma personell immer größer wird⁶.

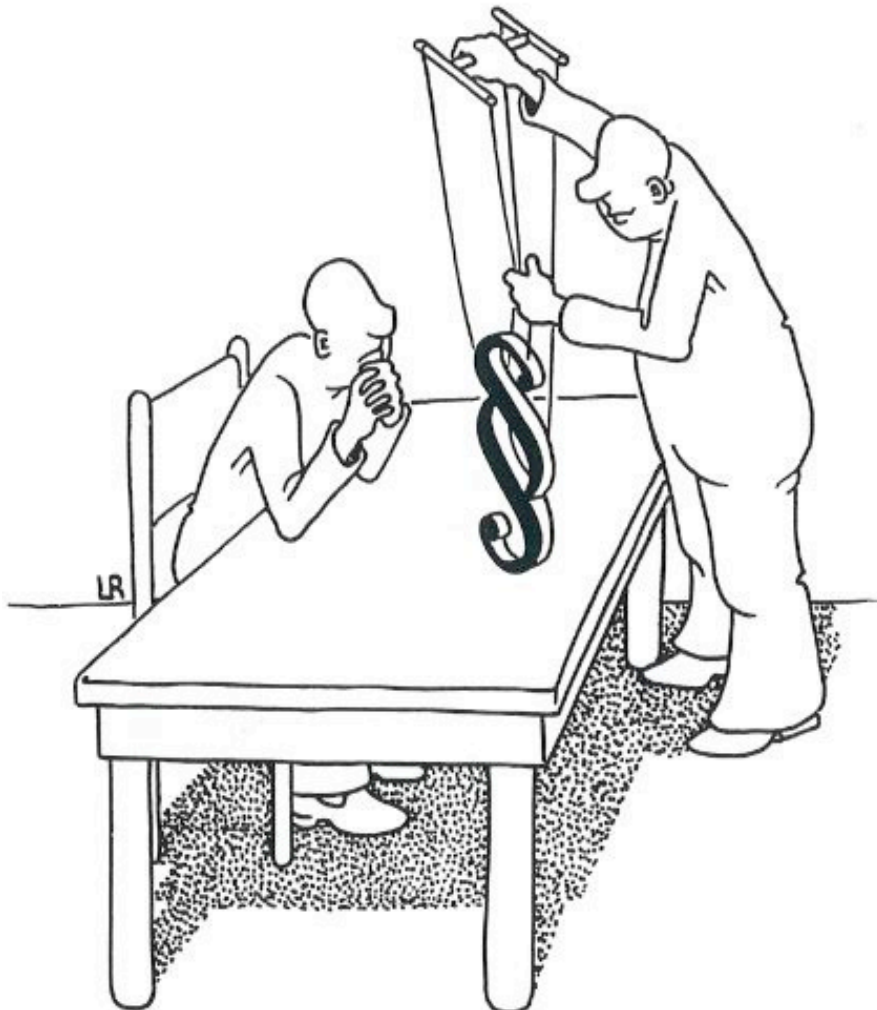


Eine solche Fehlentwicklung ist allerdings bei den von uns Ausgebildeten kaum möglich. Unser Ideal steht im Gegensatz zu dem von Löffler entworfenen juristischen Don Quichote, der sich gegen Windmühlenflügel von Paragraphen verkämpft.

⁶ FAZ Nr. 26/2001 vom 31.01.2001, S. 37.



Unser Modell ähnelt eher der ebenfalls von Löffler dokumentierten Aussagekraft des Fäden an einer Paragraphen-Marionette Ziehenden.



Was wir versuchen zu verfolgen, ist, dass unsere Absolventen Denkstrukturen von Juristen und Ökonomen verbinden können. Als Wirtschaftsjuristen müssen sie sowohl die Sprache der Juristen als auch die der BWLer beherrschen und mit beiden erfolgreich kommunizieren können.

1.4 Drei externe Erfolgsgründe für das Studienangebot

Warum wir von Anfang an mit dem Studienangebot Wirtschaftsrecht erfolgreich waren, liegt einfach daran, dass wir vor der Konzeption des Studienganges - entweder aus erlebten Erfahrungen, wie sie uns Roland Schmidt vermittelt hat, oder aus Erlebnissen wie Kropshofer in Mainz oder wie wir es in Frankfurt unternahmen, erst einmal durch systematische Pretests und Pre-Evaluationen die Wirtschaft zu fragen: „Was wollt ihr denn mit dem wirtschaftsjuristischen Studienangebot für Kompetenzen entwickelt haben?“ Das hat beispielsweise in Wiesbaden, wozu ich mich ja mit dem präsentierten Logo der Hochschule RheinMain bekenne, weil ich bereits dort seit mehreren Jahren nach meiner Emeritierung Lehrbeauftragter in der Wiesbaden Business School bin, dazu geführt, dass man sich auf ein ganz spezifisches Segment, nämlich das Steuerrecht, konzentriert hat. Auch hierzu gab es hinreichende Vorerkundungen im Beschäftigungssystem mit der Frage: „Was erwartet ihr als akademischen Out-Put, damit es einen nahtlosen Übergang vom Ausbildungs- in das Beschäftigungssystem geben kann?“ Bernd Richter (* 1953) ist dies in Wiesbaden in hervorragender Weise gelungen.

Wirtschaftsrecht war die Neumodellierung eines Studienangebots anlassbezogen und zweckgebunden. Aus den Pretests wussten wir, wohin es zu laufen hat. Diese Informationen hat man bei Gestaltung der Curricula mit einbezogen und, - was ein ganz entscheidender Vorteil ist, - wir alle verfügen über unterschiedliche Praxishintergründe in mehr- oder minder größeren Zeitabläufen aus eigener erlebter Berufspraxis oder aus Nebentätigkeiten, die noch zum Teil aufrechterhalten werden. Wir können damit den jungen Menschen mehr auf den Weg mitgeben, als nur aus einer wissenschaftlichen Mitarbeitertätigkeit. Dass diese wissenschaftsorientierte Erfahrung bei uns teilweise auch vorhanden ist, - wenn ich an meine eigene Vita denke, - schadet ja nicht, ist aber für eine Berufung an eine praxisorientierte Hochschule eben ganz eindeutig nicht hinreichend. Es müssen andere berufliche Expertisen als Anwalt, als Richter oder bestenfalls gerade auch als Unternehmensjurist/in hinzutreten. Erst dann und dadurch sind wir in der Lage, das, was typischerweise den Wirtschaftsjuristen kennzeichnet, umzusetzen, nämlich „Wirtschaftsrecht ist Salz und Pfeffer aus einem Streuer“.

ZEIT CHANCEN

Donnerstag, 08.04.1999

Zu Hause
in zwei
Welten

Wirtschaftsjuristen sind gefragte
Doppelstrategen / VON MARTIN SPIEWAK



Zeichnung: Tor Rühmowitz

Es ist ein wunderbares Gemisch, zu Hause zu sein in zwei Welten, die Kommunikationsstrukturen dieser beiden Welten zu beherrschen und über die eigene Funktion später im Beruflichen voranzuschreiten als Mediator im besten Sinne des Wortes, zwischen Ökonomen und Juristen mit miteinander kommunikablen Strukturen zu vermitteln.

1.5 Drei interne Erfolgsvoraussetzungen

Die internen Erfolgsvoraussetzungen, die dieses Studium kennzeichnen, waren von Anfang an, dass wir eine interdisziplinäre Mischqualifikation versucht haben herauszukristallisieren trotz unterschiedlicher Modelle.

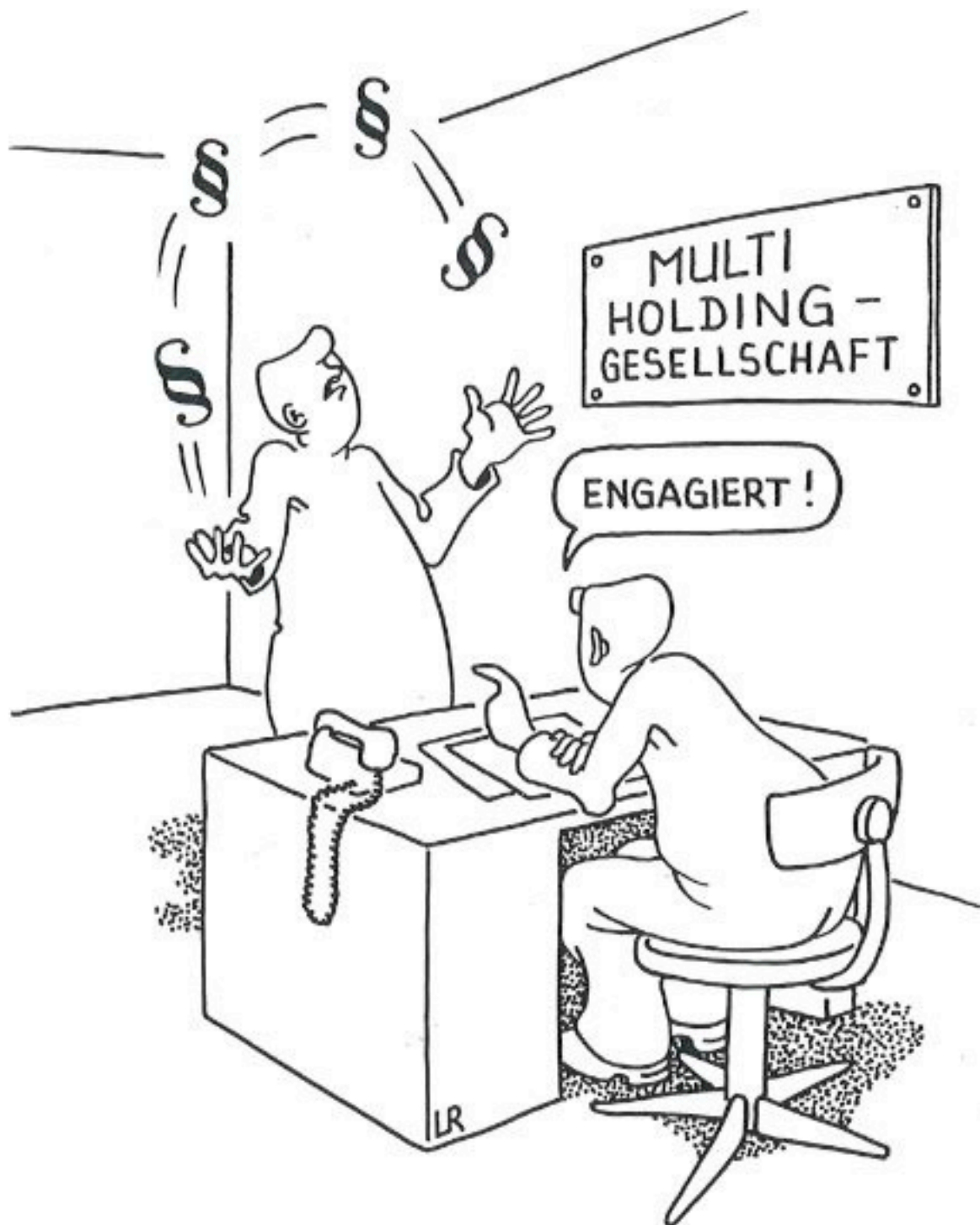
In der Anfangsphase des Diplom-Studiengangs mit Grund- und Hauptstudium, insbesondere mit asymmetrisch abschmelzenden ökonomischen Vorlesungen, VWL und BWL in ihren Grundlagen nur zu Beginn, später dann ausgedünnt. Auf jeden Fall stand fest, damit Wirtschaftsjuristen zu qualifizieren, wie es die Kennzeichen unserer WHV-Vereinigung fordern: 50 : 30 : 20 im Verhältnis Recht, Ökonomie und Schlüsselqualifikationen mit jeweils überziehenden 5 %.

Was ein weiteres Charakteristikum ist, dass Just-in-Time-Wissen vermittelt wird und nicht Vorratswissen. Unsere Absolventen müssen nicht den letzten BGH-Fall kennen und auch nicht die pathologischsten Ausformungen von irgendwelchen dogmatischen Entwicklungen des Bereicherungsausgleichs im Dreieck, sondern unsere Aufgabe besteht darin, müssen wir vermitteln. Damit wird im besten Sinne des Wortes ein gesundes Halbwissen produziert; nicht ein vollständiges allumfassendes. Selbst das schafft nicht einmal mehr die juristische Erziehung an der Universität. Sie erinnern sich sicherlich an das 16. Hauptgutachten der Monopolkommission. In Jura wird zwar 100 % Recht studiert, aber nicht 100 % der Rechtsordnung. Und das ist der große Mangel. Mittlerweile 21 Fachanwaltsbezeichnungen, die postgradual an Akademien erworben werden müssen, zeigen, dass die klassische Jura-Ausbildung im Grunde genommen für die Praxis weitgehend gescheitert ist.

Schließlich kommt es auf Prophylaxe statt Dezision an, das habe ich vorhin schon erwähnt. Also werden deswegen Inhalte praxisorientiert gelernt oder gelehrt, insbesondere mit Schlüsselqualifikationen, die heute, das Entscheidende darstellen. Wenn sich Absolventen bewerben, ist es viel wichtiger, was unter dem im Lebenslauf so abschätzig erwähnten „Sonstiges“ - das ist das Entscheidende - erwähnt wird. Wenn ich einen Stapel von Bewerbungen vor mir habe, könnte ich entweder nach Braunäugigen oder nach Schwarzhaarigen sortieren. Aber ich schaue sehr interessiert nach verzeichneten und dokumentierten Schlüsselqualifikationen. Was bringen die Leute mit an „Sonstigem“, was sie dadurch, dass sie es mit „Sonstiges“ bezeichnen, selbst ein Stück abwerten und damit ihre zusätzlichen persönlichen Fähigkeiten unter den Scheffel stellen.

Schließlich ist unser Profil kunden- und serviceorientiert sowie innovativ, wenn wir das erreichen, was Löffler in der umseitigen Karikatur mit dem Paragraphen Jonglierenden in einer Multi-Holding-Gesellschaft prägnant zusammengefasst hat.

Dann haben wir, glaube ich, einen wichtigen Effekt in der Ausbildung der Wirtschaftsjuristen erreicht und einen wahren step ahead gemacht.



1.6 Drei Siege auf dem Weg zum Erfolg

Drei Siege markieren den Weg von Wirtschaftsrecht zum Erfolg.

Den ersten hat damals die Fachhochschule Nordost-Niedersachsen erfochten. Ein Kölner Anwalt klagte 1995 gegen die Fachhochschule in Lüneburg wegen wettbewerbswidriger Verleihung des akademischen Titels „Diplom-Wirtschaftsjurist“. Landgericht und Oberlandesgericht Köln sahen zum einen den Zivilrechtsweg dafür als gegeben und verurteilten die Hochschule auf Unterlassung. Hierbei zwischen einem Anwalt und einer Körperschaft öffentlichen Rechts ein Wettbewerbsverhältnis zu bejahen, zeigt schon, wie weit Wettbewerbsrecht in der traditionellen juristischen Ausbildung in der Praxis Scheinfrüchte tragen kann. Der BGH verwies die Angelegenheit an die Verwaltungsgerichtsbarkeit. Und prompt zog der klagende

Rechtsanwalt, nachdem der BGH die Klage an das Verwaltungsgericht nach Lüneburg abgegeben hatte, die Klage auch zurück. Damit war Köln gefallen.

Was auf uns unverhofft wie Manna nächtens vom Himmel herabfiel, waren die durch den Bologna-Prozess phantastischen, leider in der Schweiz nicht anzuwendenden Abschlussbezeichnungen: LL.B. und LL.M. Wenn Sie schauen, wer sich bei den universitären Kollegen, damit individualisierend dokumentiert, dass er in Harvard oder irgendwo anders einen LL.M.- oder ein LL.B.-Abschluss gemacht hat, dann ist das wirklich ein Geschenk des Bologna-Prozesses an die Fachhochschulen. Trotz unterschiedlichster und vielfältiger Angebote unserer rechtlichen Ausrichtungen des Studienangebots haben wir dadurch eine tolle, nach außen überzeugend und eingängig zu kommunizierende sowie marktrelevante Abschlussbezeichnung, die sich von allen anderen Bachelors entweder „of Arts“ oder „of Science“ unterscheidet. Das frühere Frankfurter und Wismarer Transitstadium: „Diplom-Rechtswirt“, ist heutzutage wohl eher eine Zusatzqualifikation für Rechtsanwaltsfach- und Notariatsangestellte. Auch die anderen dekretierten Abschlüsse „Rechtsökonom/in“ in Pforzheim, Wirtschaftsrechtler/in“ in Recklinghausen oder der heute wohl schon eher maliziös zu bezeichnende „Diplom-Betriebswirt/in“ anfänglich in Mainz und an der früheren FHTW in Berlin-Karls- horst sind zwischenzeitlich Historie.

Roland Schmidt hat es heute schon hervorgehoben: den letzten und aktuellsten Ritterschlag und dritten Sieg hat uns das neue Wissenschaftsratsgutachten aus dem Jahre 2012 über die Situation der Rechtswissenschaft in Deutschland vermittelt.

Reinhard Mußnug (* 1935), damals Ordinarius in Heidelberg, antwortete auf die Frage des Deutschen Hochschulverbandes (DHV), worüber er zu Tränen lachen könne, „über die Spaßvögel, die glauben, Juristen an Fachhochschulen ausbilden zu können“. Heute würde er wahrscheinlich beschämt sein über seine polemische Attacke von damals. Aber seine Mußnugiade war nur ein Beispiel unsachlicher Kritik, die ja allenthalben entbrannte. Vergleicht man Mußnugs Aussage mit dem, was seiner Ansicht nach zu den Eigenschaften eines guten Hochschullehrers gehöre, dann ist dies „Mut zu Neuem“ und „beharrlich <sein> in dem, was sich bewährt hat, einen ungetrübten Blick, wann es auf das Eine, wann es auf das Andere ankommt.“, dann versteht man sein damaliges Versagen intensiver. Aber auch über ihn ist die Geschichte hinweggegangen und die zur wirtschaftsjuristischen Karawane gewachsene Formation weiter gezogen und vorangeschritten.

Hein Kötz (*1935) artikuliert schon 1993 pointiert, was heute nach mittlerweile 20 Jahren immer noch aktuell ist: „Wenn jemand ein Produkt auf den Markt bringt, das den Anforderungen seiner Kundschaft nicht mehr entspricht, so darf er sich nicht wundern, wenn ihm andere mit anderen Produkten Konkurrenz machen. Nicht anders verhält es sich auf dem Markt für juristische Ausbildung.“ Aufgrund dessen hatte auch der kleine David gegen den großen Goliath eine Chance.

Auf der umseitigen Folie, die ich schon 1994 - 1996 immer Interessierten und später Erstsemestern zeigte, ist die Fortsetzung der abstrusen Polemik gegen das wirtschaftsrechtliche Studienangebot in aussagekräftigen Headlines sich selber entlarvend dokumentiert.

Mehr muss man dazu heute nicht mehr sagen. Wirtschaftsrecht ist schon seit über 20 Jahren salonfähig und eröffnet eine Option für die Zukunft.



2. Aktuelle Zustandsbeschreibung des Studienangebots Wirtschaftsrecht an Fachhochschulen in Deutschland

2.1 Drei Modelle für Studienangebote Wirtschaftsrecht

Es gibt heute drei unterschiedliche Bachelor-Modelle. Das aktuell verbreitetste Modell ist das der WHV mit sieben Semestern zum LL.B. Die Hochschule RheinMain in ihrer Wiesbaden Business School hat ein achtsemestriges Modell zum LL.B. ohne Einfluss der Noten vom ersten bis zum dritten Semester auf die Endnote. Die privaten Hochschulen haben weitgehend das alte Frankfurter Modell des berufsbegleitenden Unterrichts aufgegriffen und machen Part-Time-Studienangebote mit Ausnahme der Verbundstudiengänge in NRW, die das als einzige bisher an staatlichen Hochschulen durchführen. Ich kann Sie im Übrigen nur motivieren, über berufsbegleitende Angebote in Wirtschaftsrecht nachzudenken. Das spült Geld in die chronisch unterfinanzierten Hochschul-Kassen. Nicht umsonst haben sich die privaten Hochschulen dieses Sandwichsystems angenommen, was ursprünglich in Frankfurt konzipiert war, sich aber nicht realisierte. Dieses dort entwickelte „Verbundstudienmodell“ war damals hoch aktuell. BDA, DIHT und FRK propagierten es vehement.

2.2 Drei Vorzüge von Wirtschaftsjuristen für das Beschäftigungssystem

Die drei Vorzüge des Wirtschaftsjuristen liegen für das Beschäftigungssystem darin, dass es spezialisierungsfähige Generalisten sind, ausgestattet mit anwendungserprobten Schlüsselqualifikationen und bei Berufseintritt als Bachelor of Laws in der Regel 22 Jahren jung. Daraus ergibt sich für Ausbildungs- wie Beschäftigungssystem eine klassische Win-Win-Situation.

Der Wert spezialisierungsfähiger Generalisten liegt in der sprachlichen Antinomie. Was wir alle gemeinsam vorhaben, ist eben nicht Spezialisten zu produzieren, sondern gerade Generalisten, die für bestimmte Aufgabenfelder ihrer ausgewählten Schwerpunkte sich durch ihre

erlernten methodischen Kompetenzen als spezialisierungsfähig erweisen, um speziellen beruflichen Lösungspotentialen bei Bedarf konkret näher zu kommen. Das hängt wohl auch mit der etwas despektierlichen Feststellung zusammen, dass bisher keinem ein Studium geschadet hat; ob es nutzte, ist empirisch noch nicht hinreichend klar erwiesen. Und deswegen ist die Sozialisation durch ein Studium sowie das darüber erlernte Wissen und Verhalten das viel Entscheidendere. Wichtig ist, dass unsere Absolventen Schlüsselqualifikationen mitbringen für den Berufseintritt, schließlich geht es um den Umgang mit Menschen in der Berufswelt und das Sich-Einpassen in die corporate culture und das corporate behaviour. Wir wissen alle, welche Probleme manchmal innerhalb von Fakultäten und Fachbereichen entstehen können, wenn mitmenschliche Kommunikation und Verfolgung eines gemeinsamen Zielkoordinatensystems nicht funktionieren; da helfen Reputationen einzelner Mitglieder überhaupt nichts. Dass Wirtschaftsjuristen Englisch sprechen müssen, ist inzwischen Allgemeingut. Schließlich legt das Beschäftigungssystem großen Wert darauf, ausbildungsbereite junge Menschen einzustellen und nicht ausbildungsresistente Endzwanziger, häufig schon mit Familien und Bausparvertrag. Mit im Durchschnitt 22jährigen Absolventen kommen wir diesen Erwartungen infolge eines stringenten und zum beeindruckend überwiegenden Teil in der Regelstudienzeit Ausgebildeten sehr entgegen. Dass es weitgehend 60 % bis 70 % junge Frauen sind, die Wirtschaftsrecht studieren, ist in den Konsequenzen bisher ebenso wenig thematisiert, wie die Tatsache, dass Frauen deutlich bessere Abschluss-Ergebnisse erzielen als ihre Kommilitonen.

Mit Wirtschaftsrecht machten und machen wir noch immer aktuell den Weg frei, wenn Sie alten Parolen der R+V Versicherung vertrauen wollen. Es gelang mit Wirtschaftsrecht, die Juristenausbildung der sozialen Wirklichkeit anzupassen.



Der Sprung zum Berufserfolg war und ist damit vorprogrammiert; was sich auch am Einstiegsgehalt von Wirtschaftsjuristen zeigt, das bei fast dem Doppelten eines mit zwei ausreichenden Examina produzierten Volljuristen liegt. Letzteres sind 24.000,- € Brutto in den neuen Ländern für einen Volljuristen mit zwei ausreichenden Examen. Um eine gewisse Mindestmarge zu setzen, hat sich der BGH zu judikativer Hilfe herausgefordert gesehen. § 138 BGB wurde dazu genutzt, wenigstens ein Bruttogehalt von 2.300,- € nach § 26 BORA fest-

zulegen, damit die Vergütung nicht sittenwidrig ist. Wenn man die Rechtsprechung mobilisieren muss, um ein Mindestgehalt für notenmäßig schlechte Volljuristen zu artikulieren, dann glaube ich, ist auch nicht mehr viel zu verlieren; aber das nur in Parenthese.

Die erste Anzeige auf der Suche nach „Diplom-Wirtschaftsrechtlern“ schaltete 1999 Erdgas Münster; Minimax aus Bad Oldesloe suchte ebenfalls „Diplom-Wirtschaftsjuristen“. Daran schlossen sich andere Suchen in der Presse an. Durchaus auch im gesättigten Rechtsmarkt der Anwälte existiert Nachfrage nach Wirtschaftsjuristen, vornehmlich im bedeutenden und krisenfesten Bereich, der für Schmalkalden immer ein Renner war: Insolvenzrecht. So war unsere zweite Schmalkalder Doktorin, Nicole Reill-Ruppe (* 1977) 14 Jahre bei dem renommierten Insolvenzbüro von Harald Hess (* 1944) tätig und wurde mittlerweile an die FH Erfurt in den Fachbereich Wirtschaft berufen.

Demzufolge machten wir tatsächlich den Weg frei und boten und bieten mit Wirtschaftsrecht beste Aussichten für Träume. Wenn auch ein jährliches Einstiegsgehalt als Wirtschaftsjurist regional unterschiedlich zwischen 36.000,- € und 48.000,- € schwankt, dann ist das durchaus etwas, worauf sich Existenz und Leben gründen kann. Finanzielle Entwicklungspotentiale ergeben sich im weiteren Aufstieg von 80.000,- € bis 100.000,- €.

3. Aktuelle Bewertung des Jura-Studiums an Universitäten in Deutschland

3.1 Vier Gründe gescheiterter klassischer Juristenausbildung

Dieses Thema, die klassische Juristenausbildung in unserer Zeit als gescheitert zu bezeichnen, ist sicherlich ein schwieriges und weites Feld,⁷ weil es einen selbstkritischen Umgang mit unserer eigenen Sozialisation erfordert. Gleichwohl ist es wichtig, dies unseren Absolventinnen und Absolventen mit auf den Weg zu geben, - als Stärkung gegen universitäre Überheblichkeit und Arroganz - dass sie nicht die besseren, sondern die anderen Juristen sind, die mit einer Perspektive durch das Leben gehen, die Ihnen auf Anhieb möglich macht, was damals Carlo Schmid (1896 – 1979), einer der großen alten Herren der deutschen Sozialdemokratie, zu seiner Zeit für sich feststellte: „So entschied ich mich für das Jurastudium, weil es sich in relativ kurzer Zeit absolvieren ließ“ - heute mit mittlerer Verweildauer bei erster Prüfung und zweiter Staatsprüfung von 7,5 Jahren - „und eine gesicherte Zukunft versprach!“ Nun ist die Zahl der Taxifahrer, die mit zweitem juristischen Staatsexamen durch die Gegend fahren, noch nicht so signifikant hoch; aber sie wird immer wieder zur Abschreckung thematisiert.⁸

Warum ist die Juristenausbildung zum Scheitern verurteilt? Weil trotz der naturgesetzlich alle 10 Jahre durch das Dorf getriebenen Juristenreform sich an der Grundstruktur nichts ändern wird oder kann. Dies beruht auf zweierlei. Zum einen fehlt den an den Prüfungen Beteiligten sehr häufig jegliche Empathie für die konkreten Prüflinge. Zum anderen wird durch die Prüfungsverfahren eine institutionelle Interesselosigkeit am Schicksal der zur Ausbildung Anvertrauten erzeugt, die infolge Koinzidenz beider Ursachen menschenunwürdig wirkt. Dies haben mich meine Erfahrungen in drei Prüfungsämtern gelehrt.

Erster entscheidender negativer Grund ist, dass Lehre und Prüfung systematisch entkoppelt sind. Die Justizprüfungsämter (JPA) interessiert überhaupt nicht, was an den Universitäten

⁷ Die Wendung entstammt Theodor Fontanes Roman „Effie Briest“, 1894/95.

⁸ Scheider, Assessor – und dann Taxifahrer?, ZEIT online vom 17.10.1975 07:00 h; von Heymann/Pawlik, Freie Stellenauswahl gibt es nur mit Prädikat, Hamburger Abendblatt vom 21.01.2012 Juristen.

konkret und inhaltlich gelehrt wird; Hauptsache alle formalen Voraussetzungen durch Nachweis erfolgreicher Zwischenprüfung und „Scheinfreiheit“ werden von den Prüflingen erbracht. Die Jura-Professoren interessiert es ebenso wenig, was staatlicherseits in den Fünf-Stunden-Klausuren geprüft wird. Und was in diesen Pflicht-Klausuren der ersten Prüfung geprüft wird, sind dann häufig exotische, singuläre, meist pathologische Fälle. Wenn irgendeinem Richter, Staatsanwalt oder Verwaltungsjuristen ein Fall nur außergewöhnlich genug vorkommt, dass er prüfungsrelevant sein könnte, dann erhält ihn das staatliche Justizprüfungsamt (JPA), insbesondere für die zweite Staatsprüfung. Im Anschluss daran wird er mit einer umfangreichen Lösungsskizze wissenschaftlich aufgearbeitet und rolliert innerhalb der Bundesrepublik von einem JPA zum anderen.

Des Weiteren sind die von der Universität vergebenen Noten in der universitären Zwischenprüfung und während des weiteren Jura-Studiums in den für die Prüfungsanmeldung nachzuweisenden Scheinen völlig bedeutungslos. Dabei war die Einführung einer Zwischenprüfung im Studium ein Herzstück der letzten Studien-Reform; ebenso wichtig wie der akademische Abschluss „Diplom-Jurist/in“; dies verliehen in Zeiten, wo der Bologna-Prozess das Diplom als Auslaufmodell finalisierte. Noch einmal: Sämtliche Noten des Studiums, egal ob in der Zwischenprüfung oder in den Übungen erworben, haben keinerlei Einfluss auf die Erste Prüfung. Selbst letztere Bezeichnung ist ja noch immer in traditionellen Juristenkreisen gewöhnungsbedürftig. Ich denke an die gehaltvolle Tagung, die Kollege Bergmans am 27.09.2012 in Recklinghausen veranstaltete, wo drei Prüfungsamtspräsidentinnen und –präsidenten anwesend waren, die immer noch von „Erster juristischer **Staatsprüfung**“ sprachen; obwohl sie keine reine Staatsprüfung mehr ist und deswegen nur noch „Erste Prüfung“ heißt. Spielen aber schon die Noten des gesamten Jura-Studiums keine Rolle für diese Prüfung, so wiederholt sich diese, die individuellen Leistungen des Prüflings systematisch negierende Situation, Bewertungen in den unterschiedlichen Referendarstationen ebenso systematisch auszublenden, für die daran anknüpfende Abschlussprüfung des 2. juristischen Staatsexamens.

Wer in Vorbereitung auf das 2. Staatsexamen nach abgelegter schriftlicher Prüfung steht, womit bewirbt er sich denn bei potentiellen Arbeitgebern ? Er kann dies nur aufgrund der ihm erteilten Referendarzeugnisse tun. Er muss dies auch bereits in dieser „Wartephase“ tun, weil die Arbeitsverwaltung von ihm verlangt, sich wenigstens drei Monate vor seinem mündlichen Examen zu melden, um bei eventuell danach eintretender Arbeitslosigkeit finanziell unterstützt zu werden. Also bewirbt er sich mit seinen Stationszeugnissen, die allerdings für alle sich mit der Materie Auskennenden weitgehend irrelevant sind.

Dann existiert an den Universitäten eine völlig unzulängliche Professoren-Studenten-Relation von derzeit 1 : 102. Es bedürfte einer Verdoppelung oder gar einer Verdreifachung der Professorenstellen an den Universitäten, um eine vernünftige, die Lehre auskömmliche Situation herbeizuführen. Diese Veränderung ist allerdings angesichts der Haushaltssituation vollkommen illusorisch. Die Justizministerien können zwar gebetsmühlenartig frisch und froh immer wieder Reformen der Juristen-Ausbildung einfordern; und sie werden dessen auch nicht müde. Sie sind aber ausschließlich für den Haushalt der Richter und Staatsanwälte, meist der Rechtspflege insgesamt, zuständig, aber nicht für die personelle Wissenschaftsgestaltung. Eine Vervielfachung, um unsere Relationen von 1 : 30 an den Fachhochschulen zu erreichen, erwiese sich haushaltstechnisch an den Universitäten als nicht umsetzbar und geradezu utopisch. Für dieses Anliegen bekämen die Wissenschaftsministerien in der Zukunft mutatis mutandis niemals eine Zustimmung durch die Finanzminister. Also wird sich in den nächsten 50 bis 60 Jahren wieder nichts Grundlegendes ändern. Es sei denn, man kehrt zu etwas Bewährtem zurück, was es schon einmal gab, nämlich zur Einstufigen Juristenausbildung; sie wäre überdies auch heutzutage Bologna-konform. Im Augenblick werden die gesetzlichen

Anforderungen nach der JAPO und die rechtstatsächliche Dauer von 6,5 bis 7,5 Jahren Ausbildungszeit im Hinblick auf den durch den Bologna-Prozess aufgestellten Zeitrahmen um bis zu 50 % überschritten; von der trotz dieser langen Dauer für den Eintritt in Wirtschaftsunternehmen fehlenden Employability mal ganz abgesehen.

Der zweite Versagensgrund ist die Fehlorientierung der juristischen Ausbildungsziele. Darüber bedarf es bei Verfolgung eines zur „Schimäre“ gewordenen Ideals des „Volljuristen“⁹ keiner weiteren Diskussion. Ich habe Ihnen vorhin schon den juristischen Don Quichote im Kampf gegen eine Paragraphen-beflügelte Windmühle von Löffler gezeigt. Auch die Karikatur von Achim Greser (* 1961) und Heribert Lenz (*1958): „Seid leise, Opa muß fürs Jura-Staatsexamen büffeln!“,



spricht ebenso ausdrucksstark für sich wie der im Sessel ruhende Richter unter seinen erfochtenen Paragraphenerfolgen, einer schon präsentierten Karikatur von Löffler.

Das in der tradierten Juristen-Ausbildung verfolgte Modell ist eben immer noch das eines Justiz- oder Staatsjuristen in der historisch ursprünglichen Vision eines „habilitierten Oberlandesgerichtsrats“.¹⁰ Die es zuweilen durchaus auch heute noch in der Realität gibt, aber welche wohl eher ein „Auslaufmodell“ darstellen.

⁹ Kilger, ehemals Präsident des Deutschen Anwaltsvereins, Die Schimäre >Einheitsjurist<, myops 1/2007, 26 f.

¹⁰ Stellungnahme Nr. 46/2010 des Deutschen Anwaltvereins durch den Ausschuss für internationalen Rechtsverkehr zum Bundesrats-Entwurf eines Gesetzes zur Einführung von Kammern für internationale Handelssachen (Bundesrat 042/10) – Antrag der Länder

Die historisch unreflektiert fortgesetzte Tradition einer Erziehung zum Dezisionsjuristen ist durch die aktuellen, statistisch belegten Verwendungsmöglichkeiten der Absolventen klassischer Jura-Ausbildung längst überholt. Ende 2014 wird von ca. 165.000 Rechtsanwälten auszugehen sein. Ende der 2020er Jahren wird die Marke von 200.000 überschritten werden. Das sind bei derzeit ca. 246.000 juristisch universitär Ausgebildeten über 70 % nicht in der Justiz oder bei staatlichen Arbeitgebern Beschäftigte. Hinzutritt die Fehlorientierung der Ausbildungsinhalte zusätzlich dadurch, dass zwar 100 % Jura an den Universitäten gelehrt wird, aber eben nicht 100 % der Rechtsordnung. Diesen Befund unterstreicht die pointierte Zusammenfassung von Peter Hommelhof (* 1942) und Christoph Teichmann (* 1964): „Die deutsche Juristenausbildung ist schlecht“.¹¹ Auch hierzu ist jeder Kommentar überflüssig.

Vielmehr interessiert die Frage, woran liegt es ? Das deprimierende Resümee von Christoph Hommerich (* um 1947) lautet folgendermaßen: sie ist erheblich zu lang, charakterisiert durch eine mangelhafte Lehr- und Beratungsqualität sowie durch schlechten Studienaufbau vorprogrammierte Ineffizienz.¹² Schließlich lebt der ungebremste Zulauf junger Menschen zum Jura-Studium immer noch von dem Aberglauben, dass man mit Ius alles machen könne. Die Breite der von Juristen wahrgenommenen Posten außerhalb Justiz, Verwaltung und Rechtsanwaltschaft ist bisweilen schon spektakulär. Dem kritischen Akademiker-Reim: „Wer nichts wird, wird Wirt.“ hat der ehemalige Präsident der Kölner RAK, Hubert van Bühren (* 1940), überaus sympathisch hinzugefügt: „Wer das nicht schnallt, wird Rechtsanwalt“. Insofern steht die klassische Ausbildungspyramide schon seit einigen Jahren auf dem Kopf.

Der dritte Versagensgrund für gescheiterte Juristenausbildung ist die fehlende Bologna-Orientierung. Jura an der Universität entspricht nicht den europäischen Maßstäben. Bisher haben andere, bislang traditionell staatsprüfungsrelevante Fächer wie Lehramt,¹³ Pharmazie¹⁴ und Medizin die Bologna-Konformität in ihren Studien realisiert. Neben dem grundlegenden Manko der Einheit von Lehre und Prüfung und Überschreitung des 5-Jahres-Rahmens fehlt es bei der klassischen Jura-Ausbildung an der Employability der Nur-Juristen. Dies zeigen die mittlerweile 21 unterschiedlichen Fachanwaltsbezeichnungen. Die Wirtschaft setzt durchschnittlich 60.000,- € bis 100.000,- € ein, um einen universitären Jura-Absolventen als Trainee nach zu qualifizieren, um ihn überhaupt zu befähigen, in einem Wirtschaftsunternehmen zu arbeiten. Bereits Mitte der 1990er Jahre war ich bestrebt, mit der BDA eine Kooperation zu erreichen, dass Nur-Juristen in Wirtschaftsrecht ihre Referendarstation an einer Fachhochschule machen könnten, um für spätere Arbeitgeber produktiv und vorbereitet an den Start zu gehen.

Schließlich dokumentiert sich unter anderem der durch mangelnde Employability repräsentierte Nur-Jurist auch als Ergebnis einer durch fehlende Praxiserfahrungen der universitären Jura-Professoren gekennzeichneten Lehre. Aus einem privaten Forschungsprojekt kann ich berichten, dass die verehrten Kollegen an der Universität in ihrem Leben kaum berufliche

Nordrhein-Westfalen, Hamburg, Hessen und Niedersachsen, Rdnr. 10.

¹¹ Hommelhoff/Teichmann, Modernisierung in Kontinuität - die Revolution der Juristenausbildung, JuS 2001, 841.

¹² Hommerich, Die Dauer der Juristenausbildung: Indikator verpasster Reformchancen, in: Hermann/Tag (Hrsg.), Die universitäre Juristenausbildung. Empirische und theoretische Analyse zu Studierenden und Studienleistungen, 1995, 56 ff.

¹³ HRK, Von Bologna nach Quedlinburg - Die Reform des Lehramtsstudiums in Deutschland, Service-Stelle Bologna, Beiträge zur Hochschulpolitik 1/2007, passim.

¹⁴ Siebenland, Pharmaziestudium: Bologna in Wien, Pharmazeutische Zeitung online 19/2012.

Praxis nachweisen können. Es sind relativ wenige, die wirklich als Anwälte oder als Richter im Nebenamt etwas taten oder tun, um aus eigen erlebter Berufserfahrung Input in das Studium zu bringen. Diese Feststellung verschlimmert sich potenzierend noch durch die Fehlorientierung tradierter Jura-Ausbildung an einem nicht mehr passenden Leitbild des Erwerbs der „Befähigung zum Richteramt“ nach § 5 DRiG, wenn man bedenkt, dass die überwiegende Mehrheit der Jus Studierenden nur die Chance hat, realistisch Anwälte zu werden.

3.2 Drei Optimierungsmöglichkeiten für traditionelle Jura-Ausbildung

Nach dem Motto: „Wo bleibt das Positive?“¹⁵ lassen sie mich drei Optimierungsmöglichkeiten für die Frage: „Ouo vadis Jurist?“¹⁶ aufzeigen.

www.karrierefuehrer.de

1. Jahrgang No. 2002/2003 € 9,-

karrierefürer
Berufseinstieg für Hochschulabsolventen
jura

Quo vadis Jurist?

Law Firm,
Law Boutique,
Selbstständigkeit

Jobs inside –
jetzt bewerben!

Genug gerichtet
Terminator oder
Mediator?

Gut unterrichtet
Mehr Dukaten für
Hochschuladvokaten

Gefecht für das Recht
Juristen bei
amnesty international

Es ist angerichtet
Alfred Biolek in medias res

karrierefürer jura ist
Kooperationspartner von:

StepStone
your employer. We put them
to work.

elsa
The European Law Student Association
(ELSA)

JURAcon
das Jurastudentenforum

Besuchen Sie uns am 3. Mai 2002!
JURAcon, Forum, Messe Frankfurt/Main

¹⁵ Gedicht von Erich Kästner (1899 – 1974); Und wo bleibt das Positive, Herr Kästner 1930.

¹⁶ Cover der 1. Ausgabe Karrierefürer Jura, 2002-2003.

Ganz einfach: 15 Jahre gab es bereits in Deutschland eine Einstufige Juristenausbildung. Martin Huff (* 1959), einer der überörtlich bekannten Geschäftsführer der RAK Köln, ist deren prominenter Absolvent. Eine Reihe von Kolleginnen und Kollegen an den Universitäten haben das ebenfalls durchlaufen. Es gibt etwa 9.000 Juristen, die diese Einstufige Juristenausbildung absolvierten; das sogar in Bayern, im Freistaat. Erst im ersten Kabinett Helmut Kohl (* 1930) unter dem damaligen FDP-Minister Hans Arnold Engelhard (1934 – 2008) wurde diese erfolgreiche Alternative zur herkömmlichen Juristen-Ausbildung dann 1984 abgeschafft mit Auslaufdatum bis 1987.

Die zweite Chance bestünde in einer Neupositionierung der Ausbildungsziele für die herkömmliche Jura-Ausbildung. Da war sogar die DDR (1949 – 1989/1990) fortschrittlicher in der Ausbildung zum „Diplom-Juristen“. Man musste sich damals mit den durch die Babelsberg Konferenz 1958 eingeleiteten Reformen ab 1963 schon bei Beginn des Studiums entscheiden, wollte man Richter werden, Rechts- oder Staatsanwalt oder Wirtschaftsjurist¹⁷; natürlich mit allen heutzutage notwendigen Abstrichen wegen der ideologischen Implikationen. Jedenfalls war der juristische Berufswunsch schon bei Beginn des Studiums zu artikulieren und insofern fand eine Spartenausbildung¹⁸ entsprechend der Berufsvorstellungen an dafür bestimmten Universitäten statt.

Schließlich erscheint als Drittes unverzichtbar, eigen erlebte Praxiserfahrungen für die Berufung auf eine Jura-Professur an einer Universität zu fordern. Dies ist eine wohl gemeinte Empfehlung für ein zum Scheitern verurteiltes Ausbildungs-System, das uns als in einem erfolgreich diversifizierten Alternativ-System eigentlich nicht zu interessieren braucht. Bundespräsident Richard von Weizsäcker (1920 - 2015) forderte zum 8. Mai 1985: „Wer aber die Augen vor der Vergangenheit verschließt, wird blind für die Gegenwart.“ Die seit nunmehr über 1.000 Jahren im initialen Bologna betriebene traditionelle Juristen-Ausbildung hat sich in Art und Weise heute überlebt. Selbst der damalige FDP-Bundesjustizminister Edzard Schmidt-Jortzig (* 1941), hat am Ende seiner Funktion versucht zu vermitteln, dass die Juristenausbildung mit dem ersten Staatsexamen aufgegeben und die Referendarzeit abgeschafft werden müsse. Ich mache mich nicht anheischig zu behaupten, dass dies die Früchte seines im Mai 1998 in Schmalkalden abgestatteten Besuches und seiner dortigen Rede: „Moderne Wirtschaft braucht modernes Recht“ mit anschließender Podiumsdiskussion gewesen seien. Schmidt-Jortzigs Zwischenruf war und ist die verhüllte Forderung nach einer Einstufigen Juristenausbildung, die sein Parteifreund Engelhardt 14 Jahre zuvor getilgt hatte. Dieser legal advice ist nunmehr zwar 15 Jahre alt und trifft aber immer noch zu.

„Stark ist, wer keine Fehler macht.“, verlautbarte die Deutsche Bank früher einmal als Zitat ihrer damaligen Werbeikone Boris Becker (* 1967). Inzwischen muss man mit diesem Autor etwas vorsichtiger sein. Gleichwohl bewahrheitete sich der dazugehörige Nachsatz: „Aber stärker ist, wer von seinen Fehlern lernt.“. Dazu sind wir aufgrund unserer eigenen juristischen Sozialisation alle aufgerufen.

¹⁷ Berlin (Richter und Rechtsanwälte, Notare), Jena (Staatsanwälte und zeitweilig Zollfahndung), Halle und Leipzig (Wirtschaftsjuristen) und Potsdam-Eiche (Parteiurist) an der Hochschule des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS). Näher dazu: Wissenschaftsrat Drs. 96/91 vom 13.03.1991, Empfehlungen zu Forschung und Lehre auf dem Gebiet der Rechtswissenschaft in den neuen Ländern, 6 f.; Susanne Schmidt, Die Juristenausbildung in der DDR an den Universitäten, 2005, B. 4 und 5.

¹⁸ DAV-Pressemitteilung vom 18.11.2005: DAV begrüßt Schritt zur Spartenausbildung bei der Juristenausbildung - Justizministerkonferenz will ein Diskussionsmodell entwickeln.

4. Perspektiven der Rechtswissenschaft in Deutschland

Der aktuelle Ritterschlag, den die Fachhochschulen im vergangenen Jahr für ihr Studienangebot Wirtschaftsrecht erhielten, stammt vom Wissenschaftsrat aus dessen Gutachten „Perspektiven der Rechtswissenschaft in Deutschland“ vom 09.11.2012, einem bedeutungsvollen und -schwangeren Tag deutscher Geschichte. Er ist zugleich ein vernichtendes Fazit für die herkömmliche Jura-Ausbildung an den Universitäten.

Hatte sich der Wissenschaftsrat erstmalig Anfang der 1990er Jahre mit dem Status quo der rechtswissenschaftlichen Ausbildung¹⁹ befasst und mit der Empfehlung zur fachlichen Diversifikation der Fachhochschulen²⁰ deutliche Signale artikuliert, folgt nach 20 Jahren die Evaluation der damals eingeleiteten Entwicklung. Danach muss die Rechtswissenschaft den inner- und interdisziplinären Austausch stärken, sich intensiver mit ihren Grundlagen befassen, thematisch und personell vielfältiger werden und wesentliche Strukturveränderungen des Rechts rechtzeitig erkennen. Nimmt man diese Forderungen wahr, die ins Stammbuch der Universitäten geschrieben, weniger an unsere Hochschulen adressiert sind, dann fragt man sich unwillkürlich, „Ist das eine Blaupause unserer curricularen Grundlagen, die man sich dort erarbeitet hat oder ist es nur eine Paraphrase zum neuen § 5a III 1 DRiG?“ Also lernfähig scheint das System immer noch, zwar langsam und bedächtig, aber offensichtlich nicht ganz zur Verzweiflung Anlass gebend.

4.1 Drei Empfehlungen für das traditionelle Jura-Studium

Die im Gutachten niedergelegten Anforderungen für die Rechtswissenschaft sind: Akzentverlagerung vom spezialistischen Anwendungs- zum übergreifendem Orientierungswissen, also Just-in-time- gegenüber Vorratswissen.

Des Weiteren wird zu dieser ersten Empfehlung exemplarisch breit angelegte und umfassend verstandene „juristische Bildung“ angemahnt. Eine solche ist in den universitären Programmen kaum mehr vorhanden, obwohl der DHV schon seit langem die Beschäftigung mit der eigenen Wissenschaftsgeschichte und den Nachbarwissenschaften reklamiert²¹. Als besonders positives Beispiel möchte ich ausdrücklich das wirtschaftsjuristische Curriculum der Hochschule Hof hervorheben, wo eine Lehrveranstaltung: Einführung in die Rechtswissenschaft mit Rechtsgeschichte, Rechtssoziologie, Rechtsphilosophie und Rechtsökonomie existiert. Diese Konzeption beruht auch auf einer in Hof von Vertretern der herkömmlichen Juristen-Ausbildung in Person des damaligen Sprechers des Juristen-Fakultätentages, Olaf Werner (* 1939) und dem damaligen JPA-Präsidenten von Bayern, Heino Schöbel (* um 1940), 1998 erhobenen Forderung aus Anlass einer Diskussion über die Einführung von Wirtschaftsrecht an bayerischen Hochschulen²². Gerade darin sollte sich die juristische Ausbildung von der dort als nicht wissenschaftlich diskriminierten, lediglich rechtskundlichen Erziehung unterscheiden.

Seminaristische und kolloquiale Kleingruppenarbeit mit aktivem und reflexivem Denken sind in der wirtschaftsjuristischen Lehre alltäglich realisierter Standard, hingegen wird dies bei der

¹⁹ Wissenschaftsrat Drs. 96/91 vom 13.03.1991, Empfehlungen zu Forschung und Lehre auf dem Gebiet der Rechtswissenschaft in den neuen Ländern.

²⁰ Wissenschaftsrat, Drs. 9992/90, Empfehlungen zur Entwicklung der Fachhochschulen in den 90er Jahren, 1991.

²¹ DHV Pressemitteilung vom 16.03.2009: Kein Studium mehr ohne Wissenschaftsgeschichte und Ethik.

²² Wirtschaftsjuristische Fachtagung der Hochschule Hof zum Thema: „Wirtschaftsrecht als erfolgreiches Studienangebot an Fachhochschulen“ am 26. November 1998.

Rechtswissenschaft an den Universitäten eher utopischer Traum bleiben angesichts der dortigen Relationen zwischen Lehrenden und Lernenden.

Das zweite Petition befasst sich mit der Interdisziplinarität und der besseren Kenntnis der zahlreichen vom Recht regulierten Weltausschnitte in Wirtschaft, Medien und Technik. Bei dem neuen Wort der „Weltausschnitte“ erfasst eine Begeisterung über solche globale Formulierungskunst und zugleich Bescheidenheit über das an Fachhochschulen mit Wirtschaftsrecht bereits Realisierte. Wir wussten gar nicht, dass wir mit dem Studienangebot von Wirtschaftsrecht als Mischqualifikation für die Absolventen Recht mit anderen repräsentativen Weltausschnitten wie Wirtschaft und auch Medien kombinierten.

Die dritte Forderung an die Rechtswissenschaft betrifft die internationale Dimensionalität des Rechts und dessen Erweiterung als sprachlich konstitutiver Wissenschaft in Mehrsprachigkeit. Deswegen genügt heute nicht mehr nur Englisch oder das zwar in der EU diplomatisch noch gepflegte, aber immer weniger von den zuletzt beigetretenen Mitgliedsstaaten genutzte Französisch. Mit der Globalität und den eingeforderten Weltausschnitten rücken ganz andere Sprachen in den Fokus. Das sind auf jeden Fall Mandarin für China mit einem Fünftel der derzeitigen Weltbevölkerung ebenso Russisch und möglicherweise noch Arabisch und Japanisch. In den neuen Ländern sollte man immer daran denken, Amerika ist zwar ein wichtiger Partner, dem zwar absolut vertraut sind, aber Russland ist ein ganz bedeutendes, noch ausbaufähiges zukunftsträchtiges Exportland. Es hat sehr viel mehr Facilities, die uns interessieren könnten, als die durch Kriegswirtschaft künstlich prosperierende USA.

4.2 Aktueller Ritterschlag für innovatives Wirtschaftsrechts-Studium

Der für die Fachhochschulen aus dem Gutachten des Wissenschaftsrates sich ergebende aktuelle Ritterschlag ist die ausdrücklich anerkannte und begrüßte Ausdifferenzierung rechtswissenschaftlicher Angebote, also die Diversifikation. Nach über 20 Jahren existiert eine zweigestaltige rechtswissenschaftliche Ausbildung im herkömmlichen Sinne und emanzipiert daneben mit wirtschaftsjuristischen Angeboten originär an den neuen Hochschulen. Insofern gibt es für die janusköpfige Ausbildungslandschaft in Sachen Rechtswissenschaften Folgendes zu bilanzieren: herkömmliches zweistufiges Studium findet ausschließlich an Universitäten statt, vereinzelt existiert dort auch ein sehr differentes, aber auch teilweise diffuses wirtschaftsjuristisches Angebot. Ausschließlich an den neuen Hochschulen wird ein weitgehend homogenes einstufiges Studium von Wirtschaftsrecht angeboten. Nach dem Exodus aus dem inhaltlichen Studien-Ghetto der Fachhochschulen in den 1990er Jahren hat sich nach zwei Dekaden Wirtschaftsrecht nicht nur als eine Sternstunde deutscher Fachhochschulen realisiert, sondern ist damit auch eine passgenaue Reaktion auf Herausbildung neuer Berufsfelder gelungen. Mit der Produktion von Wirtschaftsjuristen haben die Fachhochschulen auf den Bedarf nach In-house- oder besser Corporate-Lawyer, die aus Sicht der Anwalts-Lobby eher abschätzig als Paralegals beschrieben werden, hin **agiert**. Die Ausdifferenzierung der rechtswissenschaftlichen Studienangebote in praxi mit den im Gutachten genannten positiven Quantitäten von 13 % aller Jurastudierenden an Fachhochschulen sind eine nun nicht mehr zu vernachlässigende Größe. Lediglich 16 % der Uni-Studenten entscheiden sich dort für einen Bachelor- oder einen Master-Studiengang. Das universitäre wirtschaftsjuristische Angebot beispielsweise in Mecklenburg-Vorpommern und in Sachsen ist in allererster Linie eine Reaktion, die traditionelle Juristen-Ausbildung auf eine Landesuniversität zu konzentrieren, auf Greifswald und Leipzig, und betrifft damit den „Rückbau“ in Rostock und an der TU Dresden, deren Aktivierung der Wissenschaftsrat bereits 1991 kritisch bewertet hatte.²³ Die Hamburger Bucerius Law School, die Viadrina in Frankfurt an der Oder und die Law School der ebs in Wiesbaden versuchen überkommene Jura-Ausbildung mit neuem Bachelor-Abschluss zu koppeln; ob-

²³ Wissenschaftsrat (Fn. 19) 25 f., 29.

wohl das zunächst nicht sehr homogen erscheint, aber durchaus zugunsten der Studierenden funktionieren kann.

Der janusköpfige status quo rechtswissenschaftlicher Studienangebote wird vom Gutachten des Wissenschaftsrates ausdrücklich gewürdigt. Damit stehen sich zum einen die klassische zweistufige Juristenausbildung an der Universität mit anschließendem, unverzahnt laufenden Rechtsreferendariat und zum anderen die innovative einstufige Juristenausbildung bei den Fachhochschulen mit dem Ziel LL.B. und/oder dem entsprechenden konsekutiven Masterabschluss gegenüber.

4.3 Empfehlungen für Wirtschaftsrecht an den Fachhochschulen

Was hat der Wissenschaftsrat an Herausforderungen für die Fachhochschulen gesehen und uns empfohlen? Wie adressiert er sich uns?

Erste grundsätzliche und generelle Empfehlung ist, rechtswissenschaftliche Studienangebote zu strukturieren und zu begrenzen. Beziehen wir das auf uns, dann sollten wir Wert darauf legen, Wirtschaftsrecht als curriculare Matrix zu verstehen. Risiken bestehen in dieser Hinsicht allerdings nicht, weil die WHV, die uns jedes Jahr zu unserer Tagung zusammenführt, als Qualitätsgemeinschaft institutionell darüber wacht. Lediglich die deutschen Universitäten, die für sich auch Wirtschaftsrecht als Studienangebote entdeckt haben, formieren sich noch nicht dementsprechend. Für die Zukunft sollten wir die Sorgen des Wissenschaftsrates teilen und mit zu großer Ausdifferenzierung von Wirtschaftsrecht in andere Bereiche vorsichtiger sein als die dabei ungestümer vorandrängenden Universitäten. Der ausdifferenzierte status quo an den Fachhochschulen verzeichnet sowohl „Sozialrecht“ als auch „Sozialrecht und Sozialwirtschaft“, beides als LL.B.-Abschlüsse in Fulda. Das neue Fuldaer Studienkonzept von Wirtschaftsrecht mit der Ausrichtung auf „Nachhaltigkeit und Ethik“ ist eine die Empfehlungen des DHV ausdrücklich realisierende sympathische Variante der Matrix. Des Weiteren existieren zwei Spezialisierungen in Darmstadt mit „Informationsrecht“ als LL.B.- und „Internationales Lizenzrecht“ als LL.M.-Angebot. Wildau bietet als LL.B.-Programme „Kommunales Verwaltungsrecht“ und „Verwaltung und Recht“ an. Das Einende dieser ausdifferenzierten Studiengänge ist, dass alle mit dem einheitlichen LL.B. oder LL.M. abschließen. Deswegen müssen wir uns keine großen Sorgen machen, dass wir den Empfehlungen des Wissenschaftsrates entraten und seinem uns gewährten Vertrauensvorschuss in der Zukunft widerstreben. Ganz im Gegenteil sind unsere Hochschulen ermuntert und bestätigt, mit Wirtschaftsrecht für die zunehmende Diversifizierung juristischer Berufe vorbildlich aktiv gewesen zu sein. Das können wir für uns positiv „abhacken“. Der überholten Orientierung rechtswissenschaftlicher Ausbildung an einem einzigen und einheitlichen beruflichen Leitbild der Befähigung zum Richteramt; dieser Gefahr sind wir immer entgangen. Auch die Vermittlung von Mehrfachqualifikationen mit juristischen Anteilen haben wir von Anfang an mit Wirtschaftsrecht aktiv in die Tat umgesetzt.

II. Fazit: Drei rechtspolitische Forderungen

Damit gilt es Fazit mit drei rechtspolitischen Forderungen, die Sie nicht teilen müssen, zu ziehen.

Da ich mich schon mehr als 20 Jahre mit dem Thema inhaltlich beschäftige, sollten wir gemeinsam darüber nachdenken, ob wir nicht unser bekanntes WHV-Modell von sieben auf acht Semester „aufrüsten“, um in Zukunft bei einer echten Reform traditioneller Juristenausbildung im Gleichklang mit deren Regelstudienzeit nach § 5 a I 1 DRiG gewappnet zu sein. Das ließe sich ganz einfach dadurch realisieren, dass man den Studienprogrammen beispielsweise

ein entsprechendes zweites Praxis- oder ein ausdrückliches Prüfungssemester hinzufügte, ohne sich völlig auszuschöpfen. Das eröffnete unseren Absolventinnen und Absolventen später einmal den Zugang zur Rechtsberatung wie den universitären Kommilitoninnen und Kommilitonen nach Wieder-Einführung der allein realistischen und bezahlbaren Einstufigen Juristen-Ausbildung an den Universitäten.

Damit komme ich zugleich zwanglos zu meinem zweiten rechtspolitischen Anliegen. Es stellt eine Diskriminierung der Wirtschaftsjuristen und damit unserer Absolventen dar, dass sie nur Rechtsdienstleistungen unentgeltlich im sozialen Bereich erbringen dürfen, aber nicht eine ihrer Ausbildung entsprechende rechtliche Beratung. Als Corporate-Lawyer dürfen sie zwar ihre Unternehmen beraten, aber eben nicht extern. Das ist der zweifelhafte Erfolg der anwaltlichen Lobbyarbeit und dem liegt auch eine dezidierte Abneigung der ehemaligen SPD-Bundesjustizministerin Brigitte Zypries (* 1953) zu Grunde, die geradezu missionarisch Wirtschaftsjuristen aus der Rechtsberatung beim Entstehen des Rechtsdienstleistungsgesetzes (RDG) heraushielt. Gegenüber der ehemaligen CDU-Bundestagsabgeordneten aus Mainz, Rechtsanwältin Ute Granold (* 1955), und dem Vertreter der RAK Koblenz, Karl-Otto Armbrüster (* um 1954) kritisierte ich in einer Diskussion vor Studierenden des Wirtschaftsrechts aus Mainz, Wiesbaden, Köln und Schmalkalden, die in eigenen Angelegenheiten entfaltete Selbstentscheidungskraft des Rechtsausschusses des Deutschen Bundestages, der überwiegend mit Rechtsanwälten „bestückt“ ist. Vor Gericht oder in einem Kommunalparlament führte ein solches Vorgehen entweder zum Ausschluss von der Entscheidung oder wenigstens zu einer von der Abstimmung ausgenommenen Befangenheit. Die im Rechtsausschuss sitzenden Anwälte entscheiden schließlich im Zugang zur Rechtsdienstleistung über ihre höchst eigenen Angelegenheiten. Das ist meines Erachtens nicht nur nicht gut, sondern verfassungsrechtlich überaus bedenklich. Wir hatten kurzfristig überlegt, aus Anlass der Neustrukturierung der Bundesregierung eine Diskussion darüber hier in Essen zu entfachen, dann aber im Hinblick auf die sich erst konturierenden Koalitionsverhandlungen davon Abstand genommen. Auf jeden Fall sollte dies Programm für das Zusammentreffen im November 2014 sein. Sie wissen ja, welche Selbstbetroffenheit zu neuen Erkenntnissen führt, wenn man merkt, dass man selbst als Bundeskanzlerin abgehört wird. Dann ist plötzlich dieses Thema von ganz neuer Aktualität. Ansonsten interessiert es nur peripher. Das lehrt, nur dann, wenn man selbst betroffen ist, gelangt man zu verändernden Einsichten. Deswegen ist es notwendig, bei Politikern solche Betroffenheit zu erzeugen bis hin zur Körperlichkeit. Dann erreicht man möglicherweise auch neue politische Impulse und Prozesse.

Das Weitere hierzu ist eher eine rechtspolitische Petitesse und soll unserem Generalsekretär ein Stück Arbeitserleichterung bringen. Wir sollten beschließen, dass sämtliche Daten über die Ausbildung der Wirtschaftsjuristen beim Bundesamt für Justiz in der Statistik wiedergegeben werden. Dort sind Daten in Tabellenform über alle Einzelheiten der Ersten Prüfung, der Zweiten Staatsprüfung und neben den Ergebnissen der Prüfungen in den Ländern auch Studienverläufe statistisch dokumentiert. Selbst über die damalige Einstufige Juristenausbildung verzeichnet das Amt Details, nur nicht über Wirtschaftsrecht, obwohl dazu das Statistische Bundesamt in Wiesbaden bereits seit 2003 Zahlen sammelt und konkret auswertet.

Als letzte rechtspolitische Forderung ergibt sich ein möglicherweise gemeinsames mit den universitären Kollegen zu verfolgendes Petitum gegenüber dem Gesetzgeber, dass wir in den Feldern, in denen Wirtschaftsrecht eine große Rolle spielt, auch zur anwaltlichen Nebentätigkeit zugelassen werden. Die Hochschullehrer der privaten Hochschulen sind uns als verbeamteten Professoren gegenüber im Vorteil, weil sie im Angestelltenverhältnis simultan zu ihrer Dozententätigkeit Anwälte sein dürfen und können. Die Legislative sollte das durch § 47 BRAO normierte Kenntnisverwertungsverbot für Professoren liberalisieren, weil sie ohnehin nicht dem Modell des typischen Leberzeitbeamten entsprechen. Zudem wirken sie als Professo-

ren an Fachhochschulen auch nicht an staatlich organisierten Prüfungen mit und werden damit in aller Regel nicht hoheitlich tätig.²⁴ Schließlich beziehen die meisten Anwälte ihren Titel als Honorar-Professoren von Fachhochschulen. Gerne schmückt man sich zur Reputationserhöhung mit dieser zusätzlichen akademischen Bezeichnung, ist aber, was die Konkurrenz auf dem Rechtsberatungsmarkt anlangt, eher „zugeknöpft“ und hält sich standesrechtlich bedeckt; ein personifiziertes *venire contra factum proprium*. Selbst wenn sich alle Jura-Professoren, gleichgültig von Universität oder Fachhochschule, im Jahr 2014 zur Anwaltschaft zulassen könnten, wäre der jedes Jahr ohnehin um ca. 2. Bis 3.000 Personen ungebremst wachsende Anwaltsmarkt von über 170.000 Menschen durch die Zunahme von einmalig ca. 1.600 Professoren, also um weniger als 1 % der Gesamtsumme, nicht als eine Verwerfung im Rechtsberatungsmarkt zu qualifizieren. Aber wie häufig im Leben, es geht nicht um Gerechtigkeit, sondern ums Prinzip. Damit bewahrheitet sich, was Tyll Necker (* 1930 – 2001) weiland BDI-Präsident feststellte: „Wer aufhört besser zu werden, hört bald auf, gut zu sein.“

Ich bedanke mich für Ihre geduldige Aufmerksamkeit herzlich.

²⁴ Vgl dazu näher BVerfG 1. Senat 2. Kammer Nichtannahmebeschl. v. 30.06.2009 – 1 BvR 893/09 zitiert nach juris Rdnr. 24.

6.

Bisherige Beiträge

- No 11: Kohler, Irina: Fuldaer Supply Chain Management-Dialog: Trends und Herausforderungen im Supply Chain Controlling, 2014
- No 10: Hillebrand, Rainer: Germany and the eurozone crisis : evidence for the country's "normalisation"?, 2014
- No 9: Prof. Dr. Irina Kohler/ Carina Ingerl: Unternehmensnachfolge und Family Business Governance im Mittelstand: Eine empirische Studie zur Nachfolgeproblematik in der Region Fulda, 2014.
- No 8: Neuert, J.: Business Management Strategies and Research Development, 2013.
- No 7: Huth, M.; Goele, H.: Potenzial der Ersatzteillogistik von produzierenden Unternehmen in der Region Berlin/Brandenburg, 2013.
- No 6: Kreipl, Claudia ; Preißing, Dagmar ; Huth, Michael ; Lohre, Dirk ; Och, Dominik; Neuert, Josef: Contributions to Applied International Business Management Research, 2013.
- No 5: Boelsche, Dorit: Performance measurement in humanitarian logistics, 2013.
- No 4: Conrad, Peter; Hummel, Thomas R. Transitions: Individuelle Handhabung und Verarbeitungsformen institutionellen Wandels, 2012.
- No 3: Hummel, Thomas R.; Turovskaya, Maria S.: Project Studies in Specific Business, Legal and Economic Topics: video conference presentations, 2011.
- No 2: Hans, Lothar: Zur Konzeption eines Verwaltungscontrollings, 2011.
- No 1: nicht veröffentlicht/not published.

Alle Beiträge stehen auf der Homepage des Fachbereichs Wirtschaft als Download zur Verfügung: www.hs-fulda.de/wirtschaft.

The papers can be downloaded from the homepage of the Faculty of Business: www.hs-fulda.de/wirtschaft.